

**Die halblegale Partei.  
Die Ostberliner SPD von 1958 bis 1961.**

Magisterarbeit  
von  
Birgit Monteiro

Humboldt-Universität zu Berlin  
Institut für Geschichte  
1. Hauptfach: Neuere/Neueste Geschichte  
Betreuer: Prof. Dr. H.A. Winkler  
1997

**Inhaltsverzeichnis**

**1. Einleitung**

**2. Ausgangsbedingungen**

- 2.1. Prägungen: Hintergründe, Handlungsmuster, Traditionen sozialdemokratischen Handelns
- 2.2. Sozialdemokratischer Neuanfang im Nachkriegs-Berlin und Kampf um Selbstbehauptung
- 2.3. Außenpolitische Prämissen für die Situation Berlins
- 2.4. Das Ostbüro der SPD
- 2.5. Schwerpunkte der SED-Politik zwischen 17. Juni und Mauerbau

**3. Halblegales Wirken der SPD in Ostberlin**

- 3.1. Vom „zweiten Neuanfang“ bis zum Jahr 1958
- 3.2. Die Ostberliner SPD-Kreisorganisationen zwischen 1958 und 1961
  - 3.2.1. Mitgliederentwicklung
  - 3.2.2. Die ungleichen Partner: Ostberliner und Westberliner Kreisorganisationen im Berliner SPD-Landesverband
  - 3.2.3. Allgemeine Organisationspraxis
  - 3.2.4. Beispiele der Parteiarbeit
  - 3.2.5. Methoden von SED, Staatssicherheit und Volkspolizei
  - 3.2.6. Möglichkeiten der Disziplinierung innerhalb der SPD
  - 3.2.7. Das vorläufige „Aus“ nach dem Mauerbau
- 3.3. Erinnerungen „alter“ Sozialdemokraten

**4. Schlußbemerkungen**

**Anhang**

I. Abkürzungsverzeichnis

II. Quellen- und Literaturverzeichnis

## 1. Einleitung

Der Kalte Krieg und die jahrzehntelange Teilung Deutschlands haben tiefe Spuren im kollektiven Gedächtnis der Deutschen hinterlassen. Das Wissen um die Vereinigung von KPD und SPD 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone zur SED ist bis zum heutigen Tage präsent. Weitgehend unbekannt oder vergessen, selbst bei vielen Sozialdemokraten, ist hingegen die Existenz der SPD in Ostberlin bis zum Mauerbau am 13.08.1961.

Möglich wurde die Existenz einer demokratischen Partei in einer Diktatur nur durch den besonderen Status Berlins nach dem II. Weltkrieg. Nach der Gründung der SED in der SBZ im April 1946 war das Schicksal der SPD in Ostberlin über mehrere Wochen hinweg völlig unklar. Würde die sowjetische Besatzungsmacht in ihrem Einflußbereich die Existenz einer ihr widerstrebenden politischen Kraft zulassen? Gelöst wurde dieses Problem durch einen Kompromiß der Besatzungsmächte. Mit dem Beschluß der Alliierten Kommandatura vom 31. Mai 1946 wurden sowohl SPD als auch SED in allen Sektoren Berlins zugelassen.<sup>1</sup>

Was bedeutete dieser Beschluß nun für die 8 Ostberliner SPD-Kreisorganisationen? Welche Ziele verfolgten sie, welche Funktionen konnten sie wahrnehmen, wie konnten sie in „feindlicher Umwelt“ überleben?

Die Ostberliner SPD fand sich nach 1946 in einem Spannungsfeld wieder, was einerseits von der Programmatik und den Zielen der demokratischen Gesamtpartei geprägt war, andererseits vom politischen Alltag in einer kommunistischen Diktatur. Die Ostberliner Sozialdemokraten erlebten am Beispiel ihrer Organisation die Abhängigkeit der Parteien und des Parteiensystems von der jeweiligen Staatsform. Die Staatsform bestimmt, welche Funktionen, Verhaltensweisen und Aktionsräume eingeräumt oder zugestanden werden. Selbstzweck können Parteien nur in Systemen sein, in denen sie nicht gebraucht oder allenfalls geduldet werden. Sobald ihnen aber nicht nur eine dekorative, sondern eine funktionale Rolle zukommt, haben sie mit ihren Verhaltensweisen, ihrer Funktionsfähigkeit bzw. Funktionsunfähigkeit Einfluß auf das Funktionieren des gesamten politischen Systems.<sup>2</sup>

In der historischen Forschung spielen Existenz und Organisationspraxis der SPD in Ostberlin bis 1961 nur eine untergeordnete Rolle. Die meisten Untersuchungen beschäftigten sich mit der Geschichte der Vereinigung von KPD und SPD. Die spätere eigenständige Existenz der SPD in Ostberlin bis zum Jahr 1961 fand kaum oder keine Beachtung, wurde immerhin manchmal am Rande erwähnt. Ausnahmen stellen die Arbeiten von Richard L. Merritt / Ronald A. Francisco<sup>3</sup>, Manfred Rexin<sup>4</sup>, Siegfried Heimann<sup>5</sup>, Stefan Wolle<sup>6</sup> und Norbert Podewin<sup>7</sup> dar. In diesen Untersuchungen stehen allerdings von der inhaltlichen Gewichtung her die „frühen“ Jahre, bis ungefähr 1955, als die quellenmäßig ergiebigeren bzw. vermeintlich interessanteren im Vordergrund, Podewin konzentriert sich auf die Friedrichshainer SPD. Ziel dieser Magisterarbeit ist es, das Bild über die Ostberliner SPD

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu: Beschluß der Alliierten Kommandatura vom 31. Mai 1946, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD-Landesverband Berlin 10.12.80, Mappe: 1169, Ausarbeitung Lage SPD im Ostsektor, Quellen. Außerdem: Podewin, Norbert, Zwischen Aktionseinheit und Observation, Ostberliner SPD im SED- und VP-Visier, Berlin 1994, S.8.

<sup>2</sup> Oberreuter, Heinrich, Parteien - zwischen Nestwärme und Funktionskälte, Osnabrück 1984, S.31f.

<sup>3</sup> Merritt, Richard L. / Francisco, Ronald A., Die Symbolpartei in der Ost-West-Auseinandersetzung - Die Sozialdemokratie in Berlin 1945 bis 1961, in: PVS, XIII.Jg., 1972, S.311-334.

<sup>4</sup> Rexin, Manfred, Zugelassen 1946 - aufgelöst 1961. Die SPD in Ost-Berlin 1946-1961, Berlin 1989.

<sup>5</sup> Heimann, Siegfried, Die Sonderentwicklung der SPD in Ost-Berlin 1945-1961, in: Materialien der Enquete Kommission, Bd.II,3, Frankfurt am Main 1995, S.1648-1688.

<sup>6</sup> Wolle, Stefan, Die SPD in Ostberlin (1946-1961), in: Materialien der Enquete Kommission, Bd.II,4, Frankfurt am Main 1995, S.2941-2993.

<sup>7</sup> Podewin, Norbert, Zwischen Aktionseinheit und Observation. Die Ostberliner SPD im SED- und VP-Visier, Berlin 1994.

gerade in den „späten“ Jahren, also zwischen 1958 und 1961 zu vervollständigen. Trotz der schwierigen Quellenlage, muß diese Zeit kein „weißer bzw. grauer Fleck“ für die Forschung bleiben

Der größte Teil des Organisationsmaterials der Ostberliner SPD aus dem Zeitraum 1958-61 befindet sich in folgenden zwei Archiven:

- im Archiv der sozialen Demokratie der FES in Bonn , hier befinden sich die Bestände des Berliner SPD-Landesverbandes (besonders: jährliche Organisationsberichte der Ostberliner Kreise, Protokolle von Landesvorstands- und Landesausschußsitzungen, Zeitungsausschnittsammlung usw.), des Ostbüros der SPD (leider nur begrenzt einsehbar), der Historischen Kommission und des Willy-Brandt-Archivs (vor allem Protokolle der Berliner SPD, Redemanuskripte und Briefe)
- im Landesarchiv Berlin, hier befinden sich die Bestände des ehemaligen BPA der SED-Bezirksleitung Berlin (besonders relevant für obiges Thema: Materialien der SPD-Kreisorganisationen von Ostberlin, Bestände über die SPD allgemein sowie über SDA und andere kommunistische Tarnorganisationen und -schriften).

Weitere Akten befinden sich:

- in der SAPMO im Bundesarchiv Lichterfelde (besonders Nachlässe von W.Pieck, O.Grotewohl und W.Ulbricht sowie SED-Akten (u.a. Westabteilung, Tagungen des ZK der SED usw.)
- im FNA Berlin (SPD-Organisationsmaterial vor allem bis 1958) und
- im ABI Berlin (Protokolle der Landesparteitage der Berliner SPD und Jahresberichte des Berliner SPD-Landesverbandes).

Folgende Organisationsberichte von Ostberliner SPD-Kreisorganisationen konnten eingesehen und damit der Arbeit zugrunde gelegt werden:

- Prenzlauer Berg: Jahresberichte 1958 und 1959,
- Friedrichshain: Organisationsbericht 1958,.
- Treptow: Organisationsbericht 1958,
- Köpenick: Jahresberichte 1958, 1959,1960 ,
- Lichtenberg: Jahresbericht 1958,
- Weißensee: Jahresberichte 1958, 1959/60,
- Pankow: Jahresbericht 1958.

Insgesamt ist festzustellen, daß die Akten nur sehr unvollständig vorhanden sind und außerdem mit zunehmender Jahreszahl tendenziell abnehmen. Nach der Schließung der Ostberliner SPD-Kreisbüros im August 1961 war ein großer Teil des dortigen Organisationsmaterials der SED in die Hände gefallen, nicht zuletzt wegen der offensichtlich inkonsequenten Umsetzung eines Landesvorstandsbeschlusses aus dem Jahre 1950 über die Verwaltung der Ostberliner SPD-Unterlagen in der Westberliner Zentrale. Ein Teil der beschlagnahmten Akten wurde vernichtet, ein anderer im Bezirksparteiarchiv der SED-Bezirksleitung Berlin verwahrt.<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Der SPD-Landesvorstand hatte 1950 obigen Beschluß wegen befürchteter Übergriffe der Volkspolizei auf die Ostberliner SPD-Kreisbüros gefaßt. Vgl. dazu: Schreiben SPD-Landesvorstand Groß-Berlin an SPD-Kreisvorstand Berlin-Weißensee vom 14.10.1950, in: Landesarchiv Berlin, BPA II/A/4/102. <sup>8</sup> Eine Analyse dieser Akten konnte aber wegen der Wartefrist für die Akteneinsicht von im Moment bis zu 12 Monaten nicht in diese Arbeit aufgenommen werden. Vgl. aber zu den MfS-Akten: Wolle, S.2944f, 2965f, 2968-2980.

Wichtige Unterlagen über die Bespitzelung und Verfolgung von Sozialdemokraten durch das MfS befinden sich heute im Archiv des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“.<sup>9</sup>

Neben der Auswertung schriftlicher Quellen sollen in diese Arbeit auch die Ergebnisse einer Befragung von Zeitzeugen, d.h. ehemaligen sozialdemokratischen Funktionären und Mitgliedern der Ostberliner SPD, einfließen. Gerade ihre persönlichen Erfahrungen ergänzen das oftmals lückenhafte Bild der Organisationsbürokratie und bieten eine Folie für wichtige Entscheidungen und Ereignisse jener Zeit.

Ausgangspunkt meiner Untersuchungen über die halblegale Existenz der SPD in Ostberlin waren sowohl die konkreten historischen Hintergründe und Ausgangsbedingungen für die Existenz einer sozialdemokratischen Partei im sowjetischen Einflußbereich als auch die Prägungen, welche zum Handeln der Ostberliner Sozialdemokraten in dieser spezifischen Situation beigetragen haben.

Im Mittelpunkt steht aber das Wirken der acht Ostberliner Kreisorganisationen von 1958-61. Einer Periode also, an deren Anfangspunkt die Wahl von Willy Brandt zum Vorsitzenden des Berliner SPD-Landesverbandes stand und deren Ende durch den Mauerbau vom 13. August 1961 und die daraus resultierende Auflösung der acht Ostberliner SPD-Kreisverbände markiert wurde. Dazwischen lagen u.a. Chruschtschow-Ultimatum und V. SED-Parteitag.

Um über eine allgemeine Kennzeichnung der Organisationspraxis der Ostberliner SPD in dieser ereignisreichen Zeit hinausgehen zu können, werden ihr Platz im Berliner SPD-Landesverband, die Mitgliederentwicklung und konkrete Beispiele der Parteilarbeit näher beleuchtet. Breiten Raum nehmen auch die Methoden von SED, Staatssicherheit und Volkspolizei in der Auseinandersetzung mit der SPD in Ostberlin ein. Das geschieht nicht zufällig, sondern ist gleichsam ein Spiegel dafür, daß ein großer Teil der Kraft und der Energie der Ostberliner Sozialdemokraten in dieser Auseinandersetzung gebunden wurde. Nicht unbeachtet sollen in dieser Arbeit aber auch die Möglichkeiten der SPD zur Disziplinierung ihrer Mitglieder bleiben. Damit sind dann bereits zwei, wenn auch unterschiedliche Grenzen für sozialdemokratisches Engagement in Ostberlin vorgegeben.

Nicht zuletzt sollen sowohl Erkenntnisse der Organisationssoziologie als auch die persönlichen Erfahrungen „alter“ Sozialdemokraten dazu beitragen, neben deklarierten Zielen, Strukturen und Prozeduren, motivierende und stabilisierende Elemente der Existenz der Ostberliner SPD-Kreisorganisationen unter schwierigen äußeren Bedingungen aufzuhellen.<sup>10</sup>

## 2. Ausgangsbedingungen

---

<sup>9</sup> Eine Analyse dieser Akten konnte aber wegen der Wartefrist für die Akteneinsicht von im Moment bis zu 12 Monaten nicht in diese Arbeit aufgenommen werden. Vgl. aber zu den MfS-Akten: Wolle, S.2944f, 2965f, 2968-2980.

<sup>10</sup> In der modernen Organisationsanalyse werden Organisationen als ein System von Handlungen begriffen und ordnen sich ein in das Konzept eines in gefährdender Umwelt sich selbst erhaltenden Systems. Sie sieht in der Trennung von Motiven und Zwecken ein generelles Mittel, mit dem Organisationen in einer schwierigen Umwelt ihre Stabilität und Existenz zu erhalten suchen. Eine ausschließlich auf der Zweckverfolgung fußende Organisationsloyalität der Mitglieder würde die Flexibilität von Organisationen erheblich einschränken, so brächte jede Variation von Zielen und Zwecken die Gefahr von Legitimationskrisen mit sich.

Zusammenfassend kann man sagen, daß es für keine Organisation ein erfolgversprechender Weg sein kann, sich nur auf eine einzige Quelle der Loyalität zu verlassen, normal sind deshalb unterschiedlich zusammengesetzte Kombinationen von Loyalitätsformen. Eine Partei enthält bürokratische Elemente und ist außerdem ein Forum konkurrierender Interessenartikulation. Für viele hauptamtliche Funktionäre ist sie eine Erwerbsorganisation, für manche engagierte Mitglieder eine instrumentale Voraussetzung für äußere Gratifikationen (Ämter, politisches Ansehen usw.), hinzu kommen expressive Einbindungen („Wir-Gefühl“, Geselligkeit, lokale Traditionen) und als nicht zu unterschätzende Komponente der Zusammenhalt, der einer normativen und ideologischen Übereinstimmung entspringt. Vgl. dazu: Prätorius, Rainer, Soziologie der politischen Organisationen. Eine Einführung, Darmstadt 1984, S.43-85.

## 2.1. Prägungen: Hintergründe, Handlungsmuster und Traditionen sozialdemokratischen Handelns

Was waren das für Menschen, die sich den Restriktionen und Bedrohungen der Kommunisten aussetzten, um die Sozialdemokratie in Ostberlin am Leben zu erhalten? Welche Erfahrungen hatten ihr Leben bestimmt? Auf welche sozialdemokratische Verhaltensmuster in Krisensituationen meinten sie bauen zu können?

Das Gesicht der Nachkriegs-SPD prägten entscheidend jene, die schon vor 1933 Mitglied der SPD gewesen waren. Sie hatten schwierige Kämpfe durchlebt und waren tief verwurzelt in den Traditionen der deutschen Sozialdemokratie.<sup>11</sup> Wesentliche Werte waren für sie:

- die Verbindung von Demokratie und Sozialismus,
- Solidarität,
- das Aufrechterhalten einer einsatzbereiten und intakten Organisation.

Schon im Eisenacher Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 1869 wurde das besondere Kennzeichen der Sozialdemokratie herausgearbeitet, die Synthese zwischen Demokratie und Sozialismus. Hier heißt es: „Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.“<sup>12</sup>

Als Arbeiterpartei, war der Kampf um Freiheitsrechte und um soziale Gerechtigkeit eine Selbstverständlichkeit für die SPD. Dem obigen Grundsatz folgend, verhielten sich aber Sozialdemokraten ablehnend gegenüber Maßnahmen zur Verbesserung des Loses der Arbeiter, wenn sie diese als unvereinbar mit der Würde und Freiheit des arbeitenden Menschen bewerteten, so z.B. 1882 als der Sozialdemokrat Karl Grillenberger sich zu der während des Sozialistengesetzes von Bismarck initiierten Sozialgesetzgebung ablehnend äußerte, da diese aus reaktionären Händen und nicht vom demokratischen Volksstaat käme.<sup>13</sup>

Die Idee der Solidarität gewann in der Sozialdemokratie schon frühzeitig eine besondere Ausprägung. Die Enttäuschungen, die die Sozialdemokraten vor allem Mitte/Ende des letzten und Anfang diesen Jahrhunderts in ihrem Bemühen erlebten, Staat und Gesellschaft im Sinne von Freiheit und Gerechtigkeit umzugestalten, führte zu einer stärkeren Besinnung auf die eigene Organisation, als einer Heimstatt in feindlicher Umgebung, die durch solidarische Selbsthilfe wohnlicher gestaltet werden sollte.<sup>14</sup>

Schon Anfang diesen Jahrhunderts verfolgte sozialdemokratische Politik trotz verbaler Klassenkampf- und Revolutionsrhetorik einen eindeutigen Reformkurs und verstand unter sozialer Revolution zunehmend einen wirtschaftlich-politischen Umgestaltungsprozeß, der sich relativ unabhängig von eigenen Bemühungen vollziehen würde. An die Stelle eines aktiven Gestaltungswillens trat zunehmend das Warten auf das unvorhersehbare große Ereignis. In den Mittelpunkt der Parteiarbeit rückte deshalb die Vorbereitung auf diesen Moment, das hieß vor allem, die Organisation intakt und einsatzbereit zu halten und nicht durch gewagte Manöver zu gefährden.<sup>15</sup>

---

<sup>11</sup> Vgl. Grebing, Helga / Kleßmann, Christoph / Schönhoven, Klaus / Weber, Hermann, Zur Situation der Sozialdemokratie in der SBZ/DDR im Zeitraum zwischen 1945 und dem Beginn der 50er Jahre. Gutachten für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Marburg 1992, S.10ff.

<sup>12</sup> Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Eisenach 1869, in: Miller, Susanne / Potthoff, Heinrich, Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848-1990, Bonn 1991, S.330.

<sup>13</sup> Miller, Susanne, Sozialdemokratie als Lebenssinn, Bonn 1995, S.39.

<sup>14</sup> Dies., S.41.

<sup>15</sup> Miller / Potthoff, S.72.

Nach dem Preußenschlag im Juli 1932 hatte die SPD-Führung weder zum politischen Generalstreik noch zum Einsatz der Eisernen Front aufgerufen. „Die scheinbare Aussichtslosigkeit des aktiven Widerstandes, die Furcht vor einem Desaster und die Angst vor einem möglichen Blutvergießen lähmten die Entschlußkraft sowohl der Gewerkschafts- wie der Parteiführer. Geprägt durch eine lange humanitäre und demokratische Tradition, erzogen in dem Bewußtsein, nüchterne Realpolitik zu betreiben und Experimente zu meiden, fest verankert in der Überzeugung, daß es vor allem darauf ankomme, die eigenen Organisationen möglichst intakt zu halten, ging man zum Staatsgerichtshof und appellierte in altgewohnter Weise an die Macht des Stimmzettels bei den bevorstehenden Reichstagswahlen am 31.Juli 1932.“<sup>16</sup>

Aus den durchlebten Kämpfen zog die SPD immer wieder neue Kraft, aber auch die Gewißheit, alle Probleme überleben zu können, so wie sie beispielsweise auch das Sozialistengesetz überlebt hatte. In der Gewißheit, unter neuen Verfolgungen auch neue Kräfte schöpfen zu können, lehnte beispielsweise 1933 Otto Wels als Fraktionsvorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion das Ermächtigungsgesetz ab. Sein Vergleich der Hitlerdiktatur mit Bismarcks Sozialistengesetz zeigte, daß er zum damaligen Zeitpunkt das Wesen einer totalitären Diktatur nicht voll erkannte.<sup>17</sup> Trotz grausamer Verfolgungen blieben aber viele Sozialdemokraten standhaft und hielten der Sozialdemokratie die Treue. Daraus gewann ein großer Teil der verbliebenen Mitglieder der Ostberliner SPD die Gewißheit, als eine solidarische Gemeinschaft auch die kommunistische Diktatur in der DDR überdauern zu können.

Die Sozialdemokraten der Nachkriegszeit blickten auf die Erfahrungen ihrer Partei zurück, die diese in

- Legalität (vor und nach dem Sozialistengesetz, bis 1933)
- Illegalität (1933-1945) und
- Halb- oder Dreiviertel-Illegalität bzw. „Fast“-Illegalität (Zeit des Sozialistengesetzes: 1878-1890) gemacht hatte.

In den Zeiten der Legalität:

- war die SPD als Partei zugelassen und hatte so ihren Platz im jeweiligen Parteiensystem,
- beteiligte sie sich an Wahlen,
- verfügte über eine eigene Presse,
- konnte in der Öffentlichkeit für ihr Programm werben usw.

In der Illegalität während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft:

- wurden erst die Einrichtungen der Partei beschlagnahmt,
- dann jede Betätigung der Partei untersagt und wenig später die SPD offiziell verboten,
- Mitglieder der SPD verfolgt, verhaftet und umgebracht.<sup>18</sup>

Während des Sozialistengesetzes:

- wurden sozialdemokratische Organisationen verboten,
- gleiches galt für Versammlungen und Presseerzeugnisse mit sozialdemokratischen Bestrebungen,
- waren Sozialdemokraten durch Gefängnis- und Geldstrafen sowie Ausweisungen bedroht,
- der Sozialdemokratie nahestehende Gewerkschaften wurden aufgelöst,

---

<sup>16</sup> Miller, / Potthoff, S.141.

<sup>17</sup> Miller, S.49f.

<sup>18</sup> Miller / Potthoff, S.147.

- war der Sozialdemokratie als einzige legale Betätigung die Beteiligung an den Reichstagswahlen und den einzelnen Landtagswahlen geblieben,
- wuchs die Zahl der sozialdemokratischen Wähler auf 1 427 000 im Februar 1890, womit die SPD zugleich zur stärksten Partei Deutschlands wurde.<sup>19</sup>

Für die Sozialdemokraten der Nachkriegszeit waren zweifellos Nationalsozialismus und II. Weltkrieg die prägenden Erlebnisse. Sie hatten folgende Erfahrung gemacht: „Unter den Bedingungen einer totalitären Herrschaft rührte nicht nur der aktive Widerstand an den Wurzeln des Systems, sondern jede Form eines oppositionellen Verhaltens - angefangen vom politischen Witz über das Hören ausländischer Radiosender bis hin zur Arbeitsverweigerung und der Unterstützung Verfolgter.“<sup>20</sup>

1933 zerfielen die Sozialdemokratie und ihr organisatorisches Umfeld in drei bzw. vier große Gruppen:

1. Die zahlenmäßig größte Gruppe stellten die resignierten Mitglieder, die sich aus der aktiven Politik ins Private zurückzogen. Ein großer Teil von ihnen suchte politische Gesinnung und Weltanschauung mehr oder minder verborgen zu wahren, oftmals in den Schutzräumen sozialdemokratischen Milieus. Die Resistenzkraft dieses Milieus nahm aber durch Vollbeschäftigung und die späteren Auswirkungen des Krieges stark ab.
2. Ehemals hauptamtliche Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsfunktionäre bildeten eine weitere Gruppe, die unter langjährigen Freunden auch überregional ein lockeres Kontaktnetz aufrecht hielten.
3. Eine dritte, zunächst zahlenmäßig recht starke Gruppe bestand aus sozialistischen Illegalen im engeren Sinne. Diese eigentlichen Träger der sozialistischen Untergrundarbeit nach 1933 stammten vielfach nicht aus der Parteiorganisation der SPD, sondern aus ihren Umfeld- und Jugendorganisationen.
4. Die vierte, relativ kleine, aber ständig wachsende Gruppe bildeten die emigrierten Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre.

Das eigentliche Lebenselement der SPD-Widerstandsgruppen bildete die Verfügungs- und Verteilungsmöglichkeit über die von der Sopade<sup>21</sup> gelieferte Literatur. Diese wurde vor allem an bekannte und zuverlässige Genossen verteilt, denn es ging vornehmlich um Information und Bewußtseinswahrung im eigenen Kreis und nicht um eine selbstmörderische Massenagitation nach außen.<sup>22</sup>

Aus der gescheiterten Abwehr der Hitlerdiktatur zogen Sozialdemokraten unterschiedliche Lehren. Ein Teil favorisierte ein Zusammengehen mit den Kommunisten als beste Möglichkeit, ähnliches zu verhindern. Der andere, zahlenmäßig größere Teil, konnte in dem Kommunismus Stalinscher Prägung keinen Bündnispartner sehen. Die Auseinandersetzung zwischen beiden Auffassungen wurde im Berlin der 4-Mächte am konsequentesten ausgefochten, davon soll aber noch an späterer Stelle ausführlicher die Rede sein.

---

<sup>19</sup> Miller / Potthoff, S.47-49.

<sup>20</sup> Miller / Potthoff, S.147.

<sup>21</sup> Sopade, das war der SPD-Parteivorstand im Exil.

<sup>22</sup> Mehringer, Hartmut, Sozialdemokratischer und sozialistischer Widerstand, S.128-130, in: Steinbach, Peter / Tüchel, Johannes (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994.

## 2.2. Sozialdemokratischer Neuanfang im Nachkriegs-Berlin und Kampf um Selbstbehauptung

Die besondere Situation Berlins nach Beendigung des II. Weltkrieges beeinflusste auch die Rückkehr der Sozialdemokratie auf die politische Bühne dieser Stadt. Bereits Anfang Mai 1945 erlangten die Geschäftsräume von Erich W. Gniffke in der Bülowstraße (Schöneberg), die Wohnung der Familie Karl Germer sr. in der Kantstraße (Charlottenburg) und das Lebensmittelgeschäft von Max Fechner in Neukölln als sozialdemokratische Treffpunkte eine besondere Bedeutung. Am 14. Mai 1945 suchten Erich W. Gniffke, Engelberth Graf und Otto Grotewohl Arthur Pieck auf. Sie brachten den Wunsch der Sozialdemokraten nach einem Gespräch mit Walter Ulbricht über die Vereinigung beider Parteien zum Ausdruck, aber Ulbricht ignorierte vorerst alle sozialdemokratischen Gesprächsangebote. Am 10. Juni 1945 ließ die Sowjetische Militäradministration (SMAD) mit dem sog. „Befehl Nr.2“ die Gründung und Wiedergründung deutscher Parteien und Gewerkschaften in der Sowjetischen Besatzungszone zu, die allerdings dem Antifaschismus und der Demokratie verpflichtet sein mußten und der Kontrolle der SMAD unterstanden. Zu diesem Zeitpunkt waren nur sowjetische Truppen in der Stadt, die amerikanischen und britischen Besatzungstruppen besetzten erst zwischen 1. und 4. Juli 1945 die ihnen vertraglich zugewiesenen Sektoren im Westen Berlins.

Am 11. Juni konstituierte sich die KPD, am 15. Juni die SPD, am 26. Juni die CDU und am 5. Juli die LDP. Den Gründungsauftrag der SPD wurde vom provisorischen Zentrallausschuß der SPD verfaßt, der sich am 11. Juni 1945 konstituiert hatte und dem Max Fechner (Sprecher), Otto Grotewohl (Sprecher), Erich W. Gniffke (Sprecher), Gustav Dahrendorf, Karl Germer jr., Bernhard Göring, Hermann Harnisch, Helmut Lehmann, Karl Litke, Otto Meier, Fritz Neubecker, Josef Orlopp, Hermann Schlimme und Richard Weimann angehörten. In seinem Aufruf begrüßte der Zentrallausschuß ausdrücklich den Aufruf des ZK der KPD, bezog jedoch in wichtigen Fragen eigenständige Positionen. Er erteilte der Weimarer Republik eine deutliche Absage, ohne aber substantielle Werte der bürgerlichen Demokratie über Bord zu werfen. Im Gegensatz zum Aufruf der KPD forderte der Zentrallausschuß Sozialismus, Demokratie und die organisatorische Einheit der Arbeiterklasse.

Die Gründung der SPD stellte eine Wiedergründung dar, was belegbar ist durch:

- den Prozeß der Konstituierung der Partei auf lokaler, regionaler und zentraler Ebene sowie
- das Selbstverständnis der Parteimitglieder und Funktionäre.

Der Wiederaufbau der Partei erfolgte in Anlehnung an tradierte Organisationsstrukturen durch bereits vor 1933 in die Sozialdemokratie eingebundene Funktionäre. Auch die Mehrzahl der im Sommer 1945 registrierten Mitglieder hatte schon vor 1933 der SPD angehört. Sowohl für Funktionäre und als auch für Mitglieder der wiedergegründeten SPD war die Bindung an organisatorische und programmatische Traditionen der Sozialdemokratie bestimmend. Der Wiederaufbau der SPD vollzog sich in allen Berliner Bezirken ähnlich. Kleine Zirkel von ehemaligen Sozialdemokraten bildeten provisorische Abteilungs- und Kreisvorstände und luden meist schon Anfang Juli 1945 zu ersten Mitgliederversammlungen ein. Bereits im Sommer des gleichen Jahres war der organisatorische Wiederaufbau fast abgeschlossen. Gleichzeitig hielten aber noch viele Sozialdemokraten an der Idee der Einheit der Arbeiterbewegung fest. Gesprächsangebote darüber wurden von den Kommunisten aber zu diesem Zeitpunkt ausgeschlagen. Auf der anderen Seite führten erste negative Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Kommunisten in den kommunalen Verwaltungen der Stadtbezirke in einigen Abteilungen und Kreisen der SPD zu Skepsis gegenüber einer Einheitseuphorie. Die Vorbehalte in den Reihen der Sozialdemokraten verstärkten sich, als die KPD im Herbst damit begann, auf den schnellen Vollzug der organisatorischen Einheit beider



Arbeiterparteien zu drängen. Anhand folgender Ereignisse sollen die verschiedenen Tendenzen in der Berliner SPD illustriert werden. Die Skepsis der Sozialdemokraten wurde genährt z.B. durch:

- die von Walter Ulbricht initiierte Ablösung des Lichtenberger Bürgermeisters Franz Stimming (SPD) am 15. Juni 1945,
- die Verhaftung des am 18. Mai 1945 zum Kommandanten der Berliner Schutzpolizei ernannten Polizeimajors Karl Heinrich (SPD) durch einen Offizier der Roten Armee am 2. August 1945 und der Tod Heinrichs im November des selben Jahres im Internierungslager Hohenschönhausen,
- die scharfen Angriffe Wilhelm Piecks gegen sozialdemokratische Führer der Weimarer Republik, z.B. auf einer KPD-Kundgebung zur Bodenreform am 19. September 1945,
- die nicht parteipolitisch paritätische Besetzung der Verwaltungsposten.

Darauf reagierten Sozialdemokraten u.a.:

- indem 12 Kreisvorsitzende am 26. Juli 1945 auf einer SPD-Kreisleitersitzung ihren Unmut über die Ablehnung ihrer Forderung nach parteipolitisch paritätischer Besetzung der Verwaltungsposten äußerten und mit der Aufkündigung der Zusammenarbeit in den gemeinsamen Arbeits- bzw. Aktionsausschüssen drohten,
- mit der Ablehnung der Teilnahme von KPD-Funktionären an SPD-Kreisfunktionärskonferenzen, wie z.B. im Juli 1945 in Weißensee,
- mit der Ablehnung der Bildung von gemeinsamen Arbeitsausschüssen unter Verweis auf die noch ungelösten Probleme zwischen beiden Parteien, wie z.B. am 30. Juli 1945 in Lichtenberg,
- mit einem Beschluß des SPD-Kreisvorstandes Lichtenberg vom 27. August 1945, in Zukunft von gemeinsamen Kundgebungen mit der KPD abzusehen, bis sich die KPD mit der paritätischen Besetzung der leitenden Stellen einverstanden erkläre,
- mit der Ablehnung des KPD-Vorschlags zur Durchführung gemeinsamer Funktionärssitzungen zur Klärung ideologischer Fragen auf der Sitzung des Berliner Arbeitsausschusses KPD/SPD am 22.10.1945 durch Hermann Harnisch (Vorsitzender des SPD-Bezirksvorstandes),
- mit der Erklärung Max Fechners auf der SPD-Kreisleitersitzung vom 2. November 1945, über eine Vereinigung mit der KPD könne nur ein Reichsparteitag entscheiden, gegenwärtig würden 10-15% der Mitglieder einem Vereinigungsbeschluß zustimmen.

Andererseits sind auch die Bestrebungen von verschiedenen Kräften innerhalb der SPD, oft nicht unbeeinflusst vom Druck der KPD und der sowjetischen Besatzungsmacht, in Richtung einer Vereinigung nicht zu übersehen, z.B. bei:

- der Zustimmung des Zentralausschusses zur sofortigen Bildung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses mit der KPD und zu dem von der KPD vorgelegten Aktionsabkommen auf der ersten gemeinsamen Beratung von Vertretern des ZK der KPD und des Zentralausschusses der SPD am 19. Juni 1945,
- der Bildung von Arbeitsausschüssen KPD/SPD in verschiedenen Kreisen, z.B. Friedrichshain (20.06.1945), Prenzlauer Berg (27.06.1945) und Schöneberg (28.06.1945),
- der Befürwortung des Einheitsparteiurses durch Bernhard Göring (SPD) auf der Gemeinsamen Berliner Funktionärskonferenz von KPD und SPD am 20. Oktober 1945,
- der Zustimmung der SPD-Vertreter zum KPD-Vorschlag für die Durchführung gemeinsamer Funktionärskonferenzen und Schulungsabende zu politischen und ideologischen Fragen bei den Beratungen des Berliner Arbeitsausschusses KPD/SPD vom 3. November 1945, entgegen den in den Bezirksvorstands- und Kreisleitersitzungen geäußerten Positionen.

Der erste Berliner SPD-Bezirksparteitag (die vier Sektoren bildeten einen Parteibeck) nach Kriegsende am 25. November 1945 untersttute zwar unter bestimmten Voraussetzungen einen freiwilligen ZusammenschluB beider Arbeiterparteien, sah aber in einer „Rumpf-Vereinigung“ eine groBe Gefahr, um so uberraschter reagierten dann viele Sozialdemokraten, als sie Ende 1945, noch deutlicher aber Anfang 1946 erkennen muBten, daB die Mehrheit der Mitglieder des Zentralaussschusses dem Druck der KPD nachzugeben begann und schließlich der Vereinigung von SPD und KPD nur in der sowjetischen Besatzungszone zustimmte.<sup>23</sup> Was waren die Grnde dafur, daB die exponierten Vertreter des Zentralaussschusses fur die Vereinigung von KPD und SPD stimmten ? Bei den meisten Befurwortern war es sicherlich „nicht Opportunismus oder gar Korruption ... Die ZentralaussschuBmitglieder um Grotewohl sahen, daB die Sozialdemokraten in der SBZ dem Druck der Besatzungsmacht und der KPD kaum ausweichen konnten, und sie wollten sie nicht allein lassen. Sie konnten in der Empfehlung Schumachers aus dem fernen Hannover, die SPD in der SBZ aufzulosen, keinen sehr hilfreichen Rat erkennen, und sie hofften - im Ruckblick ist diese Hoffnung sicherlich illusionar zu nennen - , in der vereinigten Partei weiterhin ein gewichtiges Wort mitreden zu konnen.“<sup>24</sup> Andere Berliner Sozialdemokraten konnten und wollten der Argumentation Grotewohls nicht folgen, sie unternahmen alles, um eine Vereinigung der beiden Parteien abzuwenden. Eine wichtige Rolle hierbei spielten Franz Neumann (Kreisvorsitzender Reinickendorf), Curt Swolinsky (Kreisvorsitzender Tempelhof), Wilhelm Lohrenz (Kreisvorsitzender Spandau) und Gerhard AuBner (Betriebssekretar Bewag; Tempelhof). Am 23. Februar 1946 verabschiedete die SPD-Kreisdelegiertenkonferenz Reinickendorf einen „Aufruf zur Stimmabgabe aller Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone und in Berlin zur Einheit der Arbeiterschaft“ (Urabstimmung). Auf der SPD-Funktionarsskonferenz am 1. Marz 1946 mit etwa 2500 Teilnehmern stimmte eine deutliche Mehrheit nach turbulentem Versammlungsverlauf fur die von Franz Neumann begrundete EntschlieBung der Reinickendorfer Kreisdelegiertenkonferenz und damit fur die Durchfuhrung einer Urabstimmung, die fur den 31. Marz 1946 organisiert wurde. Am 12. Marz 1946 faBte der SPD-ParteiausschuB einen BeschluB zur Untersttutzung des Einheitsparteiurses des Zentralaussschusses und wandte sich gegen den BeschluB der Funktionarsskonferenz vom 1. Marz 1946 zur Durchfuhrung einer Urabstimmung. Die Entscheidung uber die Einheitspartei solle allein der Parteitag treffen. Am 27. Marz 1946 empfahl der SPD-ZentralaussschuB dringend der Berliner Mitgliedschaft, sich nicht an der Urabstimmung zu beteiligen. Dem widersprach jedoch das Rundschreiben Nr.34 des SPD-Bezirksvorstandes, es informierte daruber, daB die Urabstimmung planmaBig stattfinden werde und forderte Kreis- und Abteilungsleiter dazu auf, alle Wahllokale planmaBig zu besetzen und einen einwandfreien Wahlablauf zu garantieren. Die Urabstimmung wurde schließlich unter den Mitgliedern, allerdings nur in den Westsektoren durchgefuhrt. In Ostberlin wurde sie von der sowjetischen Besatzungsmacht nicht genehmigt, der Versuch einiger Ostberliner Kreise, sie trotzdem durchzufuhren, wurde nach kurzer Zeit von sowjetischen Offizieren unterbunden. Von den 33 247 wahlberechtigten Westberliner Sozialdemokraten nahmen 23 755 (71,5%) an der Abstimmung teil. Uber 82% der in den Westsektoren abstimmenden Sozialdemokraten lehnten einen sofortigen ZusammenschluB mit der KPD ab, beachtliche 62% stimmten aber fur eine Zusammenarbeit beider Parteien. Uber dieses Ergebnis setzten sich KPD und sowjetische Besatzungsmacht hinweg, noch dazu da sie ja in „ihrer“ Zone nicht ohne Grund einem moglicherweise ahnlichen Votum zuvor

---

<sup>23</sup> Zur Wiedergrundung der SPD: Grebing usw., S.10-59. Zu den Ereignissen im Vorfeld der Vereinigung von KPD und SPD: Podewin, Norbert / Teresiak, Manfred, „Bruder, in eins nun die Hande ...“. Das Fur und Wider um die Einheitspartei in Berlin, Berlin 1996, S.168-187. Zum sozialdemokratischen Neuanfang im Nachkriegs-Berlin allgemein: Heimann, S.1648-1651.

<sup>24</sup> Heimann, S.1650.

gekommen waren. Aber auch der SPD-Zentralausschuß distanzierte sich von dem Ergebnis und erklärte die Trennung von allen „Spaltern“. Am 20. April 1946 beschloß dann der 40. Parteitag der SPD die Vereinigung mit der KPD, die am 21./22. April vollzogen wurde. Die „oppositionelle“ SPD erhielt Rückendeckung von Kurt Schumacher und den westlichen Besatzungsmächten. Urabstimmung und Vereinigung zur SED hatten viele SPD-Mitglieder verunsichert. Im Westteil Berlins konnten die Einheitsgegner relativ schnell zur Tagesordnung übergehen, da hier die Parteiorganisation intakt geblieben war.<sup>25</sup> Die acht Ostberliner SPD-Kreisorganisationen hingegen standen vor einem „zweiten Neuanfang“.

### 2.3. Außenpolitische Prämissen für die Situation Berlins

Über den Status Berlins im Nachkriegs-Deutschland gab es eine Vielzahl internationaler Vereinbarungen. Bereits in den Londoner Vereinbarungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion vom 12. September 1944 sprachen die Unterzeichner von einem Berliner Gebiet, welches nach Kriegsende unter der gemeinsamen Besatzung der Alliierten stehen sollte. Schon hier legten sie fest, daß die Sowjetunion die Ostzone besetzen sollte, ausgenommen des Berliner Gebietes, für das ein Sondersystem vorgesehen wurde. Ergänzt wurden diese Festlegungen am 5. Juni 1945 in Berlin. Die vier Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte bildeten gemeinsam den Alliierten Kontrollrat, die gemeinsame Verwaltung Berlins erfolgte durch eine Alliierte Kommandantur. Vom 17. Juli bis 2. August trafen in Potsdam die Regierungschefs Großbritanniens, der UdSSR und der USA zusammen, sie trafen Vereinbarungen über die europäische Nachkriegsordnung und die deutsche Frage, die als „Potsdamer Abkommen“ in die Geschichte eingingen. Die endgültige Entscheidung über die Teilung Deutschlands fällten die Großmächte auf zwei Konferenzen 1947, den Außenministerkonferenzen von Moskau (März/April) und London (November/Dezember). Die Schaffung von Bündnissystemen in Ost und West 1948 hatte zu einer erheblichen Verschärfung bereits bestehender Spannungen zwischen den Alliierten geführt, die endgültig letzte Sitzung des Kontrollrates hatte am 20. März 1948 stattgefunden, die Besatzungsmächte führten im selben Jahr getrennte Währungsreformen in Ost- und Westdeutschland durch.<sup>26</sup> „Berlin erlebte und erlitt das Schicksal Deutschlands in all jenen Jahren in geographisch verkleinertem Maßstab, aber in umso bedrängenderer Dichte. Wie im Alliierten Kontrollrat so folgten auch in der Kommandantur Berlins auf eine Periode halbwegs sinnvoller Zusammenarbeit der vier Mächte eine Zeit wachsender Gegensätze und schließlich der Zerfall.“<sup>27</sup>

Im Mai 1946 hatten sich die vier Mächte in der Auseinandersetzung um die Zulassung von SED und SPD auf den bereits geschilderten Kompromiß einigen können, der beiden Parteien eine Existenz in Gesamtberlin erlaubte.

Doch zunehmende Spannungen zwischen den Besatzungsmächten griffen in der Folgezeit tief in das Leben der Berliner ein. Einige Konflikte und Ereignisse seien an dieser Stelle kurz erwähnt:

- das Veto der Sowjetischen Besatzungsmacht gegen die Wahl Ernst Reuters (SPD) zum Berliner Oberbürgermeister 1947,
- die ab Sommer 1947 immer häufiger von sowjetischen Vertretern geäußerte Auffassung, Groß-Berlin sei ein Teil der Sowjetischen Besatzungszone,

<sup>25</sup> Ders., S.1650f. Vgl. außerdem dazu: Podewin / Teresiak, S.151-153 und S.195-227.

<sup>26</sup> Lilge, Herbert (Hg.), Deutschland 1945-1963, Hannover 1985, S.34-46 und S.209.

Vgl. außerdem: Podewin / Teresiak, S. 171-177.

<sup>27</sup> Lilge, S.46.

- die zunehmenden Behinderungen des Verkehrs zwischen Berlin und den Westzonen nach der gescheiterten Außenministerkonferenz von London (Frühjahr 1948),
- Konflikte zwischen den Alliierten um die Währungsreform in Berlin, die zum Auszug der sowjetischen Vertreter aus der Alliierten Kommandatura am 16. Juni 1948 führten und im weiteren Verlauf zur Berlin-Blockade,
- während der Blockade vom 23./24. Juni 1948 bis zum 12. Mai 1949 sperrten sowjetische Truppen den gesamten Personen- und Güterverkehr nach Berlin, die Stromlieferung aus dem Ostsektor und die Lebensmittelzufuhr aus ihrer Zone, die westlichen Alliierten reagierten mit einer wirkungsvollen Luftbrücke für die Bewohner Westberlins und einer Gegenblockade, so wurden u.a. die Transporte von Kohle und Stahl aus der Bi-Zone in den Osten unterbrochen,
- die Spaltung des Berliner Magistrats Ende 1948, in deren Folge in Westberlin, eine von den Westmächten anerkannte Stadtverordnetenversammlung (später Abgeordnetenhaus) arbeitete und in Ostberlin, ein von der sowjetischen Macht anerkannter Magistrat,
- das Existieren von zwei Währungen in Berlin seit März 1949.<sup>28</sup>

Die Gründung von zwei deutschen Staaten 1949 war Teil einer unaufhaltsam scheinenden Entwicklung, die die Wiedervereinigung in weite Ferne rücken ließ. Die Wiedervereinigungsfrage stand in einem engen Zusammenhang mit der Frage eines Friedensvertrages und war damit vor allem eine Angelegenheit der Siegermächte. Doch 1949 war der Kriegszustand noch nicht einmal formal beendet und ohne einen Friedensvertrag blieben auch die Frage der deutschen Grenzen und das Berlin-Problem weiter offen. Mit Rücksicht auf den Viermächtestatus Berlins hatten die Westmächte einer Einbeziehung Groß-Berlins in die Bundesrepublik, wie sie Artikel 23 des Grundgesetzes vorsah, nicht zugestimmt, so daß nur eine Anzahl nicht stimmberechtigter Berliner Mitglieder in Bundestag und Bundesrat entsandt werden konnten. Auch das Gesetz über die Bildung einer Provisorischen Länderkammer der DDR vom 7. Oktober 1949 sah nur eine Entsendung von Berliner Vertretern in die Provisorische Länderkammer als Beobachter vor.

1951 beendeten die ehemaligen Gegner Deutschlands, mit Ausnahme der Ostblockstaaten (diese erst 1955), formell den Kriegszustand mit Deutschland. 1952 trat die Wiedervereinigungsfrage noch einmal stark in den Vordergrund diplomatischer Bemühungen, was sich u.a. in dem viermaligen Notenwechsel zwischen der sowjetischen Regierung einerseits und den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten andererseits widerspiegelte. Auch 1953 wurden zahlreiche Noten ausgetauscht, eine Einigung erzielten die Großmächte jedoch vor allem wegen ihrer unterschiedlichen Auffassung zu freien Wahlen nicht. Mit der Ratifizierung der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 löste sich die Hohe Kommission der Westmächte auf und die Alliierte Kommandantur gab eine Erklärung ab, mit der die Rechte der Alliierten in den drei Westsektoren Berlins eingeschränkt wurden. Vorbehalte der westlichen Alliierten betrafen allerdings noch ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes, eingeschlossen waren hier die Fragen einer Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung. Am 9. Mai trat die Bundesrepublik der NATO bei, kurze Zeit später gründeten die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien und die DDR einen eigenen Regionalpakt. Die DDR erhielt aber erst 1956, nach der Gründung der Nationalen Volksarmee den gleichrangigen Status als Militärverbündeter im Warschauer Pakt.

---

<sup>28</sup> Ders., S.46-53.

Im Herbst 1955 verlieh die Sowjetunion der DDR die volle Souveränität und löste die sowjetische Hohe Kommission auf, gleichzeitig wurden alle Beschlüsse des Kontrollrats aus den Jahren 1945-48 für das Territorium der DDR außer Kraft gesetzt.<sup>29</sup>

Trotz der Teilung der Stadt und kleinerer Konflikte kann man in der Periode von 1949-1958 eine gewisse Ruhephase für Berlin sehen.

1957 unterbreitete Ulbricht den neuen Vorschlag, eine Zwischenlösung in der Deutschlandfrage durch eine Konföderation beider deutscher Staaten zu finden. Die Bundesrepublik lehnte ab, begründet wurde dies u.a. damit, daß:

- eine Konföderation zwischen einer Demokratie und einer kommunistischen Diktatur zur Aktionsunfähigkeit verurteile,
- der Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrages mit der sowjetisch besetzten Zone deren Eigenstaatlichkeit ohne konkrete Garantien bezüglich einer endgültigen Wiedervereinigung anerkennen würde,
- die vier Mächte aus ihrer Verantwortlichkeit für die Wiedervereinigung Deutschlands entlassen wären.<sup>30</sup>

Mit dem Jahr 1958 begannen verstärkt Bemühungen der DDR und der Sowjetunion, für Berlin einen neuen Status zu schaffen. So erklärte beispielsweise im Januar der Ostberliner Staatsrechtler Prof. Kröger, daß Berlin nach dem Vier-Mächte-Abkommen keine eigene Besatzungszone bilde, sondern zum Gebiet der sowjetischen Besatzungszone gehöre. Auch der sowjetische Geschäftsträger bei der DDR-Regierung, Astawin, sprach im Februar 1958 von Berlin als der „Hauptstadt der DDR“. Ähnlich äußerten sich im Juni und Oktober des Jahres Friedrich Ebert (Ostberliner Oberbürgermeister) und Walter Ulbricht.<sup>31</sup>

„Am 27. November 1958 richtete die Sowjetunion Noten an die drei Westmächte, die Bundesrepublik und die DDR, in denen sie für Westberlin den Status einer „Freien und entmilitarisierten“ Stadt forderte und eine einseitige sowjetische Aktion zur Beendigung des Viermächte-Besatzungsstatuts in Berlin nach Ablauf von sechs Monaten androhte. ... Das Datum dieser Note war zugleich die diplomatische Geburtsstunde der kommunistischen Dreistaatentheorie. Diese Theorie, die bei dem Passierscheinabkommen vom 17. Dezember 1963 eine zentrale Rolle spielen sollte, besagt, daß die Entwicklung nach der Kapitulation Deutschland zu drei Staaten geführt habe: „Deutsche Demokratische Republik“, „Bundesrepublik“ und „Besonderes Territorium Westberlin“, das weder zur Bundesrepublik noch zur DDR gehöre.“<sup>32</sup>

Die Westmächte, die übrigen NATO-Mitglieder, Regierung, Opposition und Öffentlichkeit in der Bundesrepublik und Westberlin reagierten einheitlich ablehnend, eine Preisgabe Westberlins war für sie nicht akzeptabel. Doch die Sowjetregierung setzte energisch nach, indem sie am 11. Januar 1959 den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland 28 Regierungen vorlegte, der u.a. die völkerrechtliche Anerkennung der endgültigen Teilung Deutschlands, seine Neutralität und weitgehende Entmilitarisierung, die Wiederzulassung der KPD in der Bundesrepublik, das Verbot freier politischer Betätigung „revanchistischer“ Parteien und Organisationen und die völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Ostgrenze Deutschlands vorsah. Wiederum reagierte der Westen negativ, da er freie Wahlen als ersten Schritt für eine erfolgversprechende Lösung der deutschen Frage ansah. Die starke internationale Spannung in Folge der von Chruschtschow ausgelösten Berlin-Krise und östlicher Deutschland-Aktivitäten wurde durch eine im März 1959 erreichte Vereinbarung über eine Außenministerkonferenz der vier Mächte in Genf gemildert, die schließlich vom 11. Mai bis 5. August stattfand und an der die Delegationen der Deutschen Demokratischen

---

<sup>29</sup> Ders., S.56-154.

<sup>30</sup> Ders., S.197.

<sup>31</sup> Vgl. mit: SPD Jahresbericht 1957/58 des SPD-Landesverbandes Berlin, S.177-179, in: ABI Berlin.

<sup>32</sup> Lilge, S.207f.

Republik und der Bundesrepublik Deutschland im Status von Beratern teilnahmen. Zwar verlief diese Konferenz ergebnislos, da westliche wie östliche Delegation die Vorschläge der Gegenseite ablehnten und so zu keiner Lösung des Berlin-Problems, dem eigentlichen Kern der Konferenz, kamen. Aber am 27. Mai, dem Datum des Ablaufs des Chruschtschow-Ultimatums, brach kein kriegerischer Konflikt aus, sondern die Konfliktparteien saßen sich am Verhandlungstisch gegenüber. Schon darin allein bestand ein großer Erfolg dieser Konferenz, ein zweiter in einer Art stillschweigendem Einvernehmen über den Status quo in Berlin. Aus dem russischen Monolog der Drohung war ein Dialog geworden, der während des Chruschtschow-Besuches in den USA im September 1959 fortgesetzt wurde. Eisenhower und Chruschtschow einigten sich über eine Wiederaufnahme der Gespräche über die Berlin-Frage ohne eine zeitliche Begrenzung.

Am 18. März 1959 hatte auch die SPD in der Sorge, daß

- bei keiner Einigung der Großmächte über die Berlin-Frage ein Krieg drohe und
- bei einer Verständigung *nur* über Berlin die deutsche Teilung endgültig werde, einen Deutschlandplan vorgelegt, der eine allmähliche Annäherung in Stufen vorsah. Die politische Zusammenführung sollte in der ersten Stufe mit der Bildung einer Gesamtdeutschen Konferenz beginnen, in die beide deutsche Regierungen Beauftragte auf der Grundlage der Parität entsenden würden. Die zweite Stufe sah die Errichtung eines Parlamentarischen Rates vor, in der dritten Stufe sollte sich der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat mit der Vorbereitung von gesamtdeutschen Gesetzen zum Steuersystem, Finanzausgleich, zur Zoll- und Währungsunion und zur sozialpolitischen Anpassung befassen. Erst nach dem Inkrafttreten einer gesamtdeutschen Verfassung sollten allgemeine, freie und geheime Wahlen zum Gesamtdeutschen Parlament abgehalten werden, aus denen dann die Gesamtdeutsche Regierung hervorgehen würde. Auch in der SPD selbst war dieser Plan nicht unumstritten. Die Bundesregierung lehnte ihn ab,
  - da dem politischen Stufenplan jede Koppelung mit militärischen Entspannungsplänen fehle,
  - es keinerlei Garantien gebe, daß einer Stufe zwingend die nächste folge,
  - die Durchführung des Planes eine Anerkennung der Pankower Regierung bedeute und damit nicht den Beschlüssen des Bundestages entspreche,
  - die freien Wahlen zu spät erfolgten.

Nach anfänglicher Ablehnung fand der Plan hingegen bei der SED und in der Sowjetunion eine begrenzte Zustimmung. Das Funktionieren des Planes hätte eine grundsätzliche Einigung der vier Mächte zur Voraussetzung gehabt, da diese in Genf nicht eintrat, blieb der SPD-Plan wirkungslos. Er hatte in der Öffentlichkeit zwar eine starke, aber überwiegend negative Resonanz gefunden und wurde 1960 von der SPD fallen gelassen.

Die Pariser Gipfelkonferenz im Mai 1960 scheiterte, bevor sie überhaupt begonnen hatte. Ein Zwischenfall mit einem amerikanischen Erkundigungsflugzeug über sowjetischem Territorium lieferte dem sowjetischen Ministerpräsidenten den äußeren Anlaß, die Konferenz zum Scheitern zu bringen. Die eingetretene Verschlechterung der internationalen Lage ließ den Westen befürchten, daß Moskau nun zu einseitigen Handlungen in der deutschen Frage unter Einschluß Berlins schreiten würde, aber Chruschtschow lenkte wieder ein.

Die Atempause hielt bis zum Juni 1961, dann trafen sich Chruschtschow und der neugewählte amerikanische Präsident John F. Kennedy in Wien. In dem auf dieser Zusammenkunft an Kennedy übergebenen Memorandum wurden wieder Fristen gesetzt, allerdings ohne ultimativen Charakter. Die sowjetischen Positionen zur Deutschlandfrage hatten sich nicht gewandelt, neu war aber der Vorschlag, den Dreimächtestatus Westberlins durch die Stationierung sowjetischer Truppen in einen Viermächtestatus umzuwandeln. Hinzu kam eine größere Flexibilität in bezug auf die Modalitäten eines Friedensvertrages im Vergleich zum Entwurf vom 10. Januar 1959. Sechs Monate sollten für die Einigung der beiden deutschen

Staaten über Friedensregelung und Wiedervereinigung nach sowjetischer Auffassung ausreichend sein, Verzögerungen seien gefährlich. Abschließend verwies das Memorandum auf die Konsequenzen eines separaten östlichen Friedensvertrages für Westberlin, der

- die Aufhebung des Besatzungsregimes in Westberlin,
- die Kontrolle der Verbindungswege nach und von Westberlin durch die DDR bedeute.

Durch einen Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR hätte Ulbricht das entscheidende Instrument in den Händen gehabt, um die Anwesenheit der Westmächte in Berlin zu erschweren und wichtige Rechtsgrundlagen für eine freie Existenz Westberlins zu untergraben.

In ihren Antwortnoten wiesen die Westmächte unter Verweis auf die Londoner Vereinbarungen darauf hin, daß

- die Stadt Berlin weder zur Sowjetunion noch zur sog. DDR gehöre,
- Veränderungen nur durch Übereinkünfte zwischen den vier Mächten und nicht durch Vereinbarungen zwischen einer der Mächte und den von dieser Macht in einem Teil Deutschlands eingesetzten Behörden zustande kommen könnten,
- ein anderes Vorgehen der Sowjetunion erhebliche Gefahren mit sich brächte.

So sollte der Sowjetunion deutlich gemacht werden, daß die Frage eines separaten Friedensvertrages schnell zu einer Frage über Krieg und Frieden werden könne.<sup>33</sup>

„Der Bau der Mauer jedoch, so meinte man in Moskau, berühre nicht direkt die Rechte der Westmächte, beschränke die Maßnahmen auf die Bewohner der DDR und Ostberlins und schließe dadurch zwar Konfliktmöglichkeiten nicht aus, reduziere sie aber. ... Die Entscheidung über die Errichtung der Mauer fiel auf einer Zusammenkunft der Warschauer-Pakt-Staaten Anfang August.“<sup>34</sup> Durch den Mauerbau am 13. August 1961 gehörte Ostberlin de facto zur DDR, Gesamtberlin als Verhandlungsgegenstand akzeptierten die Kommunisten in der Folge nicht mehr. Am 23. August 1962 löste die Sowjetunion ihre Kommandantur in Ostberlin auf und auch für die Westmächte stellte die Wiederherstellung des Viermächtestatus für Gesamtberlin, trotz allem Engagements für die Freiheit Westberlins und die Sicherheit der Zufahrtswege, kaum mehr ein Ziel dar. Die Westmächte hatten nie die Absicht militärisch einzugreifen, ihrer Meinung nach verletzten die Absperrungen keine entscheidenden Rechte des Westens, sie hatten immer nur die Freiheit Westberlins garantiert.<sup>35</sup>

#### 2.4. Das Ostbüro der SPD

Am 04. Juni 1946, also drei Wochen nach dem 1. Nachkriegsparteitag der SPD in Westdeutschland, wurde in Hannover das Ostbüro der SPD als ein Referat beim Parteivorstand der SPD gegründet. Der Parteivorstand übertrug seinem „Kampforgan“ für die unterdrückte Sozialdemokratie in der Sowjetzone folgende Aufgaben:

- „1. Kontaktstelle der SPD für Sozialdemokraten in der SBZ/DDR und Koordinierungs- und Beratungsstelle für die Sozialdemokraten und sozialdemokratischen Gruppen, die politischen Widerstand gegen die Gewalt- und Willkürherrschaft in der SBZ/DDR leisteten. ...
2. Beschaffung, Sammlung, Auswertung und Verwertung von Informationen über die Lage und die Entwicklung in der SBZ/DDR; vor allem auch unter dem Aspekt des „Systemvergleichs“.

---

<sup>33</sup> Ders., S. 209-227.

<sup>34</sup> Ders., S.227.

<sup>35</sup> Ders., S.231f.

3. Aufklärungsarbeit innerhalb der SED und anderen politischen bzw. gesellschaftlichen Organisationen und innerhalb der gesamten SBZ/DDR.
4. Herausgabe von Informationen und Analysen über die Lage und die Entwicklung in der SBZ/DDR an die Öffentlichkeit, an politische Institutionen und staatliche Stellen (bis 1949 in den westlichen Besatzungszonen) in der Bundesrepublik Deutschland und im westlichen Ausland.
5. Beobachtung, Analyse und Abwehr von gegen die SPD und (ab 1949) gegen die Bundesrepublik Deutschland und deren freiheitliche demokratische Grundordnung sowie gegen Mitarbeiter des Ostbüros gerichteter Aktionen von Geheimdiensten der Sowjetunion, der DDR und anderer Ostblockstaaten und der „Westarbeits“- Apparate des SED-Staates und der Sowjetunion.
6. Überprüfung und Betreuung von Flüchtlingen aus der SBZ/DDR durch die dem Ostbüro angeschlossene Flüchtlingsbetreuungsstelle „Ost“, Betreuung politischer Häftlinge bzw. deren Familien und Mitwirkung an „Freikaufaktionen“ für politische Häftlinge.<sup>36</sup>

Von 1948-1966 leitete Stephan Thomas das Ostbüro, sein Nachfolger bis zur Schließung des Büros 1971 wurde Helmut Bärwald. Für die Parteiführung war eine Zusammenarbeit des Ostbüros mit staatlichen Stellen, Forschungsinstituten und auch mit Geheimdiensten gerechtfertigt und selbstverständlich, sie wurde niemals untersagt. Das Ostbüro gab sowohl sporadisch (Flugblätter, Flugschriften, Bücher und Broschüren) als auch regelmäßig Publikationen in großen Mengen heraus und verteilte sie auf die unterschiedlichste Weise im Zielgebiet. Für die SBZ/DDR waren u.a. folgende sporadisch erscheinende Schriften bestimmt:

- Flugblätter zu aktuellen Themen, z.B. „Nach der Pankower Bettelreise“ (1957 nach der Reise einer SED-Delegation nach Moskau) und „Zur 3. Parteikonferenz der SED: Die Entscheidung wurde vertagt“, auf den meisten Flugblättern gab sich das Ostbüro als Herausgeber zu erkennen, unterschrieben waren sie oft mit „Freiheit SPD“;
- Flugschriften zu aktuellen Themen, z.B. „Die Entlarvung des Stalinterrors - Wortlaut der Rede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU“, diese Flugschriften wurden meist als sog. "schwarze Propaganda“ herausgebracht, d.h. ohne Angaben über die Herausgeber;
- Bücher und Broschüren im Kleinformat, teilweise auch als Tarnausgaben, z.B. Kapitel aus Wolfgang Leonhards Buch „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ in Tarnausgabe als „Notizbuch des Agitators“, hrsg. von der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin, Abteilung Propaganda/Agitation.

Regelmäßig, jedoch nicht unbedingt zu festen Terminen, kamen folgende Flugschriften zur Verbreitung in der SBZ/DDR heraus:

- Flugschrift (Zeitung) „Sozialdemokrat“ - hrsg. v. Parteivorstand der SPD,
- „Freie Junge Welt“ - Eine Zeitung für die mitteldeutsche Jugend,
- Flugschrift (Monographie) Sonderausgabe EINHEIT, Titel und Gestaltung waren der vom ZK der SED herausgegebenen Zeitschrift Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, EINHEIT nachempfunden, gelegentlich erschienen auch komplette Falsch Ausgaben der SED-EINHEIT,
- Briefe der „SED-Opposition“.

An der Verfassung der EINHEIT (Ostbüro) und der Briefe der „SED-Opposition“ beteiligten sich auch Autoren aus der DDR, darunter Schriftsteller, Wissenschaftler, Werktätige, Funktionäre und Mitglieder der SED und anderer Massenorganisationen und Institutionen. Für „Abweichler“ und Oppositionelle war dies eine Möglichkeit, ihre Gedanken verbunden mit dem entsprechenden Insiderwissen zu veröffentlichen.

---

<sup>36</sup> Bärwald, Helmut, Das Ostbüro der SPD. 1946-1971 Kampf und Niedergang, Krefeld 1991, S.29.



Eine objektive Meßlatte für die tatsächlichen Wirkungen und Erfolge, der vom Ostbüro herausgegeben und verschickten Schriften und Materialien, gibt es allerdings bis heute nicht. Die meisten vom Ostbüro in die SBZ/DDR geschickten Flugblätter und Flugschriften erhielten die Aufforderung, unter Beachtung bestimmter Sicherheitsvorkehrungen an eine Deckadresse zu schreiben und so zu einer Verbesserung der Aufklärungsarbeit beizutragen. Es gab einen beachtlichen Rücklauf, sowohl von Zustimmungen, als auch von Ablehnungen (hier vermutete das Ostbüro 1. zumeist die Urheberschaft bei der SED oder beim MfS; 2. die Möglichkeit, „durch die Blume“ Flugblattfunde zu bestätigen).

Zwischen 1947 und 1955 wurden vom Ostbüro acht Denkschriften zum „Terror“ in der SBZ/DDR veröffentlicht. Ihnen folgten z.B. die „Monatsberichte über die Entwicklung in Mitteldeutschland“ sowie der wöchentliche Informationsdienst „Ostspiegel“. Außerdem war das Ostbüro Herausgeber der monatlichen „Mitteldeutschen Nachrichten - Der Flüchtling“ und zahlreicher Publikationen. Es veranstaltete Seminare und entsandte Referenten an verschiedene Bildungseinrichtungen.

Im Kampf gegen eine kommunistische Unterwanderung der SPD erbaten nicht nur Organe der Partei (Partei Vorstand, Schiedskommission u.a.) sowie Gliederungen der SPD (Bezirke, Unterbezirke u.a.), sondern auch andere Organisationen (z.B. Gewerkschaften, Arbeiterwohlfahrt) eine Überprüfung von Personen bzw. Personengruppen durch das Ostbüro. Zur Abwehrarbeit des Ostbüros gehörte das Entlarven von Spitzeln ebenso wie der Einsatz von Grenzbeauftragten.<sup>37</sup>

„Ende der vierziger und in den fünfziger Jahren waren bis zu hundert SPD-Mitglieder entlang der Zonengrenze ehrenamtlich ... für das Ostbüro tätig. Im Bereich „Abwehr“ fungierten sie gewissermaßen als „Abfangjäger“, die in Zusammenarbeit mit alliierten und deutschen Dienststellen Aktivitäten der SED-„Westarbeits“-Apparate oder kommunistischer Geheimdienste möglichst bereits im Vorfeld, also an der Zonengrenze, beobachten, aufklären, melden und eventuell an Ort und Stelle abwehren sollten.“<sup>38</sup>

Ein anderes Tätigkeitsfeld des Ostbüros war die Flüchtlingsbetreuung. Bereits in den ersten Jahren ihrer Existenz entwickelte sich die Flüchtlingsbetreuungsstelle zu einem überparteilichen Anlaufpunkt für Tausende Flüchtlinge. Sämtliche Flüchtlinge, die sich in den Geschäftsstellen der SPD zur Betreuung oder Aufnahme in die SPD einfanden, mußten an das Ostbüro zwecks Überprüfung gemeldet werden, so daß dort Tausende von Flüchtlingsakten erstellt wurden. Zur Aufgabe der Flüchtlingsbetreuungsstelle gehörte aber auch die Betreuung von Angehörigen politischer Häftlinge, aus politischen Gründen Verschleppter oder Verschollener, die Betreuung entlassener politischer Häftlinge und der interne und öffentliche Einsatz für Opfer des kommunistischen Systems. So wurden z.B. vom Ostbüro über viele Jahre hinweg Listen politischer Häftlinge in die Öffentlichkeit gebracht.<sup>39</sup>

So wie der Feind des Ostbüros die SED war, zählte auch die SED von Anfang an das Ostbüro zu ihren Feinden und reagierte auf die Aktivitäten des Ostbüros mit Mitteln wie Stimmungsmache und Diffamierung, bis hin zu handfesten Repressionen. Vorwürfe eine „Geheimdienstzentrale“ gewesen zu sein oder Sabotageakte verübt zu haben, werden von ehemaligen Mitarbeitern des Ostbüros bis heute zurückgewiesen. Folgendes wird allerdings eingeräumt: „Gewiß, unter den Mitarbeitern und Kontaktleuten des Ostbüros gab es hin und wieder Einzelne, die „ein bißchen Geheimdienst spielen“ wollten und vielleicht auch mit Aktionen liebäugelten, die auf keinen Fall zum „Repertoire“ des Ostbüros gehörten. Diesen

---

<sup>37</sup> Ders., S.53-107.

<sup>38</sup> Ders., S.106.

<sup>39</sup> Ders., S.109-114.

wenigen wurde eindringlich ins Gewissen geredet; die dann immer noch nicht begriffen, waren beim Ostbüro fehl am Platz.“<sup>40</sup>

Das Ostbüro verfügte über eine beachtliche Zahl von Informanten, so auch in Ostberlin, die u.a. über:

- Stimmungen in der Bevölkerung,
- haupt- und nebenamtliche Mitarbeiter des SSD,
- konspirative Treffpunkte des SSD,
- Strukturen der einzelnen Stadtbezirke, Aufgabenbereiche und Personal der verschiedenen Ämter,
- spezielle Vorgänge in den Stadtbezirken,
- Verschärfungen der Kontrollen an den Sektorengrenzen und in den Verkehrsmitteln,
- Probleme in Betrieben,
- Reaktionen auf Bundestagsbeschlüsse oder andere westdeutsche Entscheidungen,
- Reaktionen auf SED- und KPdSU-Beschlüsse,

etc. berichteten.<sup>41</sup> Die Informationen waren oft sehr detailliert, was sich an vielen Berichten nachweisen läßt. Über die Aufgaben und deren Durchführung beim Referat Gesamtdeutsche Arbeit im Stadtbezirk Lichtenberg heißt es u.a.:

- 1) Bearbeitung von Anträgen auf Aufenthaltsgenehmigungen für den Stadtbezirk Lichtenberg. Aufenthaltsgenehmigungen werden nur nach Überprüfung durch die VP-Inspektion erteilt.
- 2) Stellungnahmen zu Anträgen auf Reisen in die Bundesrepublik. Reisen nach Westdeutschland werden überwiegend nur bei Todesfällen befürwortet.
- 3) Übersicht der ‘Grenzgänger’ und Organisation der ‘Aufklärung’. ‘Grenzgänger’ werden laufend persönlich aufgesucht und zur Aufgabe ihrer Arbeit in Westberlin angehalten. Neuerdings wird auch mit Wohnraumentzug gedroht.
- 4) Organisation von Zusammenkünften (in 14-tägigen Abständen) westdeutscher Bürger beim Bezirksbürgermeister, die sich besuchsweise im Stadtbezirk aufhalten. Fast 14-tägig werden etwa 100 westdeutsche Besucher zu einer Aussprache beim Bezirksbürgermeister eingeladen. Im Durchschnitt erscheinen 80-90 Personen. Zur Aussprache an gemeinsamer Kaffeetafel stehen etwa 15 SED-Funktionäre, aber auch Parteilose, zur Verfügung. Anschließend folgt eine Besichtigungsfahrt durch den Stadtbezirk, und zwar werden kulturelle, soziale und Gesundheits-Einrichtungen besucht. Insbesondere führt man die westdeutschen Besucher zum Tierpark in Lichtenberg.
- 5) Unterstützung der von der SED organisierten Einsätze in Westberlin. Die Einsätze in Westberlin erfolgen planmäßig. Täglich suchen mindestens 25 Mitarbeiter vom Rat des Stadtbezirks Lichtenberg bestimmte Einwohner in Westberlin auf. Patenbezirk ist der westberliner Bezirk Tiergarten ...“<sup>42</sup>

Ein anderer Informant berichtete im Januar 1961 über eine beim ZK der SED stattfindende Chefredakteur-Besprechung, auf der Horst Sindermann den Chefredakteuren folgende Anweisung verlas: „Der Begriff „freie und entmilitarisierte Stadt Westberlin“ sollte nicht mehr verwendet werden, denn man könne sich auch andere Lösungen vorstellen.“<sup>43</sup>

Die SED forderte immer wieder die Auflösung des Ostbüros. Im April 1956 schlugen Walter Ulbricht und Otto Grotewohl in einem Brief an den Parteivorstand der SPD ein als Beitrag zur Verständigung deklariertes Tauschgeschäft vor: für die Auflösung des Ostbüros boten sie die

---

<sup>40</sup> Ders., S.121.

<sup>41</sup> Vgl. mit den entsprechenden Unterlagen des Ostbüros, z.B. in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: Ostbüro, Mappen: 0042 II, 0046 / F/E und 0257 II.

<sup>42</sup> Bericht von Quelle: 8.731/4, vom 05.08.1958, S.8, in: Archiv der sozialen Demokratie, Bestand: Ostbüro, Mappe: 0042 II.

<sup>43</sup> Bericht von Quelle V93 vom 13.01.1961, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: Ostbüro, Mappe: 0287 AV.

Freilassung politischer Häftlinge an. Dieses Ansinnen wurde von der SPD entschieden zurückgewiesen.

Doch auch die Haltung der SPD wandelte sich. So waren die Entgegnungen von Willy Brandt auf Attacken der SED gegen das Ostbüro 1966 bei weitem nicht mehr mit der offensiven Reaktion des Parteivorstandes von 1956 vergleichbar. In seiner Stellungnahme vom 27. Juni 1966 wurde eine deutliche Distanz gegenüber dem Ostbüro spürbar. Dieser Wandel war besonders für das Ostbüro selbst schmerzhaft und führte zu einer nicht unverständlichen Verbitterung über diese offensichtliche Minderwertschätzung seiner Arbeit.<sup>44</sup>

„Ab Sommer 1966 wurde die Informationsarbeit des Ostbüros durch die Parteiführung Schritt für Schritt eingeschränkt oder erschwert. Im August 1966 mußte die Herausgabe des einmal wöchentlich beim SPD-Pressedienst erscheinenden Informationsdienstes „Ostspiegel“ eingestellt werden. ... 1966 mußte das Ostbüro auch die Herausgabe der Monatsberichte über die Entwicklung in der UdSSR und in Polen, angeblich ebenfalls aus finanziellen Erwägungen einstellen.“<sup>45</sup> So wie in diesen Beispielen wurde die Tätigkeit des Ostbüros auf fast allen Gebieten eingeschränkt und dann 1971 endgültig beendet. Nach Informationen Bärwalds stellte dies eine Konsequenz aus den Bahr-Gromyko-Gesprächen von 1970 dar. Das Präsidium der SPD faßte den Beschluß, die Tätigkeit des Ostbüros einzustellen, statt dessen wurde ein neues Referat „Andere Parteien“ gebildet. Die Berliner Nebenstelle des Ostbüros existierte bis 1980 als „Büro für innerdeutsche Beziehungen“ weiter.<sup>46</sup>

Die Mitglieder der acht Ostberliner Kreisorganisationen entschieden sich oft gegen eine Zusammenarbeit mit dem Ostbüro, um die ihnen verbliebenen Möglichkeiten der politischen Tätigkeit, ihre Organisation und sich selbst nicht zusätzlich zu gefährden.<sup>47</sup>

## 2.5. Schwerpunkte der SED-Politik zwischen 17. Juni und Mauerbau

Nachdem die SED am 17. Juni 1953 nur knapp einer Niederlage entgangen war, nutzte sie in der folgenden Phase die sich ihr bietenden Chancen zur Stabilisierung. Die überstandene politische Krise bescherte ihr als nicht unwesentlichen „Nebeneffekt“ folgende Vorteile:

1. Keine akute Gefährdung ihrer Macht durch direktes, unmittelbares militärisches Eingreifen seitens des Westens,
2. Rückgriff auf sowjetische Machtpotentiale in Krisenzeiten als eine Art Rückversicherung ihres politischen Einflusses,

---

<sup>44</sup> Bärwald, S.121-126. Als Hauptverantwortlicher für diese Entwicklung gilt bis heute bei Bärwald und anderen namhaften Repräsentanten des Ostbüros Herbert Wehner. Sie datieren den Ursprung des Niedergangs des Ostbüros auf das Jahr 1958, in dem Wehner auf dem Stuttgarter SPD-Bundesparteitag erstmals zum Stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD gewählt wurde. Im Geschäftsführenden Vorstand (Präsidium) übernahm er u.a. die Bereiche Organisation, Presse, Vertriebenenpolitik. Zusätzlich war er gemeinsam mit Ollenhauer für Wiedervereinigungspolitik, Flüchtlingsbetreuung und das Ostbüro zuständig. Konflikte waren vorprogrammiert, da das Ostbüro bereits kurz nach seiner Gründung starke Vorbehalte gegen Wehner geäußert hatte. Die Situation spitzte sich weiter zu, u.a. durch eine noch 1958 von Wehner angeordnete Überprüfung der Tätigkeit des Ostbüros (die allerdings keinerlei Beanstandungen erbrachte); die von Wehner verfolgte, vom Ostbüro aber als verhängnisvoll charakterisierte „neue Ostpolitik“ und eine publizistische Attacke der Illustrierten „Quick“ (1966) gegen Wehner, der die Urheber vor allem im Umkreis des Ostbüros sah. Vgl. dazu: Bärwald, S.127-134.

<sup>45</sup> Ders., S.135.

<sup>46</sup> Ders., S.136-161.

<sup>47</sup> In den Ausführungen von ehemaligen Vertretern des Ostbüros finden sich keine Aussagen über eine eventuelle Mitarbeit von Ostberliner Sozialdemokraten, die Rede ist vielmehr bezogen auf die SBZ/DDR von ehemaligen Sozialdemokraten bzw. anderen oppositionell eingestellten Personen. Obige Aussage konnte nur durch die Befragung ehemaliger Ostberliner SPD-Funktionäre getroffen werden, sicherlich gab es auch Ausnahmen.

3. Verankerung konkreter Schutz- und Hilfeverpflichtungen der UdSSR gegenüber dem zweiten deutschen Staat mit daraus unmittelbar resultierenden innenpolitischen Positiveffekten.

Ab 01.01.1954 verzichtete die Sowjetunion auf ihre noch offenen Reparationsforderungen, gab 33 in SAG umgewandelte Industriebetriebe zurück, erließ Schulden, gewährte einen Halbmilliarden-Rubel-Kredit (z.T. in freikonvertierbarer Währung) und begrenzte die Stationierungskosten ihrer Truppen.

Die SED selbst reagierte mit sozialen Zugeständnissen, z.B.

- der Senkung der Arbeitsnormen,
- der Anhebung der unteren Industrielohngruppen,
- einer Erhöhung der Mindestrenten und
- Preissenkungen;

rechnete hart mit den vermeintlichen Drahtziehern des Aufstandes ab, es folgten:

- Verhaftungen (insgesamt ergingen 1300 Urteile, davon sechs Todesurteile),
- der Ausschluß von Zaisser und Herrstadt aus dem Politbüro;

ergriff Maßnahmen der Prävention, wie

- die Verstärkung der Betriebskampfgruppen und
- ab 1956 den Aufbau der Nationalen Volksarmee,<sup>48</sup>

und verkündete propagandistisch wirksam den „Neuen Kurs“.

„Auf die Versorgungslage wirkte sich die mit dem „Neuen Kurs“ begonnene Korrektur der Wachstumsziele, die raschere Entwicklung der Konsumgüterbereiche zu Lasten der hohen Investitionsraten in der Schwerindustrie, nur langsam aus. Zunächst konnten einige der größten Versorgungslücken nur durch die sowjetischen Kredite und Zusatzlieferungen überbrückt werden, seit 1954 führt die neue Wirtschaftspolitik jedoch auch zu einer Verbesserung der Lebenshaltung aus eigener Wirtschaftskraft. Ein entscheidender Durchbruch aber gelang nicht. Speziell die Versorgung mit hochwertigen Konsumgütern blieb weit hinter den Erwartungen zurück - weniger der Mengen, mehr der Qualität und Verteilung der Produkte wegen. ... Schon 1955 wurde ein Anlauf unternommen, die starre Mengenplanung zu überwinden und zu einer ökonomisch fundierten Wirtschaftsleitung überzugehen - zu einem System, das statt der fiktiven Planpreise die tatsächlichen Kosten kalkuliert, die Entscheidungsbereiche der Betriebe erweitert und auf die Verbraucher rascher reagiert. Dem stand aber noch immer die Sorge um einen Machtverlust entgegen, der mit einer Auflockerung der politischen Entscheidungskompetenz der Parteibürokratie für die Wirtschaft einhergehen mochte.“<sup>49</sup>

Als Reaktion auf den XX. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) verkündete Ulbricht die Zustimmung der SED-Führung zu den Leitsätzen der KPdSU, hob die Koexistenz, die Vielfalt der Übergänge zum Sozialismus, den Systemwettbewerb und die Kollektivität der Führung hervor und akzeptierte die Stalin-Kritik.

Auf der 3. SED-Parteikonferenz (Ende März 1956) hörten die Delegierten in einer geschlossenen Sitzung Auszüge aus der Geheimrede Chruschtschows, und erfuhren so aus dem Munde ihrer Parteiführer, daß das, was bisher nur westliche Rundfunksender über die Stalinzeit berichtet hatten, keine Erfindung des Klassenfeindes war.

Dem Kurs einer kontrollierten „Demokratisierung“ entsprachen auch die von der Parteikonferenz beschlossenen, wenig verändernden „Maßnahmen zur breiteren Entfaltung der Demokratie“.

Ganz im Zeichen der Modernisierung durch die „wissenschaftlich-technische Revolution“ stand das wirtschaftspolitische Programm, d.h. die „Direktive“ für den Fünfjahrplan 1956-

---

<sup>48</sup> Staritz, Dietrich, Geschichte der DDR 1949-1985, Frankfurt am Main 1985, S.87-91.

<sup>49</sup> Ders., S.94f.

1960. Damit modifizierte die SED die wirtschaftlichen Ziele des „Neuen Kurses“ und trug der Erkenntnis über die nur schrittweise mögliche weiter Umgestaltung der Gesellschaft Rechnung.<sup>50</sup>

„Tempobewußtsein gegenüber den Resten der alten Gesellschaft, sozialpolitische Aufmerksamkeit (Lebensstandard, Arbeitszeit) gegenüber der reklamierten Basis - der Lernerchock des 17. Juni und der „Stoß“ des KPdSU-Parteitages schienen fortzuwirken, zumal die sowjetische Parteiführung darauf achtete, daß sowohl ihre außenpolitische Lagebeurteilung als auch ihr Konzept für eine innenpolitische Modernisierung von den Bruderparteien übernommen wurde.“<sup>51</sup>

In diesen Rahmen gehörte auch die KPdSU-Erklärung zur „Überwindung des Personenkults und seiner Folgen“ sowie die Reaktion des Politbüros des ZK der SED darauf. Der SED-Text hinterließ einen zwiespältigen Eindruck, er reichte von dem Versprechen Lehren ziehen zu wollen und der Mahnung zur Selbstüberprüfung einerseits, bis zu der Aufforderung nach mehr Wachsamkeit gegenüber den Einmischungsversuchen des Feindes andererseits.<sup>52</sup> Die Parteiführung sagte dem Dogmatismus den Kampf an, rehabilitierte Dahlem, strich die 1953 gegen Ackermann, Jendretzky und Schmidt verhängten Parteistrafen und begann intern mit der Überprüfung der „Fälle“ alle jener, die seit 1949 im Zusammenhang mit den Prozessen in Osteuropa Opfer der Parteisäuberungen geworden waren. Im Bemühen um Glaubwürdigkeit und um die neue Politik gegenüber der Sozialdemokratie zu unterstreichen, hatte sie schon zuvor die Freilassung 700 inhaftierter ehemaliger SPD-Mitglieder sowie von rund 15 000 politischen Gefangenen in Form einer Amnestie veranlaßt und etwa 3300 ehemalige Kriegsgefangene begnadigt. Das einsetzende intellektuelle „Tauwetter“ war aber spätestens mit dem Prozeß gegen Harich (März 1957) beendet.<sup>53</sup>

Im Februar 1958 „offenbarte sich, wie umstritten der politische Kurs der SED seit dem XX. Parteitag gewesen, wie schwer es der Ulbricht-Gruppe gefallen war, sich in der Parteiführung zu behaupten und ihre Gegner als Parteifeinde auszuschalten. Dazu genügte es nach dem Selbstverständnis der Partei neuen Typus nicht, das Zentralkomitee über Meinungsverschiedenheiten im Politbüro und Sekretariat zu unterrichten. Es brauchte vielmehr den Beweis, daß die Unterlegenen als „Fraktion“ gearbeitet hatten, als eine Gruppe, die organisiert, planmäßig und auch außerhalb der Willensbildungsgruppen eigene, gegen die Mehrheit gerichtete Politikkonzeptionen vertrat. Diese Behauptung - und damit das politische Todesurteil gegen die Besiegten - trug Honecker, damals noch Kandidat des Politbüros, dem ZK vor. ... Nun aber auch war vom ZK erst mit Aussicht auf Erfolg der Ausschluß der Parteiführer aus den Entscheidungsgremien zu fordern. ... Grundsätzlich hatten wohl alle Beschuldigten dafür plädiert, die „Demokratisierung“ in der DDR voranzutreiben und damit - nach Honecker - die Ergebnisse des XX. Parteitages „opportunistisch“ ausgelegt.“<sup>54</sup>

Im Mai 1958 löste die SED-Führung mit der Abschaffung der Rationierung der letzten kontingentierten Lebensmittel ein, was schon auf der 3. Parteikonferenz angekündigt worden war. Dies war mit Preissteigerungen verbunden, die zusätzliche Belastung fiel allerdings mäßig aus und wurde noch zusätzlich durch sozial gestaffelte lohnsteuerfreie Zulagen und einer Aufbesserung der Renten und Stipendien abgepolstert. Trotz einzelner Engpässe

---

<sup>50</sup> Ders., S.104-106.

<sup>51</sup> Ders., S.106.

<sup>52</sup> Vgl. ND v.30.6.1956 und ND v.8.7.1956.

<sup>53</sup> Staritz, S.107-115.

<sup>54</sup> Ders., S.117.

verbesserte sich die allgemeine Versorgungslage als Folge der wachsenden Produktivität beträchtlich.<sup>55</sup>

„Die Entwicklungskurve der DDR-Industrie schien stabil nach oben zu weisen (die Wachstumsraten der Bruttoproduktion stiegen zwischen 1956 und 1959 über 7%, 8% und 11% auf 12%), und auch die Neigung zur Westwanderung nahm ab. Waren 1956 noch knapp 280 000 DDR-Deutsche diesen Weg gegangen, sank die Zahl 1957 auf ca. 260 000, 1958 auf 204 000 und 1959 auf rund 144 000. Unter ihnen waren freilich stets rund zwei Drittel Erwerbspersonen, und jeder zweite Westwanderer war noch keine 25 Jahre alt. Doch die Ankommenden entsprachen immer weniger dem westlichen Stereotyp des Ostflüchtlings: einerseits ihrer Aufbruchmotive, andererseits ihres Weltbildes wegen.“<sup>56</sup>

1958 war die Lage für die SED also keineswegs vollständig befriedigend. Sie hoffte, ein höheres Maß an Loyalität durch eine Verstetigung des erreichten ökonomischen Aufschwungs und daraus folgend der politisch-sozialen Stabilität erzielen zu können. Problematisch war aber das Konzept der Parteiführung. Das auf dem im Juli 1958 stattfindenden V. Parteitag der SED verabschiedete Maßnahmenbündel setzte einerseits auf soziale Befriedung, andererseits auf den raschen Fortgang der sozialistischen Umwälzung. Ein Termin für den endgültigen Sieg des Sozialismus wurde zunächst nicht benannt. Ein Jahr später, als der zweite Fünfjahrplan abgebrochen und durch einen Siebenjahrplan ersetzt worden war, wurde jedoch klar, daß dies bis spätestens 1965 geschehen sollte. Die Lösung der „ökonomischen Hauptaufgabe“ bis 1961 sollte der anhaltenden Ost-West-Wanderung das materielle Motiv nehmen<sup>57</sup>, die Volkswirtschaft der DDR sollte in drei Jahren so entwickelt werden, „ daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung ... gegenüber der Herrschaft der imperialistischen Kräfte im Bonner Staat eindeutig bewiesen wird und infolgedessen der Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft.“<sup>58</sup>

Mit dieser Wettbewerbsstrategie stand die SED nicht allein. So wollte beispielsweise die Sowjetunion die USA und China Großbritannien auf bestimmten Gebieten einholen. Den knappsten Termin aber setzte sich die SED, beeinflusst von den optimistischen Prognosen Chruschtschows und im Sinne einer selbst auferlegten Vorreiterrolle für andere Ostblockstaaten.

Die Bedeutung der Arbeitsproduktivität zog die SED-Führung erst zu einem späteren Zeitpunkt ins Kalkül und faßte dann folgerichtig den Beschluß, die Bundesrepublik auch auf diesem Gebiet, nun bis 1965, einzuholen. Das Konsumniveau des Konkurrenten sollte also früher erreicht werden als dessen Produktivität.

Die Wirtschaftspolitik konzentrierte sich dann tatsächlich stark auf den Konsum, die Mehrzahl der Investitionsvorhaben wurden im konsumnahen Bereichen realisiert, andererseits wurde keineswegs auf die Förderung der Produktionsmittelbereiche verzichtet. Die Planung zielte nun stärker auf den Ausbau und die Erweiterung der traditionellen Industriezweige, wie z.B. der Chemie.<sup>59</sup>

Dem Modernisierungskonzept entsprach auch begonnene Reform des Bildungswesens mit dem Übergang zur obligatorischen, zehnklassigen, allgemeinbildenden „Polytechnischen Oberschule“. Weniger zukunftsträchtig waren hingegen die von Ulbricht dem Parteitag vorgelegten zehn „Gebote der neuen sozialistischen Sittlichkeit“.

---

<sup>55</sup> Ders., S.119f.

<sup>56</sup> Ders., S.120.

<sup>57</sup> Ders., S.123.

<sup>58</sup> ND v. 22.9.1959.

<sup>59</sup> Staritz, S.124f.

Eine neue Offensive der Kulturpolitik galt der Überwindung bürgerlicher Kultur und der Ausbildung sozialistischen Bewußtseins. Zu diesem Konzept gehörte auch die „Bewegung schreibender Arbeiter“, die bei der Überwindung der Trennung von Kunst und Leben helfen sollte. Das Programm der zukünftigen Kulturpolitik wurde auf einer Konferenz im April 1959 in Bitterfeld („Bitterfelder Weg“) verabschiedet und seither gingen die verschiedensten Künstler in die Betriebe, um einerseits neue Themen zu finden und andererseits die Arbeiter bei ihren Bemühungen um kulturelle Selbstbetätigung zu unterstützen.

Bei der Entwicklung auf dem Lande war es seit 1953 zu Tempoverlusten gekommen, die nach einer Forderung des V. Parteitages schnell aufgeholt werden sollten. In ihrer Agitation vermischte die SED allgemein-politische und ökonomische Argumente, so stellte sie beispielsweise den LPG-Beitritt als Beitrag zur Stärkung des Friedensstaates DDR dar. Im Ergebnis konnte sie die Weigerung zum LPG-Beitritt als Sabotage am Frieden ausgelegt und den Druck auf widerspenstige Bauern erhöhen.

Neue Anstrengungen richtete die SED auch auf die Kollektivierung des Handwerks, ging hierbei aber in jener Zeit relativ behutsam vor. Ähnliches galt auch für die noch privaten Industriebetriebe. Zum Jahresbeginn 1960 leitete die SED, ausgelöst durch eine ganz im Zeichen der Landwirtschaft stehende ZK-Tagung, eine Kollektivierungskampagne großen Stils ein. Zwischen Anfang März und Mitte April meldeten alle Bezirke die Vollkollektivierung, rund 15 000 Bauern gingen in den Westen, etwa 30 000 blieben vorläufig selbständig. Die Kollektivierung und die militanter werdende Berlin-Agitation erzeugten Unruhe unter der Bevölkerung und ließen den Flüchtlingsstrom anschwellen, was zu Produktions- und Versorgungsstörungen führte und so erneut die Flüchtlingszahlen erhöhte.

1960 gingen etwa 199 000 DDR-Bürger in den Westen, bis Ende Juni 1961 waren es 103 000. Die DDR-Behörden verschärften daraufhin die Kontrollen an der Berliner Sektorengrenze, konnte die Bewegung auf diesem Wege aber nicht stoppen. Zur Legitimation des neuen Grenzregimes behauptete die SED, „Menschenhändler“ aus dem Westen wollten DDR-Bürger abwerben, ihnen müsse deshalb der Zutritt verwehrt werden. Auf die Einführung der Genehmigungspflicht für Ostberlin-Aufenthalte im September 1960 reagierte die Bundesregierung mit der Kündigung des Interzonenhandelsabkommens von 1951.

Am 1. November 1960 beschloß das Politbüro der SED den Umtausch der Parteidokumente. Mit dieser Aktion sollte die Parteibasis diszipliniert und die Reihen fester geschlossen werden, denn auch hier gab es kritische Stimmen über die angespannte Situation und Zweifel an der Richtigkeit der SED-Politik seit dem V. Parteitag. Ein weiteres Zeichen der Unzufriedenheit mit der SED-Strategie bestand darin, daß im ZK der SED Meldungen aus allen Bezirken über intensive Bemühungen zur Neugründung der SPD eingingen. Beunruhigt war die SED-Führung auch über die große Popularität, die Willy Brandt an der SED-Parteibasis genoß. Hinzu kamen Erosionserscheinungen in den Blockparteien, ausgelöst durch den wachsenden Druck auf die Mittelschichten. Wollte die SED nicht der Auflösung ihres Machtsystems tatenlos zusehen, mußte sie reagieren.

Schon Anfang Februar 1960 hatten sich die Warschauer-Pakt-Staaten im Rahmen von Konsultationen in Moskau über die Lage in der DDR verständigt. Die SED-Führung ließ nicht locker und brachte ihre Probleme erneut am Rande der Moskauer Tagung der Kommunistischen Weltbewegung im November des gleichen Jahres sowie im März 1961 im „Politisch Beratenden Ausschuß“ der Paktländer vor.<sup>60</sup> „Anfang August endlich gaben die

---

<sup>60</sup> Ders., S.126-137. Außerdem: Mitter, Armin / Wolle, Stefan, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, S.333-335.

Ersten Sekretäre der osteuropäischen Bruderparteien der SED grünes Licht für die „Grenzsicherung“ der DDR. Trotz des sicheren Prestigeverlustes des ganzen Lagers überzeugte sie die Darstellung der drohenden Katastrophe der DDR und speziell deren Auswirkungen auf die Lieferfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft von der Notwendigkeit der von Ulbricht erläuterten Absperrung.“<sup>61</sup>

### 3. Halblegales Wirken der SPD in Ostberlin

#### 3.1. Vom „zweiten Neuanfang“ bis zum Jahr 1958

Nach der Gründung der SED im April 1946 mußte die SPD in Ostberlin ihre Organisation wiederbeleben. Ohne große Probleme gelang dies in Pankow; in den Stadtbezirken Weißensee, Köpenick und Treptow hingegen gab es größere Schwierigkeiten. Vor dem offiziellen Zulassungsbescheid der Alliierten Kommandatura richtete die SPD ein „Ostsekretariat“ ein, um sofort nach der Zulassung der Partei auch in Ostberlin mit der organisatorischen Arbeit beginnen zu können.<sup>62</sup> Der am 31. Mai 1946 unterzeichnete Befehl über die Zulassung von SPD und SED in Groß-Berlin war praktisch die Geburtsurkunde der Ostberliner SPD-Organisation nach der SED-Gründung. Er regelte auch die Bereitstellung von Räumlichkeiten für SPD und SED in jedem Verwaltungsbezirk Berlins.<sup>63</sup> So wurden von den deutschen Behörden auf Befehl der Besatzungsmacht der Ostberliner SPD folgende Büros zur Verfügung gestellt:

„Kreis 1: Mitte - Friedrichstraße 167 (1. Etage)

Kreis 4: Prenzlauer Berg - Prenzlauer Allee 57

Kreis 5: Friedrichshain - Krossener Straße 22

Kreis 6: Pankow - Wisbyer Straße 44

Kreis 15: Treptow - Köpenicker Landstraße 256

Kreis 16: Köpenick - Freiheit 12 b (später Rudower Straße 34)

Kreis 17: Lichtenberg - Gudrunstraße 10

Kreis 18: Weißensee - Caseler Straße 2.“<sup>64</sup>

Erste Aufgabe der acht Ostberliner SPD-Kreisorganisationen war es, ihre Mitgliederzahlen zu stabilisieren, vor allem mittlere Funktionsträger der SPD hatte es zur SED gezogen, von 25 SPD-Stadträten gingen 17 zur SED, in Westberlin waren es nur 9 von 51.<sup>65</sup> „Mitte Juni 1946 hatten in Ost-Berlin erst - für die einzelnen Stadtbezirke freilich sehr unterschiedlich - rund 40% der Mitglieder vom Januar 1946 wieder zur SPD zurückgefunden. (Zum gleichen Zeitpunkt waren es in West-Berlin schon über 70%). Aber schon im Herbst 1946 - und noch vor den Wahlen am 20. Oktober - zeigte es sich, daß die Verunsicherung nur kurze Zeit angehalten hatte: die Ost-Berliner SPD konnte im Vergleich mit West-Berlin überdurchschnittliche Mitgliedergerinne verzeichnen. Ende des Jahres 1946 hatte sich die SPD-Organisation auch in Ost-Berlin weitgehend stabilisiert, allerdings auf einem - gemessen an der Mitgliederzahl - niedrigerem Niveau. Während in West-Berlin im Dezember 1946 fast ebenso viele Sozialdemokraten wieder in der Partei waren wie im Januar des gleichen Jahres, waren es in Ost-Berlin nur noch 14 059 oder knapp 60%. Nicht alle der fehlenden rund 10000

---

<sup>61</sup> Staritz, S.137.

<sup>62</sup> Heimann, S.1651.

<sup>63</sup> So heißt es im Beschluß über die Zulassung von SPD und SED in allen Sektoren Berlins vom 31. Mai 1946 unter dem 4. Punkt: „Die Alliierte Kommandatura wird darauf sehen, daß in jedem Verwaltungsbezirk Berlins beiden Parteien Büroräumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.“ Vgl. dazu: Beschluß der Alliierten Kommandatura vom 31.Mai 1946, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD-LV Berlin 10.12.80, Mappe: 1169, Ausarbeitung Lage SPD im Ostsektor, Quellen.

<sup>64</sup> Wolle, S.2951.

<sup>65</sup> Heimann, S.1651.



Sozialdemokraten waren zur SED gegangen. Einige warteten ab - und kamen im Verlaufe des Jahres 1947 wieder zur SPD - und nicht wenige wollten sich weder für die eine noch für die andere Partei entscheiden.<sup>66</sup> Gerade wegen der weit verbreiteten Verunsicherung und vielfältiger Einschüchterungsversuche seitens der Besatzungsmacht und der SED war die schnelle Stabilisierung der Organisation und die große Mitgliederzahl Ende 1946 eine beachtliche Leistung. Dazu beigetragen hatte nicht unwesentlich der Wahlsieg der SPD am 20. Oktober 1946, bei dem die SPD in ganz Berlin über 48% der Stimmen erhalten hatte. Auch in Ostberlin wurde sie mit 43,6% der Stimmen zur stärksten politischen Kraft und stellte deshalb in allen Ostberliner Stadtbezirken die Bezirksbürgermeister und viele Stadträte. Die SED kam in Ostberlin auf knapp 30%, in ganz Berlin sogar auf nur knapp 20% der Stimmen. Einige der zur SED gewechselten Sozialdemokraten kehrten in die SPD zurück. Ein grandioser Aufschwung des Parteilebens fand aber weder in Ost- noch in Westberlin statt. Die Mitgliederzahl nahm zwar einerseits zu, andererseits war bereits in den vierziger Jahren die Überalterung der Partei in Ost und West nicht zu übersehen. Die wenigen bezahlten Mitarbeiter in den Ostberliner Kreisbüros wurden zu besonders wichtigen Stützen der Parteiarbeit. Trotz der unterschiedlichen Situation in Ost- und Westberlin war die Berliner SPD-Parteiarbeit noch nicht geschieden.<sup>67</sup> Die SPD war „in allen (damals) acht Ost-Berliner Bezirken, denen acht SPD-Kreise als Organisationseinheit entsprachen, als Teil der Berliner Landesorganisation politisch aktiv. Die politische Arbeit der Partei wurde - verstärkt nach 1948 - von der sowjetischen Besatzungsmacht und von der SED behindert, das Bekenntnis der Mitglieder zur SPD führte zu Schikanen, und ein großer Teil des Organisationslebens fand - besonders seit den fünfziger Jahren - in West-Berlin statt.“<sup>68</sup>

Bereits im Herbst 1947 entließ die sowjetische Besatzungsmacht den SPD-Bezirksbürgermeister von Friedrichshain, Wilhelm Mardus. Wenig später wurde Ella Kay, die SPD-Bezirksbürgermeisterin vom Prenzlauer Berg, entlassen. Zwar wurden in beiden Fällen Sozialdemokraten als Nachfolger berufen, aber der Berliner SPD wurden doch bereits hier die Grenzen sozialdemokratisch bestimmter Kommunalpolitik für ganz Berlin deutlich. Sie klagte die auf eine Zerreißung der Stadt hinauslaufende Politik der SED an.

1948 wurden aus politischen Gegnern endgültig politische Feinde. Nach dem Auszug der Sowjetunion aus der Alliierten Kommandatura im Juli 1948 existierte in der Viersektorenstadt keine gemeinsame alliierte Verwaltung mehr. Sozialdemokraten wurden immer öfter wegen ihrer Parteizugehörigkeit aus den Ostberliner Verwaltungen entlassen. Ihre Zahl wuchs weiter an, als viele von ihnen nach der Bildung eines Ostberliner Magistrats unter Friedrich Ebert die vorgeschriebene Loyalitätserklärung verweigerten. Um die Entlassenen kümmerte sich die „Gemaßregeltenstelle“ des (West)-Berliner Magistrats, oftmals konnte ihnen eine Stelle in der Westberliner Verwaltung vermittelt werden. Durch die Entlassung der letzten SED-Verwaltungsangestellten gab es hier einige freie Stellen. Gleichzeitig erfaßte die „Gemaßregeltenstelle“ auch all diejenigen in Listen, die eine besonders aktive Rolle bei Denunziationen und Entlassungen in Ostberlin spielten, um sie zu einem späteren Zeitpunkt zur Verantwortung zu ziehen.

Die überzeugende Haltung der Berliner SPD während der Blockade Westberlins wurde bei den Wahlen 1948 in Westberlin mit über 64% der Stimmen belohnt. Für viele Berlinerinnen und Berliner war die SPD zur „Berlin-Partei“ geworden, dieser Bonus begann sich aber schon in den fünfziger Jahren aufzuzehren.<sup>69</sup>

---

<sup>66</sup> Ders., S.1651f.

<sup>67</sup> Ders., S.1652.

<sup>68</sup> Ders., S.1648.

<sup>69</sup> Ders., S.1652-1655.

„Die Ende 1948 Realität gewordene Spaltung der Stadt stellte die Berliner SPD ein weiteres Mal - wie schon 1946 - vor die Frage, ob sie es verantworten kann, die Parteiorganisation in Ost-Berlin weiter aufrechtzuerhalten. Der alliierte Status der Stadt erlaubte es immer noch (letztlich bis 1990), aber es war klar, daß die SPD als politische Kraft in der Ost-Berliner Stadtpolitik nichts mehr mitgestalten konnte. Behinderungen und Gefährdungen der Mitglieder waren absehbar, zumal eine große Mehrheit vor allem auch der Ost-Berliner Parteimitglieder jede Zusammenarbeit mit der SED ablehnte. ... Die Auflösung der Partei in Ost-Berlin aber kam nicht in Frage. Dafür war vor allem die eindeutige Haltung der Ostberliner Parteimitglieder maßgeblich, die trotz ungewisser Aussichten die Organisation am Leben halten wollten. Über den Sinn der Weiterarbeit kam es allerdings in den folgenden Jahren zu - öffentlich kaum diskutierten - Differenzen zwischen der Berliner Partei, die ihren politischen Mittelpunkt in West-Berlin hatte und ihren in immer bescheideneren Rahmen aktiven Ost-Berliner Mitgliedern.“<sup>70</sup>

Immer wieder versuchte die SED die Mitgliedschaft der Ostberliner SPD in Widerspruch zur Gesamtpartei zu bringen, so z.B. 1948 mit dem offiziellen Angebot an die Ostberliner SPD, Mitglied im „Demokratischen Block“ zu werden. Flankiert wurde dieser Versuch von der Schaffung einer „innerparteilichen“ SPD-Opposition, die angeblich zu einem solchen Schritt bereit wäre. Nachdem die Ostberliner SPD dieses Ansinnen zurückgewiesen hatte, machte im März 1949 eine sog. „Sozialdemokratische Fraktion“ im Demokratischen Block von sich reden, indem sie Flugblätter und Briefe verschickte und SPD-Mitglieder zu ihren Veranstaltungen einlud. Die SPD forderte ihrerseits ihre Mitglieder auf, diese Veranstaltungen zu ignorieren.<sup>71</sup> Differenzen zwischen Ostberliner und Westberliner SPD-Kreisen aber gab es 1949 nach dem Ende der Blockade über die Forderung der Berliner SPD nach der Einbeziehung von ganz Berlin als 12. Bundesland in die Bundesrepublik. Diese Forderung brachte den Ostberliner Sozialdemokraten neue Konflikte mit Besatzungsmacht und SED. Zu Beginn der fünfziger Jahre führte die Erkenntnis, daß es sich bei der Einbeziehung Berlins nur um eine Eingliederung Westberlins handeln konnte, zu verstärkter Unsicherheit in den Ostkreisen. 1951 wurden in den Diskussionen über die Übernahme von Bundesgesetzen durch das Westberliner Abgeordnetenhaus die Fragen der Ostberliner Sozialdemokraten im innerparteilichen Streit zwar als Argument akzeptiert, die eigentliche Entscheidung, nämlich die Übernahme der Gesetze als „Mantelgesetze“, aber ohne Rücksichtnahme auf sie getroffen. Immerhin beschloß Ende 1951 der Landesausschuß einen „Fachausschuß für Gesamtberliner Fragen“ einzurichten, um u.a. die Westberliner Organisationsteile der SPD mit größerer Sachkenntnis und Aufgeschlossenheit gegenüber den Vorgängen in Ostberlin auszustatten.<sup>72</sup> Während noch 1949 unter den fünf Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten kein Ostberliner zu finden war, vertraten seit 1953 die Ostberliner Kreisvorsitzenden Kurt Neubauer (Friedrichshain) und Gretel Berger-Heise (Weißensee) die Interessen der Ostberliner Sozialdemokraten in Bonn. Auch im Berliner Abgeordnetenhaus waren Ostberliner vertreten. Da sich die Ostberliner Bevölkerung seit 1948 nicht mehr an Gesamtberliner Wahlen beteiligen konnte, behielten die 1946 in die Stadtverordnetenversammlung gewählten Ostberliner als „Ostvertreter“ ohne Stimmrecht ihren Sitz im Abgeordnetenhaus, solange sie noch in Ostberlin wohnten. 1950 hatte die SPD noch sechs „Ostvertreter“ im Abgeordnetenhaus, hinzu kamen sechs über Westberliner Listen gewählte Ostberliner Sozialdemokraten mit Stimmrecht.<sup>73</sup>

„Im Jahre 1954 gab es erneut Differenzen zwischen einem Teil der Ost-Berliner Sozialdemokraten und der Mehrheit der Partei, die freilich in der Öffentlichkeit kaum zur

---

<sup>70</sup> Ders., S.1655.

<sup>71</sup> Wolle, S.2955f.

<sup>72</sup> Heimann, S.1656

<sup>73</sup> Ders., S.1657f.

Kenntnis genommen wurden. In diesem Jahr konnten die Ost-Berliner SPD-Kreise erstmals ein verändertes Verhalten der Ost-Berliner Behörden gegenüber der Partei registrieren. Es gab - in diesem Jahr - kaum noch Behinderungen des (nichtöffentlichen) Versammlungslebens durch kleinliche Schikanen, dafür aber den Versuch der Umarmung. Anlaß war der Entschluß der SED, sich 1954 erstmals in West-Berlin an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus zu beteiligen.<sup>74</sup> In dieser Phase richtete die SED verstärkt „offene Briefe“ an Ostberliner Sozialdemokraten und sprach sie in Betrieben an, um sie zu gemeinsamen Aktionen zu bewegen. Zu Verunsicherung führte bei einigen Ostberliner Sozialdemokraten der Fakt, daß sie privat angeschrieben oder in den Betrieben persönlich angesprochen worden waren, obwohl viele ihre SPD-Mitgliedschaft verheimlicht hatten. Besorgt über dieses Wissen der SED traten einige aus der SPD aus, andere diskutierten über ein gewisses, taktisches Entgegenkommen gegenüber der SED. In diesen Diskussionen spielte auch eine mögliche Beteiligung der SPD in Ostberlin an den bevorstehenden Volkskammerwahlen mit eigenen Listen eine gewisse Rolle, was aber sofort von Berliner Landesvorstand und Landesausschuß zurückgewiesen wurde.<sup>75</sup>

Nach der Amnestie für in der DDR inhaftierte Sozialdemokraten vom Herbst 1956 startete die SED zum Jahresende erneut eine Kampagne zur Einbeziehung aller „ehrichen Sozialdemokraten guten Willens“, ausgelöst durch ein sog. „Friedensmanifest der kommunistischen und Arbeiterparteien“, das in Moskau am 19. November 1957 verabschiedet worden war. Mit der Veröffentlichung von Briefen von zur Zusammenarbeit bereiten Sozialdemokraten in der SED-Parteipresse, wollte die SED eine Differenzierung zwischen Funktionären und Basis der SPD herbeiführen.<sup>76</sup> „Für die SPD hatten diese Annäherungsversuche einen zweischneidigen Charakter. Auf der einen Seite wurde die Existenz der SPD-Organisation in Ostberlin in der SED-Presse ausführlich erwähnt. Die SPD wurde als Gesprächspartner und als Bündnispartner im Friedenskampf umworben. Gleichzeitig aber versuchte die SED, unter dem Deckmantel des Kampfes für den Frieden ihre Einflußmöglichkeiten auszuweiten. Es bestand die Gefahr, daß sich die SPD vor den Propaganda-Karren der SED spannen ließ, und versuchen würde, ihrer Politik eine breitere Basis zu verschaffen. Insofern war die strikt ablehnende Reaktion verständlich. Insbesondere die Versuche, den im Januar 1958 anstehenden Landesparteitag der SPD zu beeinflussen erregten Mißtrauen und Ablehnung der Sozialdemokraten.“<sup>77</sup>

## 3.2. Die Ostberliner Kreisorganisationen zwischen 1958 und 1961

### 3.2.1. Mitgliederentwicklung

Nach Stagnation und Rückgang der Mitgliederzahlen in der Berliner SPD ab Ende der 40er Jahre, nahm Mitte der 50er Jahre ihre Zahl wieder zu. Diese Zunahme und die damit verbundene Verbesserung der Altersstruktur blieb aber auf Westberlin beschränkt.<sup>78</sup> Ende 1950 verfügte die Ostberliner SPD nach eigenen Angaben über 8330 Mitglieder, was in etwa einem Drittel des Standes von Ende 1945 (ungefähr 25 000 Mitglieder) entsprach.<sup>79</sup> „Die

---

<sup>74</sup> Ders., S.1658.

<sup>75</sup> Ders., S.1658f.

<sup>76</sup> Wolle, S.2963f.

<sup>77</sup> Ders., S.2965.

<sup>78</sup> Heimann, S.1661.

<sup>79</sup> Merrit/Francisco, S.327.

weiterhin bemerkenswerte Zahl von Neuaufnahmen in die Ost-Berliner SPD (1959: 394; 1961: 128) konnte die Mitgliederverluste nicht ausgleichen, die durch den Tod von älteren Genossen und - in größerer Zahl (!) - durch den Umzug oder die Flucht nach West-Berlin zu verzeichnen waren.<sup>80</sup> Unter den Neuaufnahmen waren in besonders starkem Maße Töchter und Söhne „alter“ SPD-Mitglieder vertreten.<sup>81</sup>

Folgende Tabelle gibt die Mitgliederentwicklung zwischen 1957 und 1961 wieder:

	<u>Mitte</u>	<u>Prenz-</u> <u>lauer</u> <u>Berg</u>	<u>Fried-</u> <u>richs-</u> <u>hain</u>	<u>Trep-</u> <u>tow</u>	<u>Köpe-</u> <u>nick</u>	<u>Lich-</u> <u>ten-</u> <u>berg</u>	<u>Weis-</u> <u>sen-</u> <u>see</u>	<u>Pan-</u> <u>kow</u>	<u>Ost-</u> <u>berlin</u>	<u>West-</u> <u>berlin</u>	<u>insge-</u> <u>samt</u>
31.12. 1957	608	1519	853	529	721	1008	469	852	6559	33774	40333
31.12. 1958	558	1449	778	497	654	943	457	825	6161	33515	39676
31.12. 1959	528	1392	790	487	636	927	440	802	6002	33907	39909
31.12. 1960	481	1144	761	442	626	856	420	778	5508	33987	39495
30.6./ 31.12. 1961	461	1115	746	426	629	788	413	749	5327	32843	38170

82

Der von der SED ausgeübte Druck blieb nicht folgenlos. Zwischen 1951 und 1960 verlor jeder der acht Ostbezirke im Durchschnitt drei Mitglieder pro Monat. Wenn man diesen Trend rechnerisch auf die Zukunft projizieren würde, käme man zu dem Ergebnis, daß die SPD-Ost vor dem Ende des Jahres 1968 alle ihre Mitglieder verloren hätte.<sup>83</sup>

Die obige Tabelle dokumentiert außerdem eine Abnahme der Mitgliederzahlen in Ostberlin zwischen 31.12.1957 und 30.6.1961 um 1232, das ist immerhin ein Minus von knapp 20%.

„Viele SPD-Mitglieder resignierten und versuchten im Westen ein neues Leben zu beginnen. Dieser Prozeß wurde von der SPD keineswegs gefördert. Nur bei einer nachweislichen Gefahr, von den Russen oder später vom MfS verhaftet zu werden, unterstützte die SPD die Übersiedlung ihrer Mitglieder in den Westen. Durch die Möglichkeit ein Anerkennungsverfahren als politischer Flüchtling positiv oder negativ zu beeinflussen hatte die Kreisorganisation Ostberlins ein gewisses Druckmittel in der Hand.“<sup>84</sup>

Der SPD-Landesparteitag vom Mai 1961 zog über eine für die Ostberliner Kreisorganisationen besonders schwierige Phase folgendes Resümee: „Im Sommer vergangenen Jahres hatten wir es mit einem besonders schweren Druck zu tun, der sich gegen die Bundestagsabgeordneten Kurt Neubauer und Gretel Berger-Heise und gegen die im Ostsektor wohnhaften Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin richtete. Wir haben unsere Stimme des Protestes und der Verbundenheit nachdrücklich erhoben. Aber es ist kein

<sup>80</sup> Heimann, S.1661.

<sup>81</sup> Jahresbericht 1959/60 des SPD-Landesverbandes Berlin, S.88, in: ABI Berlin.

<sup>82</sup> Jahresberichte des SPD Landesverbandes Berlin 1957/58, S.171 und 1961/62, S.157, in: ABI Berlin. 1961 gelten für die Ostberliner Kreise die Zahlen zum Stichtag 30.6., für die Westberliner Kreise weiterhin zum 31.12.1961. Daraus folgt auch, daß die Gesamtzahl der Mitglieder in Ost- und Westberlin nur eine theoretische Größe darstellt.

<sup>83</sup> Merrit/Francisco, S.327.

<sup>84</sup> Wolle, S.2949. Besonders nachteilig wirkte sich für die Kreise die Abwanderung leistungsfähiger Funktionäre aus, die frei werdenden Funktionsstellen konnten nicht immer wieder vollständig besetzt werden. Vgl. dazu auch: Jahresbericht 1959 des Kreises IV - Prenzlauer Berg, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: Zeitgeschichtliche Sammlung SPD Berlin, Mappe: Jahresberichte 1957-1962, S.1.

Wunder, daß unsere acht Ostkreise in den letzten Jahren einen Mitgliederrückgang von mehr als tausend hinnehmen mußten. Allein im letzten Jahr haben 237 Sozialdemokratische Familien oder Einzelmitglieder aus Ostberlin flüchten müssen. Um so gewichtiger ist die Tatsache, daß wir 1959 bis 60 etwa 400 neue Mitglieder in den Ostkreisen zu verzeichnen hatten.“<sup>85</sup> Wie objektiv die angegebenen Mitgliedszahlen waren, darüber lassen sich nur schwer Aussagen treffen. Auf alle Fälle muß aber das Interesse des Landesverbandes an nicht zu großen „Abstürzen“ berücksichtigt werden.<sup>86</sup>

„Die Sozialstruktur der Ost-Berliner Sozialdemokraten wies eine weitere Besonderheit auf, die sie zunehmend von der West-Berliner SPD unterschied. Die Ost-Berliner SPD hatte keine Positionen im öffentlichen Dienst zu vergeben und entsprechend gering war der Anteil der Angestellten in der Ost-Berliner Partei.“<sup>87</sup> Für Ostberlin ergab sich folgendes Bild:

	<u>Mitte</u>	<u>Prenzlauer Berg</u>	<u>Friedrichshain</u>	<u>Treptow</u>	<u>Köpenick</u>	<u>Lichtenberg</u>	<u>Weißense</u>	<u>Pankow</u>
<b>1960: Altersstruktur</b>								
bis 30 Jahre	8,3%	5,75%	7,0%	2,2%	4,1%	2,8%	4,5%	6,2%
bis 40 Jahre	11,9%	9,15%	12,6%	7,5%	11,1%	4,5%	9,8%	12,0%
bis 50 Jahre	20,3%	15,0%	13,6%	11,0%	16,9%	13,6%	21,5%	18,9%
bis 60 Jahre	23,5%	27,0%	27,4%	28,9%	28,5%	19,7%	29,1%	25,9%
über 60 Jahre	36,0%	43,1%	39,4%	50,4%	39,4%	59,4%	35,1%	37,0%
<b>Berufstätige in:</b>								
Ostberlin	42,9%	40,6%	47,9%	55,1%	-	24,6%	43,7%	44,9%
Westberlin	12,9%	13,7%	18,2%	5,1%	-	20,4%	8,4%	10,2%
<b>Mitglieder nach Berufen:</b>								

<sup>85</sup> Protokoll 18.LPT, 1.Tg., 5./6.5.1961, S.52f, in: ABI Berlin.

<sup>86</sup> Vgl. mit Brief des Landessekretariats an den Vorstand des Kreises Prenzlauer Berg, vom 24.04.1961, in: Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bonn, Bestand: Willy Brandt Berlin 1947-1966. Allgemeine Korrespondenz. 1961 März-Juni. An die Genossen aus dem Prenzlauer Berg schreibt Eberhard Hesse u.a.: „Ihr habt bei der Karteibereinigung um die Jahreswende insgesamt 220 Mitglieder abgesetzt. Das ist eine ungewöhnlich hohe Zahl und rund 18% Eures Mitgliederbestandes. Wenn im gleichen Umfange in allen Kreisen bei der Karteibereinigung ein gleich hoher Prozentsatz abgesetzt worden wäre, käme man auf einen Verlust von rd. 5500 Mitgliedern im Landesverband Berlin. Der Landesvorstand, insbesondere Willy Brandt, haben das Landessekretariat aufgefordert, festzustellen, wo die von Euch gestrichenen 220 Mitglieder geblieben sind, da es unwahrscheinlich ist, daß die Betroffenen alle verstorben sind. Da mit ziemlicher Sicherheit ein Teil der von Euch gestrichenen verzogen ist, ohne daß seinerzeit rechtzeitig beim Kreissekretariat und demzufolge beim Landessekretariat eine Meldung erging, bitten wir, an Hand der Adressen der gestrichenen Mitglieder noch einmal sorgfältig zu prüfen, wer von diesen als unbekannt verzogen zu betrachten ist, damit ggf. Nachforschungen über ihren Verbleib erfolgen können, und sich darum zu bemühen, sie wieder zu echten, in Verbindung zur Partei stehenden Mitgliedern zu machen.“

<sup>87</sup> Heimann, S.1661f.

Arbeiter	43,3 %	33,0%	37,5%	17,2%	37,2%	22,5%	32,7%	38,2%
Angestellte	12,3 %	15,5%	18,7%	22,2%	15,5%	14,5%	16,9%	11,7%
Beamte	-	0,2%	0,3%	0,7%	-	0,8%	0,7%	0,4%
Ingenieure und Techniker	-	0,2%	1,7%	3,5%	3,1%	0,8%	-	1,7%
Lehrer und Erzieher	0,2%	0,1%	0,3%	1,1%	0,5%	0,3%	0,2%	0,2%
Freie Berufe, Studenten	0,6%	1,0%	1,0%	-	1,4%	1,1%	0,5%	0,4%
Selbstän- dige	5,6%	4,5%	6,7%	13,7%	5,5%	5,0%	1,0%	2,7%
Hausfraue n	8,3%	11,0%	9,6%	11,2%	17,1%	11,3%	16,7%	10,7%
Rentner	29,6 %	34,5%	24,2%	30,4%	19,7	43,7%	31,3%	34,0%

88

In allen acht Ostberliner Kreisorganisationen dominierten die über 60jährigen Mitglieder. Ihr Anteil lag in Abhängigkeit vom Kreis zwischen 35,1% und 59,4% der Mitgliedschaft. Ihnen folgen in allen Kreisen die 50-60jährigen, dann die 40-50jährigen Mitglieder usw. in abnehmender Reihenfolge. Den geringsten Anteil machen die unter 30jährigen Mitglieder aus, er liegt in allen Kreisen deutlich unter 10%, in Treptow und Lichtenberg sogar unter 3%. So verwundert es nicht, daß in der Berufsstatistik die Gruppe der Rentner unangefochten an der Spitze liegt. Außer in Treptow dominieren bei den Berufen die Arbeiter, der Beamtenanteil liegt in allen Kreisen bei unter 1%.

1958 erhielten in der Kreisorganisation Treptow (497 Mitglieder) 22 Sozialdemokraten Diplome über eine 50jährige SPD-Mitgliedschaft und 24 über 40 Jahre Mitgliedschaft<sup>89</sup>, d.h. sie waren seit 1908 bzw. 1918 Mitglied der SPD. Damit waren knapp 10% bereits seit der Novemberrevolution und noch länger Mitglieder dieser Partei, sie hatten die Höhen und Tiefen der Weimarer Republik miterlebt und auch die Zeit des Nationalsozialismus überstanden.

Während die West-SPD als Regierungspartei in Bezug auf Alters- und Berufsstruktur einen recht großen Teil der Westberliner Bevölkerung ansprach, entwickelte sich die Ost-SPD immer mehr zu einer Partei der sozial und ökonomisch Unterprivilegierten. Diese Tendenz wurde durch die umfänglichen Vorsichtsmaßnahmen bei der Aufnahme von Neumitgliedern, die zum Schutz vor einer Unterwanderung der Partei im Auftrag der SED ergriffen worden waren, verstärkt.<sup>90</sup> So mußten beispielsweise bei Neuaufnahmen in den Ostkreisen zwei Bürgen benannt werden, im Jahresbericht 1958 des Kreises Köpenick ist sogar von drei Bürgen die Rede. Es war nicht ungewöhnlich, daß vom Antragsteller benannte Bürgen die

<sup>88</sup> Vgl. Mitgliederstatistiken Stand 30.6.1960 von Mitte, Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Treptow, Köpenick, Lichtenberg, Weißensee und Pankow, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, SPD-LV Berlin 10.12.80, 1169, Ausarbeitung Lage SPD im Ostsektor, Quellen. Für Köpenick stimmen die angegebenen Zahlen für die Berufstätigen in Ost- und Westberlin nicht (Rentner und Hausfrauen wurden mitgerechnet), deshalb wurde in obiger Tabelle auf die entsprechenden Zahlen verzichtet.

<sup>89</sup> SPD - Kreis Treptow, Organisationsbericht 1958, S.5, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: Zeitgeschichtliche Sammlung SPD Berlin, Mappe: Jahresberichte 1957-1962.

<sup>90</sup> Merrit/Francisco, S.329.

Übernahme einer Bürgschaft ablehnten.<sup>91</sup> Ausnahmeregelungen gab es nur bei Werbekampagnen des Landesverbandes, so z.B. Ende 1959: „Die Regelung, dass Aufnahmeanträgen nur stattgegeben werden kann, wenn der Antragsteller mindestens 2 Bürgen benennt, wurde nur während der Werbekampagne gelegentlich durchbrochen, wenn der zuständige Abteilungsvorstand zu der Überzeugung kam, dass der Antragsteller „echt“ sei.“<sup>92</sup> „Aber in anderer Weise wurde die SPD-Ost immer beharrlicher, und ihre Mitglieder waren weniger leicht einzuschüchtern. Die weniger Engagierten sprangen gleich zu Beginn ab. Aber diejenigen, die freiwillig offizielle Schelte wegen ihrer fortgesetzten Verbindung mit der Partei auf sich nahmen, waren fest in ihrer Loyalität. Das kann an den Beitragszahlungen abgelesen werden: von 1950 bis 1960 stieg der durchschnittliche monatliche Betrag, der sich nach der Zahlungskraft der Mitglieder richtete, von 12,52 DM auf 22,84 DM in Westberlin (eine Steigerung um 82 Prozent) und von 14,04 DM auf 17,75 DM in Ostberlin (eine Steigerung um 26 Prozent), was sowohl das weitaus schnellere wirtschaftliche Wachstum im Westen zeigt als auch den verhältnismäßig besseren wirtschaftlichen Status der Mitglieder der SPD-West. Aber in jedem dieser elf Jahre überstieg der Durchschnittsbetrag, der von den Ostberlinern tatsächlich gezahlt wurde, die Beiträge der Westberliner.“<sup>93</sup>

### 3.2.2. Die ungleichen Partner: Ostberliner und Westberliner Kreisorganisationen im Berliner SPD-Landesverband

Der Vorwärts schrieb nach der Auflösung der acht Ostberliner SPD-Kreisorganisationen in seinem „Nachruf“: „Zu keiner Zeit hat es eine Ostberliner und eine Westberliner SPD gegeben. Es war immer eine einheitliche Organisation für die ganze Stadt. Immer gab es nur einen Landesvorstand und auch nur einen Landesparteitag, ihre Beschlüsse galten für die Partei in ganz Berlin.“<sup>94</sup>

Im Berliner SPD-Landesverband bestanden bis 1961 20 Kreisorganisationen mit 212 Abteilungen, davon waren 8 Kreise mit 76 Abteilungen in Ostberlin beheimatet. Der Anteil der Ostberliner Mitglieder an der Gesamtmitgliederzahl des Berliner SPD-Landesverbandes ging von 16,3% 1958 auf knapp 14% 1961 zurück.<sup>95</sup> Diesem Verhältnis entsprachen in etwa die Zusammensetzung der verschiedenen Parteigremien und die Anzahl der Delegierten aus Ost- und Westberlin auf den Landesparteitagen.<sup>96</sup>

Wie war das Verhältnis zwischen den beiden so unterschiedlichen Teilen des Berliner Landesverbandes ? Wie wirkten sich Differenzen auf die Parteiarbeit aus ? Welche Einflußmöglichkeiten hatten die „schwachen“ Ostberliner Kreisorganisationen auf den Kurs der Gesamtberliner Organisation ?

---

<sup>91</sup> Vgl. mit: SPD-Kreis Köpenick, Jahresbericht 1958, S.1 und dem Briefwechsel betreffs Bürgschaften zwischen den Kreissekretariaten Friedrichshain und Lichtenberg zwischen Mai und Oktober 1958, beides in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: XVI. Bezirk Köpenick, Mappe: SPD 45. Zur Zahl der Bürgschaften vgl. auch andere Jahresberichte der Ostkreise, z.B.: Jahresbericht 1959 des Kreises IV - Prenzlauer Berg, S.2.

<sup>92</sup> Jahresbericht 1959 des Kreises IV - Prenzlauer Berg, S.2.

<sup>93</sup> Merrit/Francisco, S.329f.

<sup>94</sup> Vorwärts v.30.8.1961

<sup>95</sup> Vgl. mit der Tabelle zur Mitgliederentwicklung.

<sup>96</sup> Laut Bericht der BS v.18.1.1958 beispielsweise waren im Landesvorstand 2 Ostberliner und 17 Westberliner Sozialdemokraten vertreten. Anhand der Listen der Delegierten zu Landesparteitagen läßt sich auch hier das Verhältnis nachvollziehen. Laut Liste der Delegierten zum 17.LPT am 5.3.1960, in: Landesarchiv Berlin, BPA II/A/1/40 waren es hier beispielsweise 46 Ostberliner und 254 Westberliner Delegierte.

Das Verhältnis zwischen Ostberliner und Westberliner Teil der Berliner Parteiorganisation war einerseits geprägt durch:

- die zahlenmäßige Überlegenheit der Westkreise in allen Gremien,
  - eine teilweise unterschiedliche Bewertung der Existenzberechtigung der SPD in Ostberlin,
  - die gelegentliche Instrumentalisierung des Ostens bei innerparteilichen Auseinandersetzungen,
  - Klagen von Ostberliner Sozialdemokraten über mangelndes Verständnis der Westberliner,
  - den aufwendigen Kampf der Ostkreise um eine ausreichende Zahl von Referenten;
- andererseits darf aber nicht außer acht gelassen werden:
- die Gleichbehandlung der Ostmitglieder in der Partei entsprechend dem Proporz,
  - die engen Partnerschaftsbeziehungen zwischen Ost- und Westkreisen,
  - die Berücksichtigung von Ostvertretern bei der Mandatsverteilung in Bundestag und Abgeordnetenhaus,
  - die immense finanzielle, materielle, politische und moralische Unterstützung der Westkreise für die Ostkreise,
  - die trotz aller Gefährdungen doch noch beachtliche Zahl von Westberliner Referenten in Ostkreisen,
  - die Rücksichtnahme auf Ostberliner Befindlichkeiten bei einer ganzen Reihe von Entscheidungen des Berliner Landesverbandes.

Diese zwei gegensätzlichen Tendenzen sollen an einigen Beispielen näher erläutert werden. Seit der Wiedergründung der SPD nach dem Krieg hatten die Ostberliner Kreisorganisationen für ihre Existenz kämpfen müssen, und das nicht nur in der Auseinandersetzung mit der KPD/SED, sondern auch gegenüber Überlegungen der SPD insgesamt, so z.B.

- kurz vor der drohenden Vereinigung mit der KPD, als Kurt Schumacher ihnen im Februar 1946 eine Selbstauflösung empfahl,<sup>97</sup>
- 1948 nach der Spaltung Berlins stand die Berliner SPD erneut vor der Frage, ob eine Weiterexistenz der Partei in Ostberlin verantwortbar und sinnvoll sei, vor allem die Ostberliner Mitglieder wollten jedoch unbedingt die Organisation am Leben erhalten,<sup>98</sup>
- im Januar 1961 kamen die Verfasser einer umfänglichen Materialsammlung über die „Behinderungen der SPD im Ostsektor Berlins“ zu dem Schluß, daß die Auflösung der SPD im Ostsektor für die Partei keinen Verlust darstelle, da die dortigen Kreisorganisationen nichts gestalteten.<sup>99</sup>

Andererseits wurde das Wirken der Ostberliner Kreisorganisationen anerkannt und gewürdigt. Der Jahresbericht 1959 der Berliner SPD sieht als wesentliches Merkmal der acht Ostberliner SPD-Kreisorganisationen, „daß eine enge ständige Zusammenarbeit im Rahmen des Landesverbandes Berlin eine Selbstverständlichkeit ist. In allen Diskussionen und Beschlußfassungen in den verschiedensten Organisationseinrichtungen sind die Mitglieder und Funktionäre beteiligt. Die besonderen Erfahrungen sind ein wertvoller Beitrag zur politischen Meinungsbildung.“<sup>100</sup>

Zum Beginn des Jahres 1958 stand die gesamte Berliner SPD vor einem richtungsweisenden Ereignis, der Wahl eines neuen Landesvorsitzenden. Es galt zwischen zwei Kandidaten zu

---

<sup>97</sup> Podewin /Teresiak, S. 205. Hier ging es Schumacher allerdings darum, die SPD in der SBZ dann aufzulösen, wenn keine eigenständige Existenz möglich sei.

<sup>98</sup> Heimann, S.1655.

<sup>99</sup> Ders., S.1660. Begründet wurde dies u.a. mit den vielfältigen Schikanen durch die DDR-Behörden, den mit einer SPD-Mitgliedschaft verbunden Gefahren und der hohen Wahrscheinlichkeit, daß die SPD / Ostsektor nach einer mathematisch berechenbaren Zeit dort aufhören würde zu existieren.

<sup>100</sup> Jahresbericht 1959 des SPD-Landesverbandes, Zwischenbericht - ausgegeben zum 17.LPT am 05. März 1960, S.56, in: ABI Berlin.



entscheiden, zwischen dem bisherigen Amtsinhaber Franz Neumann und seinem Herausforderer Willy Brandt. Gleichzeitig repräsentierten die Bewerber in den Augen einer großen Zahl von Mitgliedern die verschiedenen Flügel der Berliner SPD, Neumann stand für den linken, Brandt für den rechten. Die Ostberliner Kreisverbände votierten in dieser Auseinandersetzung mehrheitlich für Willy Brandt. Damit gaben sie im Wesentlichen ein Stimmungsbild wieder, das dem der Mehrheit der westlichen Kreise entsprach, Willy Brandt konnte sich auf dem im Januar 1958 stattfindenden Landesparteitag klar durchsetzen.

Im Landesausschuß der Berliner SPD waren alle Kreisvorsitzenden vertreten und stimmberechtigt, unabhängig von der Zahl der Mitglieder, die sie repräsentierten. Bei innerparteilichen Auseinandersetzungen erlangten urplötzlich die Stimmen der Ostberliner Kreisvorsitzenden eine besondere Gewichtung, so geschehen in der Auseinandersetzung „Brandt-Neumann“. In dieser aufgeladenen Atmosphäre kam es dazu, daß die gerade unterlegene Gruppe die Gleichwertigkeit einer Stimme eines Ost-Kreisvorsitzenden (mit wenigen Parteitagsdelegierten) zur Stimme eines West-Kreisvorsitzenden (mit einer großen Anzahl von Parteitagsdelegierten) anzweifelte.<sup>101</sup>

In den Ostberliner Kreisen gab es auch Befürchtungen, daß sie durch das schnellere Ansteigen des Mitgliederstandes in den Westkreisen zunehmend auf Landesparteitagen an Einfluß verlieren würden. Deshalb stellte der Kreis Weißensee bereits im März 1957 einen Antrag an den Landesausschuß, der vorsah, den Ostberliner SPD-Kreisen den bisherigen Anteil an der Gesamtzahl der Delegierten zum Landesparteitag zu gewähren. Wie sich anhand einer Aufstellung über die Delegiertenzahlen der einzelnen Kreise nachweisen läßt, wurde dieser Antrag abgelehnt. Waren 1957 noch 50 Delegierte aus den Ostkreisen vertreten, waren es 1959 nur noch 46.<sup>102</sup>

Rücksichtnahme auf die Befindlichkeiten in den Ostkreisen zeigte ein Beschluß des Landesvorstandes vom September 1960, der festlegte, daß von West- nach Ostberlin ziehende Parteimitglieder generell Mitglied in ihrer alten Abteilung blieben, Ausnahmen konnte nur der Landesvorstand beschließen. Mitglieder, die von Westdeutschland nach Ostberlin zogen, wurden Mitglied im entsprechenden Patenkreis. Diese Regelung wurde getroffen, da Umzüge von Parteimitgliedern nach Ostberlin so außergewöhnlich waren, daß sie zu Mißtrauen und Unsicherheit in den Ostkreisen führten.<sup>103</sup>

In den verschiedenen Jahresberichten der Ostkreise wird immer wieder über fehlende Referenten geklagt, so auch im Jahresbericht 1958 des Prenzlauer Bergs, wo über die allerdings als meist unbegründet bezeichnete Furcht von Westberliner Referenten, auf Ostberliner Versammlungen zu sprechen, berichtet wird.<sup>104</sup>

Im Jahresbericht 1958 des Kreises Friedrichshain heißt es: „25 Abteilungsversammlungen wurden als allgemeine Aussprache- oder Frage und Antwort-Abende abgehalten. Diese letzte

---

<sup>101</sup> Heimann, S.1659.

<sup>102</sup> Vgl. mit dem Antrag des Kreises Weißensee vom 27.März 1957 an den Landesausschuß, in: Landesarchiv Berlin, BPA II/A/4-/100 und der Vorlage 3/59 (Delegiertenschlüssel) zur Sitzung des Landesausschusses am 19.1.1959, in: Landesarchiv Berlin, BPA II/A/1/039.

<sup>103</sup> Vorlage 47/60 beim LV, vom 19.09.1960, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD - Landesverband Berlin, Mappe: 3/BEAB 000563, Büro Stellv. Landesvorsitzender Josef Braun, Landesvorstandssitzungen 1960-61.

<sup>104</sup> Jahresbericht 1958 des Kreises IV - Prenzlauer Berg, S.4, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: Zeitgeschichtliche Sammlung der SPD Berlin, Mappe: Jahresberichte 1957-1962.

Art hat an Bedeutung im Kreise zugenommen, weil sie sich bei den Mitgliedern steigender Beliebtheit erfreut, ausserdem aber auch die Beschaffung von Referenten für uns immer schwieriger wird. Von den 132 Abteilungsversammlungen waren 97 mit Referenten beschickt, davon kamen 25x Referenten aus Westberlin, 11x aus einem anderen Ostkreis und 61x aus dem eigenen Kreise. Die Beschaffung von Referenten aus anderen Kreisen nimmt unverhältnismäßig viel Zeit in Anspruch.“<sup>105</sup> Um die aufreibende Suche der Ostkreise nach Referenten zu erleichtern, nahm der SPD-Landesparteitag vom Mai 1961 einstimmig den Antrag Lichtenbergs über die Schaffung einer Referentenvermittlung für die SPD-Kreise in Ostberlin an.<sup>106</sup>

Klagen über mangelndes Verständnis waren nicht nur ein Problem der Berliner SPD, sondern auch zwischen Ost- und Westdeutschen insgesamt. Der Jahresbericht 1958 des Kreises Weißensee begann z.B. mit folgender Situationsbeschreibung: „Trotz aller unserer Hoffnungen, Wünsche usw. hat sich seitens der Regierung der DDR uns gegenüber nichts geändert. Man gesteht uns nach wie vor keine demokratischen Freiheiten wie freie Meinungsäußerung, öffentliche Versammlungen, Werbung von Mitgliedern etc. zu, so daß wir wie bisher auf kreiseigene Räume angewiesen sind und uns auch nur in dem Rahmen gerade noch bewegen können, der uns gestattet ist. Dazu kommt noch, daß viele Mitglieder selbst nicht mehr an eine Wiedervereinigung glauben und versuchen, sich entweder nach Westberlin als politische Flüchtlinge abzusetzen oder legal den Zuzug zu erhalten. Die Menschen resignieren und da hilft kein Aufrütteln mehr, sie haben den Glauben an eine Wiedervereinigung aufgegeben. Man darf dabei nicht vergessen, daß ja viele im Alter zwischen 40 und 60 Jahren sind, die Jahrgänge, die bereits zwei Weltkriege und die folgenden Notzeiten mitgemacht haben und für sich nunmehr auch eine geruhsamere Zeit beanspruchen. Schuld daran ist auch das mangelnde Verständnis der Westberliner und Westdeutschen Bürger für unsere und die Lage der Menschen in der Zone!“<sup>107</sup>

Doch die Sozialdemokraten aus Weißensee beklagten sich nicht nur, sie ergriffen, wann immer es ihnen möglich war die Chance, zur Behebung von Informationsdefiziten beizutragen. Darauf verweist auch die Einladung zu einer Veranstaltung mit dem Mitglied des Bundestages Erwin Lange:

„Immer wieder stellen wir fest, daß selbst unsere Partei und auch unsere leitenden Funktionäre u.a. Bundestags-Abgeordnete über die Verhältnisse im Osten sehr schlecht unterrichtet sind. Die Presse des Bundesgebietes und selbst auch hiesige Druckerzeugnisse können diese Funktionäre nur sehr mangelhaft und theoretisch über die Zustände in Kenntnis setzen. Wir wollen daher die Gelegenheit der Bundestags-Sitzungen in Berlin dazu benutzen, in einem direkten Gespräch unsere Sorgen und Nöte „an den Mann zu bringen“.“<sup>108</sup>

Im Oktober 1960 weilten anlässlich des in Berlin stattfindenden Gewerkschaftskongresses der IG Metall sozialdemokratische Delegierte des Landes Bremen in Lichtenberg. Diese Kontakte zwischen der SPD Lichtenberg und der SPD Bremen bestanden schon mehrere Jahre.

---

<sup>105</sup> SPD - Kreis Friedrichshain, Organisationsbericht für das Jahr 1958, S.9, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: Zeitgeschichtliche Sammlung SPD Berlin, Mappe: Jahresberichte 1957-1962.

<sup>106</sup> BS v.13.5.1961. Dieser Beschluß wurde allerdings nach Jahren mühevoller Referentensuche durch die Ostkreise erst kurz vor dem Mauerbau, und damit zu spät, gefaßt.

<sup>107</sup> SPD - Kreis Weißensee, Jahresbericht 1958, S.1, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: Zeitgeschichtliche Sammlung SPD Berlin, Mappe: Jahresberichte 1957-1962.

<sup>108</sup> Einladung der SPD-Weißensee vom 26.09.1958, in: Landesarchiv Berlin, BPA II/A/4-/102.

Es wurde über Lebensbedingungen, Betriebsklima, Einfluß des FDGB, Kinderarbeit, Arbeitsschutz, Tariffragen und Schwierigkeiten beim Grenzverkehr diskutiert. Im Mittelpunkt des Gespräches stand aber das Problem der Wiedervereinigung.

Ausgehend von der Forderung der Lichtenberger Sozialdemokraten, nicht ihrem Kampf um ein menschenwürdiges Dasein, Freiheit und Demokratie in den Rücken zu fallen, appellierten die Bremer an andere SPD-Organisationen im Bundesgebiet durch eine Verstärkung der Patenschaftsarbeit und durch Gespräche mit den östlichen Parteifreunden der Ostberliner SPD und damit auch der Ostberliner Bevölkerung zu zeigen, daß sie nicht vergessen werden.<sup>109</sup>

Auch Willy Brandt hatte dieses Problem erkannt und sprach es in seiner gewohnt offenen Weise auf dem 18.Landesparteitag an: „Wissen wir alle, was wir meinen, wenn wir von dieser Stadt, der unsere ganze Arbeit gilt, sprechen und den Namen Berlin nennen ? Sind nicht viele von uns in der Gefahr, in steigendem Maße und unter der lebensgefährlichen Gewöhnung an die widernatürliche Spaltung unseres Gemeinwesens Westberlin zu meinen, wenn sie Berlin sagen ? ... Unsere Ostberliner Genossen sitzen mitten unter uns als lebendige Zeugen, daß unsere Partei in Berlin nicht gespalten ist und daß wir dort, wo wir als Sozialdemokraten es können, auch unter totalitärem Machtanspruch die unlösbare Zusammengehörigkeit von Freiheit und Gerechtigkeit deutlich machen. .... Wir dürfen nicht der Versuchung verfallen, der die Bundesrepublik im Verhältnis zur Zone leider weitgehend erlegen ist, den Raum jenseits der Sektorengrenze als einen weißen Fleck zu betrachten, mit dem wir sehr wenig oder gar nichts zu tun haben. Ich habe darum in den letzten Wochen wiederholt darauf hingewiesen, daß wir in stärkerem Maße als bisher den anderen Teil der Stadt besuchen sollten, sicher unter genauer Beachtung aller Vorschriften, die sich aus der Spaltung der Stadt ergeben, sicher mit Takt und Zurückhaltung, und schon gar nicht in der Rolle derer, die das Währungsgefälle zu ihren Gunsten ausnutzen, (sehr richtig ! sehr gut !) sondern als Berliner mit Berlinern, als Deutsche mit Deutschen in der Hauptstadt Deutschlands zusammenleben. Auch und gerade für Ostberlin gilt, daß das Zwangsregiment der Zone nicht verwechselt werden darf mit den Menschen die dort leben und für uns mit dort leben. Sie sind unsere Mitbürger und keine Fabeltiere vom Mond, die wir nur von weitem betrachten können. Deshalb habe ich den Senat darum gebeten, daß alle Berichte, die wir in unserer unmittelbaren Verantwortlichkeit über den freien Teil Berlins geben, immer auch ein Wort zu den gleichen Fragen im anderen Teil der Stadt enthalten sollen.“<sup>110</sup>

Ein wichtiges Bindeglied zwischen Ostberliner und Westberliner Kreisorganisationen stellten die Patenschaften dar. Patenschaftsbeziehungen bestanden zwischen folgenden Kreisorganisationen:

- Mitte - Tiergarten und Schöneberg,
- Prenzlauer Berg - Wedding,
- Friedrichshain - Wilmersdorf,
- Treptow - Neukölln,
- Köpenick - Charlottenburg,
- Lichtenberg - Kreuzberg,
- Weißensee - Tempelhof,
- Pankow - Reinickendorf.

Die Patenschaftsbeziehungen boten den Ostkreisen die Gelegenheit, nicht nur zu nehmen, sondern auch zu geben. Im Wahlkampf zur Wahl zum Abgeordnetenhaus am 7. Dezember 1958 unterstützten allein 120 Sozialdemokraten aus dem Prenzlauer Berg ihren Patenkreis Wedding und 130 Köpenicker ihren Patenkreis Charlottenburg. Sie halfen z.B. bei der

---

<sup>109</sup> Arbeit und Freiheit 11/1960, S.13. (Im Landesarchiv Berlin, BPA II/A/0/018)

<sup>110</sup> Protokoll 18.LPT, 1.Tg., 5./6.5.1961, S.52f, in: ABI Berlin.

Verteilung der Wählerbriefe, der Sondernummer der „Berliner Stimme“ usw. Neben einer Verstärkung der zahlenmäßigen Präsenz der SPD im entsprechenden Wahlkreis führte dies zu einer Vertiefung der menschlichen Beziehungen zwischen den Sozialdemokraten aus Ost- und Westberlin.<sup>111</sup>

Über eine weitere Wirkung der Patenschaftsbeziehungen berichtete der Jahresbericht 1959/60 des Kreises Weißensee: „Durch die Vermittlung der Kreissekretärin wurde eine bessere Zusammenarbeit mit unserem Patenkreis ermöglicht. Dieses machte auch in anderen Westkreisen Schule und ist dringend notwendig, sonst leben wir uns in dieser zweiteiligen Stadt auch noch parteilich auseinander, wie weit das schon geschehen war, zeigten der Genossin Jung die Zusammenkünfte mit westdeutschen Genossen an denen auch westberliner Genossen teilnahmen u. wo dann oftmals festgestellt wurde, daß uns die westberliner Genossen schon nicht mehr verstehen bzw. über unser Leben hier nichts wissen, oder zumeist wenig u. wenn entstellt.“<sup>112</sup>

Die Ostberliner Kreise schätzten ihre Mitglieder oft als politischer und interessierter als die Westberliner Sozialdemokraten ein: „Alle Kundgebungen unserer Partei werden von unseren Mitgliedern stets gut besucht, es ist ja allgemein bekannt, daß die Ostkreise daran mehr interessiert sind, als die Westkreise.“<sup>113</sup> Willy Brandt stellte 1958 ausgehend von den Statistiken der Funktionärskonferenzen fest, „daß die große Aktivität in bezug auf Informationsmöglichkeiten im Ostsektor liegt.“<sup>114</sup>

Zur Einbeziehung und Unterstützung der östlichen Kreise erließ der Landesausschuß Richtlinien für die Aufstellung der Kandidaten zum Abgeordnetenhaus, in ihnen heißt es: „Je ein Vertreter der acht Ostkreise ist in den acht größten Kreisen so aufzustellen, daß seine Wahl weitgehend gesichert ist.“<sup>115</sup>

Für das Engagement der Ostmitglieder wurden teilweise auch materielle Anreize geboten. Diese stellten einerseits einfach eine Entschädigung für getätigte Auslagen dar, andererseits auch eine für den Osten nicht selbstverständliche Möglichkeit, in bescheidenem Umfang über eine konvertierbare Währung zu verfügen. So zahlte beispielsweise die „Berliner Stimme“ denjenigen, die diese Zeitung für ihren Kreis/Abteilung in den Ostsektor brachten pro Ausgabe 1,00 DM West als Entschädigung für Fahrgeldauslagen. Außerdem vergütete der SPD Landesverband Berlin, um die Auflage der „Berliner Stimme“ für den Ostsektor zu erhöhen, jedes neue mindestens dreimonatige Abonnement mit einer Werbeprämie von 2,00 DM (West).<sup>116</sup> Sammlungen von Westberliner SPD-Gruppen ermöglichten das Ausrichten von Feiern und Zuwendungen an Bedürftige. So erhielt beispielsweise der Kreis Weißensee im Dezember 1959 als Spende eine größere Menge an Kinderschuhen. Zusätzlich spendete die SPD-Betriebsgruppe des Bezirksamtes Tempelhof im selben Jahr, einer langjährigen Tradition folgend, an die Weißenseer 260,-DM (West) für eine Weihnachtsfeier.<sup>117</sup>

---

<sup>111</sup> Jahresbericht 1958 des Kreises IV - Prenzlauer Berg, S.2 und SPD - Kreis Köpenick, Jahresbericht 1958, S.3, beides in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: Zeitgeschichtliche Sammlung SPD Berlin, Mappe: Jahresberichte 1957-1962.

<sup>112</sup> SPD - Kreis Köpenick, Jahresbericht 1958, S.3.

<sup>113</sup> Ebenda, S.2.

<sup>114</sup> Vgl. mit der Rede Willy Brandts, in: Protokoll 15.LPT der Berliner SPD am 13.04.1958, S.189f, in: ABI Berlin.

<sup>115</sup> Vorlage 25/58 beim LA, vom 21.06.1958, S.4, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD - Landesverband Berlin, Mappe: 3/BEAB 000561, Büro Stellv. Landesvorsitzender Josef Braun, Landesvorstandssitzungen, 1958.

<sup>116</sup> Schreiben der Geschäftsleitung der Berliner Stimme an alle Ostkreise v.27.02.1958 und Schreiben des SPD Landesverbandes Berlin an alle Ostkreise vom 08.09.1958, in: Landesarchiv Berlin, BPA II/A/1/059.

<sup>117</sup> Schreiben vom 18. und 24.12.1959, in: Landesarchiv Berlin, BPA II/A/4-/104.

Materielles Interesse und Neid bei der Verteilung der westlichen Gelder und Güter waren in den Ostberliner Kreisen nicht auszuschließen und konnten zu einer Belastung der Parteiarbeit führen. Zuwendungen wurden unter den Mitgliedern registriert und Vergleiche angestellt.<sup>118</sup>

Einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Ostberliner Sozialdemokraten leistete die Abteilung Mitgliederbetreuung des Berliner SPD-Landesverbandes. Sie setzte sich z.B. ein für:

- die schnelle Anerkennung von aus der Haft in der DDR oder Sowjetunion entlassenen Sozialdemokraten als politische Häftlinge und der damit verbundenen Auszahlung einer Haftentschädigung,
- politische Flüchtlinge, diese wurden unterstützt bei der Anerkennung im Notaufnahmeverfahren, bei der Beantragung des C-Scheines sowie in Berufs- und Wohnungsfragen,
- die Anerkennung von Sozialdemokraten, die in Ostberlin aus politischen Gründen ihren Arbeitsplatz verloren hatten, als politisch Gemaßregelte und ihre Eingliederung in Westberlin in den Arbeitsprozeß,
- die Grenzgänger, denen Rechtshilfe und Beratung gewährt wurde.<sup>119</sup>

Insgesamt kann folgendes Resümee gezogen werden:

Ostberliner und Westberliner SPD-Kreisorganisationen waren Teil eines Landesverbandes und waren an allen Entscheidungen entsprechend des Proporz beteiligt.

Da der politische, materielle und zahlenmäßige Schwerpunkt der Berliner SPD-Organisation in Westberlin lag, folgte daraus zwangsläufig eine größere Rücksichtnahme auf die besondere Situation Westberlins, als auf die Ostberlins.

Im Rahmen des Möglichen wurde den östlichen Problemen größtmögliche Aufmerksamkeit gewidmet. Die geleistete Unterstützung fand im Osten weitgehend Anerkennung.

Die auftretenden Differenzen waren nicht von entscheidender Bedeutung, sie führten zu keiner wesentlichen Störung des solidarischen Miteinanders zwischen Ostberliner und Westberliner Teil der Organisation, sondern entsprachen dem Normalfall eines Organisationsalltags, in dem immer unterschiedliche Interessen konkurrieren.

Auch zwischen den Ostkreisen selbst gab es Differenzen.<sup>120</sup>

Bei den meisten Entscheidungen verliefen die Konfliktlinien nicht zwischen Ost und West, sondern eher zwischen rechtem und linken Flügel innerhalb der SPD.

### 3.2.3. Allgemeine Organisationspraxis

---

<sup>118</sup> Dies dokumentiert z.B. ein Schreiben von Erna Jung (Weißensee) an einen Genossen F.: „Mir ist hier zugetragen worden, daß Du Dich benachteiligt fühlst, weil Dein Schwiegevater, der Gen. A. [Abkürzung durch Monteiro], anlässlich seiner Krankheit nur einen Gutschein in Höhe von DM 3,-West von uns bekommen hat. Als Begründung hattest Du angegeben, daß andere Mitglieder im Krankheitsfalle DM 50,- bekommen haben. Ich kann Dir hierzu nur sagen, daß die Partei eine Spende in der Höhe noch nie gegeben hat. Ich nehme an, daß Du das mit der Arbeiterwohlfahrt verwechselst, auf die ich keinen Einfluß habe. Ich bitte Dich, in diesem Falle doch dann einen Antrag bei der Arbeiterwohlfahrt zu stellen.“ Vgl. dazu: Brief vom 13.1.1960, in: Landesarchiv Berlin, BPA II/A/4-104.

<sup>119</sup> Vgl. mit: SPD Jahresbericht 1957/58 des SPD-Landesverbandes Berlin, S.145f, in: ABI Berlin.

<sup>120</sup> Dies zeigt u.a. eine Auseinandersetzung zwischen Kurt Neubauer (Kreisvorsitzender Friedrichshain und MdB) und dem SPD-Kreisvorstand Pankow, in deren Verlauf der Kreisvorstand Pankow beschloß, Neubauer die Möglichkeit zu verweigern, als Referent im Kreis tätig zu werden. Dieser Beschluß war nach Auffassung des Landesausschusses nicht mit dem SPD- Statut vereinbar. Vgl. mit: Beschlußprotokoll der Sitzung des Landesausschusses am 27.6.1960, S.3, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD-LV Berlin, Mappe: 3/BEAB 000566.

Durch die lediglich formale Zulassung der SPD in den Ostkreisen, waren der politischen Tätigkeit enge Grenzen gezogen. Alle Veranstaltungen im Osten mußten angemeldet und genehmigt werden. Ab 1949 war dafür nicht mehr die sowjetische Besatzungsmacht, sondern die Volkspolizei zuständig. Auch die Genehmigungspraxis der Volkspolizei war geprägt von zahlreichen Behinderungen und Einschüchterungsversuchen. Eine große Zahl von Veranstaltungen, vor allem bei brisanten Themen oder nicht genehmen Rednern, wurde deshalb in den Westteil der Stadt, in die jeweiligen „Patenkreise“ verlegt. Insgesamt wurden von östlicher und westlicher Organisation etwa gleich viele Veranstaltungen pro Jahr durchgeführt. Standen in den vierziger Jahren noch kommunalpolitische Themen im Vordergrund, verlagerte sich der inhaltliche Schwerpunkt nach dem Ausscheiden aus kommunaler Verantwortung zunehmend auf theoretische Fragestellungen. Die meisten Ostberliner Mitglieder hielten trotz aller negativen Erfahrungen an einer sozialistischen Alternative zum Stalinismus fest.<sup>121</sup>

Durch die Teilung Berlins hatten sich auch die Funktionen der SPD in beiden Stadthälften auseinanderentwickelt. In Westberlin bewarb sie sich um politische Ämter und konnte auch alle anderen Aufgaben einer Partei in einem demokratischen System wahrnehmen, wie die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, das Mitwirken an der politischen Bildung der Bevölkerung, der Förderung der aktiven politischen Beteiligung der Bürger, dem Aufstellen geeigneter Kandidaten zu den Wahlen, die Beeinflussung von Parlament und Regierung und das Bemühen um eine ständige lebendige Verbindung zwischen Volk und Staatsorganen.<sup>122</sup>

In Ostberlin blieb die SPD hingegen ohnmächtig und isoliert. Im System der Blockparteien wollte und konnte sie ihren Platz nicht finden, da sie eindeutig den Führungsanspruch der SED ablehnte.<sup>123</sup>

---

<sup>121</sup> Heimann, S.1662f.

<sup>122</sup> Vgl. zu den Aufgaben von Parteien in einer Demokratie: Bolz, Wolfgang / Feldner, Rolf, Deutsch-deutsche Begriffe zur politischen Soziologie, Hannover 1979, S.68f. Außerdem: Oberreuter, S.31f.

<sup>123</sup> Offiziell wurde der Führungsanspruch der SED erst 1968 in der Verfassung der DDR verankert, aber die KPD (später SED) setzte ihn bereits seit ihrer Wiedergründung im Juni 1945 mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht durch. Schon am 14. Juli 1945 gelang es Kommunisten und Besatzungsmacht, alle Parteien zu einem „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ zusammenzufassen, zunächst unter dem Namen „Einheitsfront“. Dieser „Block“ umfaßte KPD, SPD, CDU und LDP (später LDPD). Nach der Vereinigung von KPD und Teilen der SPD zur SED beteiligten sich die in der SPD verbliebenen 8 Ostberliner Kreisorganisationen nicht mehr am „Block“. Hingegen schlossen sich die erst 1948 gegründeten Parteien DBD und NDPD ihm an. Die am „Block“ beteiligten Parteien galten als „Blockparteien“, im Laufe der Jahre wurde der Begriff aber immer mehr auf die neben der SED stehenden Parteien reduziert. Kommunisten und sowjetische Besatzungsmacht übten teilweise enormen Druck auf die Blockparteien aus und sicherten sich so ihren Führungsanspruch. Mißliebige Funktionäre wurden ausgetauscht und durch angepaßte ersetzt. Die verbliebenen Funktionäre akzeptierten, nicht immer freiwillig, die Einheitslistenwahlen. Wirkliche Entscheidungen konnten sie nicht mehr treffen, sie verzichteten auf originäre Parteiprogramme und übernahmen die ihnen von den Kommunisten zugedachten Funktionen. Spätestens seit Anfang der 50er Jahre waren so aus unabhängigen Parteien Gefolgschaftsorganisationen der SED geworden, neue politische Bündnisse oder politische Gewichtungen konnte die SED durch dieses Konstrukt auf Dauer ausschließen.

Die sog. Blockparteien sollten:

- im Rahmen ihrer Integrationsfunktion die politischen Hauptziele der SED gegenüber ihren Zielgruppen vertreten, propagieren und durchsetzen,
- in der Mobilisierungsfunktion ihre Zielgruppen zu Mehrleistungen in der Volkswirtschaft unter dem Motto: „Jeder wird gebraucht“ veranlassen,
- ihre Erziehungsfunktion erfüllen, indem sie ihre Mitglieder durch eine politisch-ideologische Beeinflussung an den realen Sozialismus heranzuführen und so zu vorbildlichen sozialistischen Staatsbürgern erzogen,
- die Interessen ihrer Zielgruppen nach einer gewissen Vorfilterung der SED mitteilen, d.h. vorzugsweise solche, die sich in den weiteren Aufbau der DDR gut einfügten (Interessenvertretungsfunktion)

Welche Funktionen konnte sie unter diesen Prämissen erfüllen ? Welche Erwartungen an ihre Tätigkeit können als realistisch eingeschätzt werden ?

Die Erhaltung der Präsenz der SPD-Ost, als „Symbol des Aushaltens, als Ort für mögliche Agitationen gegen das SED-Regime, als Brücke zwischen der Bevölkerung von Ost- und West-Berlin“<sup>124</sup> sollte nach den Überlegungen der SPD-Parteiführung, die Bereitschaft der SPD demonstrieren, mehr für die Wiedervereinigung Deutschlands zu tun, als nur zu reden und außerdem schärfte das Festhalten der SPD am Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung gegen kommunistische Widerstände die Differenzierung zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus in der öffentlichen Wahrnehmung.<sup>125</sup>

Nach dem fest erwarteten „Zusammenbruch des Kommunismus würde die SPD wieder in der Lage sein, ihre rechtmäßige Rolle als Sprecher der breiten Massen der Deutschen zu spielen. Zweitens würde die SPD-Ost in ihrer Funktion als Symbol des Widerstands gegen die Regierung der DDR sowohl die Ostdeutschen ermutigen als auch den schließlichen Fall des Regimes beschleunigen. Drittens suchte die SPD Brücken zwischen Ost- und Westberlinern zu erhalten. ... Vermutlich würde die mögliche Wirkung der Ostberliner Organisation um so größer sein, je größer und aktiver sie war. Dies stellt sich als das entscheidende Problem des tatsächlichen Erfolgs der SPD dar beim Versuch, die SPD-Ost am Leben zu erhalten.“<sup>126</sup>

Die angestrebte Ablösung der SED konnte von der SPD in Ostberlin nicht selbst geleistet werden, obwohl sie natürlich auch von der Ostberliner Bevölkerung als ein Symbol des Widerstandes, als ein Symbol der Demokratie wahrgenommen wurde. Zum ungünstigen Kräfteverhältnis zwischen Sozialdemokraten und SED-Mitgliedern in Ostberlin und erst recht in der DDR kam das mangelnde Interesse der Alliierten an einer Veränderung des Status quo im Nachkriegsdeutschland hinzu. Besonders bemerkenswert war aber, daß Teile der Ostberliner Bevölkerung Mühen und Gefahren auf sich nahmen, um einzelnen Sozialdemokraten zu helfen. Die Wahrnehmung ihrer Funktion als Brücke zwischen Ost- und Westberlinern wurde wegen der sinkenden Mitgliederzahl für die Ostberliner Sozialdemokraten immer schwieriger. Im Rahmen dieser Brückenfunktion spielte aber die umfassende Information, von Ost nach West und umgekehrt, bis zur Auflösung eine besondere Rolle, wie schon bei der Untersuchung des Verhältnisses zwischen Ostberliner und Westberliner Teil des Landesverbandes deutlich wurde.<sup>127</sup>

„Die Partei selbst erreichte einen modus vivendi mit dem Regime. Solange eine Ostberliner Bezirksorganisation Versammlungen ausschließlich für ihre eigenen Mitglieder abhielt, sie in ihren eigenen Räumlichkeiten stattfinden ließ und niemanden als Redner einlud, den die Regierung als antikommunistischen Propagandisten betrachtete, griff sie in der Regel nicht

---

- in ihrer Beratungs- und Korrektivfunktion auf Wunsch bzw. Anfrage der SED aktiv werden, dies reichte von der Übermittlung von in ihren Reihen diskutierten fachlichen Fragen bis hin zu Informationen über Stimmungen und Wünsche ihrer Mitgliedschaft und nahestehender Schichten,

- durch ihre Alibi- und Karrierefunktion der eigenen Mitgliedschaft politische Aktivitäten ermöglichen, ohne Kommunist werden zu müssen und so zum Aufbau bzw. zur Absicherung beruflicher Laufbahnen beitragen,

- in ihrer Legitimitäts- und innerdeutschen Funktion dazu beitragen, nach außen hin ein echtes Mehrparteiensystem und damit eine gewisse Pluralität vorzutäuschen. Vgl. zu den Funktionen der Blockparteien in der DDR: Lapp, Peter Joachim, Die Blockparteien im politischen System der DDR, Melle 1988, S.7-22.

<sup>124</sup> Merrit / Fransisco, S.320.

<sup>125</sup> Ebenda, S.320.

<sup>126</sup> Ebenda, S.325f.

<sup>127</sup> Ebenda, S.331f. Merrit /Francisco sehen bis 1961 nur noch eine geringe Bedeutung der Ostberliner Sozialdemokraten für die Erfüllung der Brückenfunktion zwischen Ost- und Westberlin. Dies machen sie m.E. ungerechtfertigterweise fast vollständig an den sinkenden Mitgliederzahlen fest. Aber es darf auch nicht außer acht gelassen werden, 1) daß die Quantität nicht das alleinige Kriterium darstellt und 2) daß in den Zeiten zunehmender Behinderungen im Reiseverkehr und allgemein in den Begegnungsmöglichkeiten zwischen Ost und West die verbliebenen Kanäle und Verbindungen ein zunehmendes Gewicht erhielten.

ein. So unterbrach sie auch nicht die Kommunikation (und drückte sogar bei der Einfuhr der Berliner Parteizeitung aus Westberlin meist ein Auge zu), unter der Voraussetzung, daß andere SPD-Mitglieder die alleinigen Empfänger waren. Parteifunktionäre schienen anzuerkennen, daß jede Verletzung dieser Norm von ihrer Seite ihnen nicht nur sofort den Zorn des gewaltigen Polizeiapparates der DDR zuziehen, sondern darüber hinaus den zukünftigen Manövrierraum der Partei einschränken würde.“<sup>128</sup>

Im politischen System der SED wurde die SPD nicht gebraucht, für die Machthaber war sie überflüssig, ja sogar störend und wurde nur mit Widerwillen geduldet. Ihre Außenseiterrolle bezog die Ostberliner SPD dadurch, daß sie als einzige Partei unter SED-Hoheit deren Führungsanspruch nicht anerkannte und sich ein leichteres Leben auch nicht durch Zugeständnisse erkaufen wollte und drittens in der Westberliner SPD einen starken Verbündeten hatte, der solange noch eine Verbindung zwischen den zwei Stadthälften bestand, diese Schutzfunktion auch wahrnahm.

Diese Charakteristika waren die Voraussetzungen für die Unabhängigkeit und Einzigartigkeit der SPD in Ostberlin, aber gleichzeitig auch die Ursache für ihre gesellschaftliche Isolation, da sie sich nicht an die kommunistischen Spielregeln hielt. Sie war von ihrer Zielstellung her eine Interessenvertreterin aller demokratischen Kräfte, konnte in der Praxis aber diese Interessen nicht effektiv vertreten. Die Westberliner SPD mußte im eigenen und im Interesse ihrer Wähler vor allem eine Politik der Wahrung des demokratischen und unabhängigen Status Westberlins betreiben.

Die Ostberliner SPD konnte wirklich demokratisch nur existieren bei einer Systemveränderung in der DDR, für Westberliner SPD und die SPD als Partei insgesamt war eine Sicherung des bestehenden Status ausreichend, auch wenn mehr für sie sicherlich erstrebenswert war.

Auf dem 16. Landesparteitag der Berliner SPD im Mai 1959 sprach Willy Brandt als er die Wirkungsbedingungen der SPD in Ostberlin charakterisierte von einem Zustand der „Halb- oder Viertellegalität“.<sup>129</sup> Weiter führte er aus: „Ich kann mich hier nicht über die Zukunftsmöglichkeiten unserer Arbeit in Ostberlin näher äußern. Ich kann nur sagen, daß sich im besten Sinne des Wortes alles bezahlt machen wird, was unsere Genossen an Standhaftigkeit und Gesinnungstreue zur Schau tragen, und daß wir ihnen dafür als Landesverband immer wieder zu Dank verpflichtet sind.“<sup>130</sup>

Auf dem 17.LPT im März 1960 griff er den Begriff der „Halblegalität“ noch einmal auf: „Tatsache ist ..., daß man unsere Versammlungstätigkeit in unerträglicher Weise behindert, so daß wir bestenfalls von einer Halblegalität sprechen können. Tatsache ist, daß unsere Freunde in den Betrieben des Ostsektors bedrängt und schikaniert werden. Tatsache ist, daß gerade gegenwärtig durch den FDGB ein harter Druck auf jene Rentner ausgeübt wird, die Rechte auf eine Zusatzversorgung in Westberlin erworben haben. Tatsache ist, daß im selben Jahr wieder 29 Sozialdemokraten im Ostsektor verhaftet, daß 33 in den Betrieben gemäßregelt und entlassen wurden.“<sup>131</sup>

„Halblegalität“ - dieser Begriff vereint Aspekte von Legalität und Illegalität.

Die SPD war in Ostberlin eine legale Partei in dem Sinne, daß sie offiziell zugelassen war, öffentlich bekannte Räumlichkeiten als Parteibüros nutzte und in diesen parteieigenen Räumen relativ ungestört einer Versammlungstätigkeit nachgehen konnte. Sie selbst definierte sich als legale Kraft, ihre Strukturen waren nicht für den illegalen, direkten Widerstand geeignet. Dieser offene Widerstand entsprach auch nicht dem Selbstverständnis der Mitglieder. Man mußte sich entscheiden, zwischen dem geheimen Engagement für

---

<sup>128</sup> Ebenda, S.323.

<sup>129</sup> Protokoll 16.LPT, 1.Tg., 23.5.1959, S.36, in: ABI Berlin.

<sup>130</sup> Ebenda, S.37.

<sup>131</sup> Protokoll 17.LPT, 1.Tg., 05.03.1960, S. 17, in: ABI Berlin.



Organisationen, wie das Ostbüro oder einer kaum zu verheimlichen Mitgliedschaft in der SPD und den daraus resultierenden besonderen Aufmerksamkeit und Kontrolle der DDR-Behörden.

In das Bild der Legalität passen aber nicht:

- Entlassungen, Berufsverbote und Verhaftungen wegen der Zugehörigkeit zur SPD,
- das Verbot, eigene Zeitungen herausgeben zu dürfen,
- die Behinderung in der Versammlungstätigkeit, die öffentliche SPD-Veranstaltungen de facto ausschließen,
- Einschüchterung und Bespitzelung der Mitgliedschaft,
- die Unmöglichkeit der Teilnahme an Wahlen mit eigenen Kandidaten durch die von der SED erzwungenen „Einheitswahllisten“ usw.

Trotz des Bemühens der Ostberliner SPD um legales Verhalten wurde sie von der SED teilweise in die Rolle einer illegalen Partei gedrängt. So bestand der Sinn ihrer politischen Tätigkeit nicht primär in einer öffentlichen Agitation, sondern im Mittelpunkt stand die Selbstvergewisserung eines zuverlässigen Mitgliederstamms, die Pflege eines solidarischen Miteinanders in einer feindlichen Umgebung, die unvoreingenommene Information (sich selbst und an Westberliner/Westdeutsche). Alles andere wäre selbstmörderisch gewesen. Andererseits hatten die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus den Sozialdemokraten gezeigt, daß in einer Diktatur auch das Setzen von kleinen Zeichen wichtig sein kann. In einer Gesellschaft in der Sprache und Handeln weitgehend vereinheitlicht sind, erregen kleinste Abweichungen bereits eine besondere Aufmerksamkeit und können so zumindest zu Signalen einer Protest- oder Widerstandshaltung werden.

Einer der wichtigsten Faktoren der Existenz der SPD in Ostberlin war der emotionale Zusammenhalt zwischen den Mitgliedern. Die Organisation wollte zwar durchaus „Politik machen“, konnte es aber unter den von den Kommunisten diktierten Bedingungen nicht und so rückten Geselligkeit, wärmende Geborgenheit u.ä. zunehmend in den Vordergrund. Man kann sogar sagen, daß diese Faktoren eine um so größere Rolle spielten, je mehr die realen Handlungs- und Wirkungsmöglichkeiten der Ostberliner SPD eingeschränkt wurden. Nicht aus freiwilliger Selbstbeschränkung nahm die Selbstbezogenheit der Organisation zu, sondern sie wurde von der SED zu einer Existenzvoraussetzung gemacht.

Der Teil der Mitgliedschaft, der besonders auf eine Karriere aus war, hatte der Partei zuerst den Rücken gekehrt. Andererseits wußten aber die verbleibenden Mitglieder um die Fürsorge der Gesamtberliner Partei, widerständiges Verhalten in Ostberlin konnte durchaus mit Posten oder ähnlichem in Westberlin „belohnt“ werden, zumindest gab es bis 1961 immer einen Notausgang. Die gebotenen Leistungen, wogen aber bei weitem nicht die mit der SPD-Mitgliedschaft in Ostberlin verbundenen Gefahren auf. Denn oftmals trafen die Repressionen der SED nicht nur die Sozialdemokraten selbst, sondern ganze Familien.

Eine starke Komponente des Zusammenhalts waren auch ideologische Übereinstimmungen, wozu gerade in den Ostberliner SPD-Kreisorganisationen antikommunistische Ressentiments gehörten.

Bei der Gewichtung der Loyalitätsquellen, die zum Verbleib von Sozialdemokraten in einer geächteten Organisation führten, kann deshalb von folgender Rangfolge ausgegangen werden:

1. Sozialdemokratische Wertvorstellungen verbunden mit einer starken Ablehnung der kommunistischen Diktatur;
2. Traditionsbewußtheit, wärmende Geborgenheit, solidarische Gemeinschaft;
3. Möglichkeit von Posten in der Partei insgesamt (vor allem für Funktionäre interessant), materielle Anerkennungen.

Das proklamierte Ziel der Ostberliner SPD war es zweifellos, ein Ort des Widerstandes gegen die kommunistische Diktatur zu sein und ein Symbol für die Einheit der Stadt. Doch wie wirkte sich diese Zielvorgabe auf die Praxis der Parteiarbeit aus ?

Von ihren Prozeduren und Strukturen her entsprach die Ostberliner SPD dem Bild einer demokratischen Partei. Parteiwahlen fanden entsprechend den Vorgaben des Parteistatuts statt, entsprachen demokratischen Normen. Aber z.B. bei der Gestaltung der Aufnahme in die Partei, ähnelte die Praxis der Ostberliner Kreisorganisationen eher der Praxis von inklusiven Organisationen. Dem Druck der SED ausgesetzt mußten sie um des eigenen Überleben willen sich tendenziell gegenüber eine Umwelt abschotten, die nicht nur als feindlich empfunden wurde, sondern tatsächlich eine feindliche war.

Unter diesen Bedingungen des Drucks kam es ähnlich wie in der Zeit der Illegalität zu einer Spaltung der Mitgliedschaft in verschiedene Gruppen:

- in Ostberlin gab es eine zahlenmäßig relativ große Gruppe, die versuchte, den offiziell reklamierten Zustand der Legalität so lange wie möglich aufrechtzuerhalten und die Organisation vor der Zerstörung zu schützen,
- die wachsende Gruppe derjenigen, die sich dem zunehmenden Druck und den Gefährdungen durch Flucht nach Westberlin bzw. Westdeutschland entzogen,
- die Gruppe derer, die sich durch Mitgliedschaft in der SED dem herrschenden System anpaßten und unterordneten,
- diejenigen, die sich ins Privatleben zurückzogen und mehr oder weniger offen sozialdemokratischen Traditionen verbunden blieben,
- die sehr kleine Gruppe, die als einzige wirkungsvolle Form des Widerstandes gegen die SED den illegalen Widerstand ansahen und diesen Weg z.B. mit Hilfe des Ostbüros der SPD beschritten.

#### 3.2.4. Beispiele der Parteiarbeit

Das Parteileben in den Ostberliner Kreisorganisationen war trotz der schwierigen Bedingungen abwechslungsreich und von einer hohen Veranstaltungsdichte. In den verschiedenen Veranstaltungsformen standen sie keinesfalls den Westkreisen nach, es gab u.a.:

- Kreisvorstands- und Funktionärsitzungen,
- Kreisdelegiertenkonferenzen und Kreismitgliederversammlungen,
- Abteilungs-Mitgliederversammlungen,
- Kreisfrauenversammlungen,
- Versammlungen von
  - Jungsozialisten,
  - Gewerkschaftern,
- Wochenendtagungen,
- Dampferfahrten,
- Abteilungs-Funktionärversammlungen,
- Maifeiern, Weihnachtsfeiern, Betriebsbesichtigungen etc.
- Alten-Ehrungen und
- Bildungsabende.

Diese breite Veranstaltungspalette konnte aber nur von der Mitgliedschaft selbst genutzt werden. Außenstehenden mußte aus zwei Gründen die Teilnahme verwehrt werden, einerseits sollte nicht die SED zu Gegenmaßnahmen provoziert werden, andererseits stellte diese Beschränkung einen gewissen Schutz für die Mitglieder dar. Unter Gleichgesinnten konnten

relativ offen Erfahrungen ausgetauscht und Probleme besprochen werden. Diese fehlende Außenwirkung wird immer wieder in den Jahresberichten beklagt, so schätzten beispielsweise die SPD-Kreisorganisationen in Friedrichshain und Treptow ein, daß 1958 die Parteiarbeit nur mit starken Einschränkungen und begrenzter Außenwirkung möglich war.<sup>132</sup>

„Unsere Arbeit war unter den Umständen in der Hauptsache darauf gerichtet, den Zusammenhalt der Genossen zu gewährleisten, die Organisation weiterhin voll funktionsfähig zu erhalten und unseren Mitgliedern die nötigen Informationen über die politischen Fragen und Entwicklungen zu vermitteln, sowie die Meinungsbildung der Mitglieder zu fördern.“<sup>133</sup>

Der Kreis Lichtenberg formuliert es so: „Unsere Hauptaufgabe, nämlich unter den gegebenen Umständen, die Organisation zu erhalten, wurde auch im Jahr 1958 gelöst. In diesem Zusammenhang war der Kreis Lichtenberg bemüht, das Organisationsleben so interessant als möglich zu gestalten. ... Auch der wiederholte Besuch von Westdeutschen und ausländischen Delegationen in unserem Kreissekretariat wurde von unseren Mitgliedern begrüßt. ... Eine Behinderung unserer Versammlungen durch die hiesigen Organe ist nicht zu verzeichnen.“<sup>134</sup>

Im Gegensatz dazu bescheinigte sich der Kreis Pankow für das Jahr 1958 ein sehr gutes Ansehen bei den Mitbürgern: „Wir sind auch ständig bemüht, in engem Kontakt mit der Bevölkerung zu bleiben. Welches Vertrauen wir nicht nur im Ostsektor, sondern auch in den Randgebieten und in der Zone genießen, zeigt sich darin, dass viele Hilfesuchende zu uns kommen und sich Rat in Wirtschafts-, Wohnungs-, Rechts- und anderen Fragen holen.“<sup>135</sup>

Oft bestand jedoch die einzige Möglichkeit in Ostberlin überhaupt eine Außenwirkung zu erzielen in der Vorbereitung und Durchführung von „unpolitischen“ Veranstaltungen, wie die kulturellen Veranstaltungen mit Tausenden Ostberlinern in der Waldbühne, die Stadtrundfahrten durch Westberlin u.ä. So konnte die SPD-Kreisorganisation Prenzlauer Berg z.B. 1958 eine große Zahl von Eintrittskarten zu unterhaltenden Veranstaltungen des Landesverbandes bzw. der „Berliner Stimme“ an Sympathisierende verkaufen. Die stärkste Nachfrage bei Mitgliedern und Sympathisanten nach Karten gab es bei Veranstaltungen in der Waldbühne. Hier konnten zum 1.Mai 2700 Karten, zum 14.Juni 3284 und zum 7.September 2965 Karten abgesetzt werden. Die Veranstaltungen der „Berliner Stimme“ in der Kongreßhalle fanden Zuspruch in einer Größenordnung zwischen 500 und 900 Teilnehmern aus dem Prenzlauer Berg.<sup>136</sup> 1959 und 1960 wurden insgesamt in Berlin für sechs Veranstaltungen der „Berliner Stimme“ 16 092 Westkarten und 23 982 Ostkarten verkauft.<sup>137</sup>

Im Umgang mit der SED war oft taktisches Geschick vonnöten, um die Organisation nicht zu gefährden. So reagierten einige Kreisvorstände auf die wiederholten Einladungen der SED zu gemeinsamen Veranstaltungen nicht mit direkten Absagen, sondern durch das Benennen von inhaftierten Sozialdemokraten als Rednern.<sup>138</sup>

---

<sup>132</sup> Vgl. dazu: SPD - Kreis Friedrichshain, Organisationsbericht für das Jahr 1958, S.1 und SPD - Kreis Treptow, Bericht über die Organisationsarbeit im Jahre 1958, S.1, beides in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: Zeitgeschichtliche Sammlung SPD Berlin, Mappe: Jahresberichte 1957-1962.

<sup>133</sup> SPD - Kreis Treptow, Bericht über die Organisationsarbeit im Jahre 1958, S.1.

<sup>134</sup> Jahresbericht des Kreises 17 - Lichtenberg über das Jahr 1958, S.1, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: Zeitgeschichtliche Sammlung SPD Berlin, Mappe: Jahresberichte 1957-1962.

<sup>135</sup> SPD - Kreis 19 - Pankow, Jahresbericht 1958, S.1, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: Zeitgeschichtliche Sammlung SPD Berlin, Mappe: Jahresberichte 1957-1962.

<sup>136</sup> Jahresbericht 1958 des Kreises IV - Prenzlauer Berg, S.4.

<sup>137</sup> Jahresbericht 1959/60 des SPD-Landesverbandes Berlin, S.144, in: ABI Berlin. An dieser Stelle wurde angemerkt, daß obwohl alle Veranstaltungen des Veranstaltungsdienstes der „Berliner Stimme“ ausverkauft waren, kein Überschuß erzielt werden konnte, da meistens mehr Ostkarten verkauft wurden, als es das vom Senator für Volksbildung zum Umtausch bewilligte Kontingent zugelassen hätte.

<sup>138</sup> Heimann, S.1671.

Einen wichtigen Platz in der Parteiarbeit nahmen das Organisieren von Rechtsbeistand für in gerichtliche Auseinandersetzungen verwickelte Sozialdemokraten und die Betreuung Inhaftierter, wozu auch das Verfassen von Gnadengesuchen und ähnlichem gehörte.<sup>139</sup>

Offen konnte kein Widerstand geleistet werden, deshalb wurde oft eine „Politik der Nadelstiche“ verfolgt oder symbolische Aktionen durchgeführt. Ärgerlich für die SED waren z.B. SPD-Schilder und Aufkleber an SPD-Kreisbüros. Ein besonderer Stein des Anstoßes war dabei das Lichtenberger Kreisbüro in der Gudrunstr.10, das sich direkt auf dem Weg zum „Friedhof der Sozialisten“ befand. Hier marschierten jedes Jahr im Januar anlässlich der Demonstrationen zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zehntausende am deutlich erkennbaren SPD-Kreisbüro vorbei, außerdem war die SPD-Leuchtreklame gut von der S-Bahn sichtbar.

Auseinandersetzungen gab es um einen am Fenster des SPD-Kreisbüros Weißensee angebrachten Textstreifen „Sicherheit für alle“, den der Inspektionsleiter der Volkspolizei Berlin-Weißensee, Herr Markus, bei seinem Besuch im Kreisbüro am 4.2.58 monierte. Da Grete Berger-Heise selbst an diesem Tag abwesend war, reagierte sie umgehend mit einem Brief an den o.g. Inspektionsleiter, in dem sie ihr Unverständnis über die Beanstandung zum Ausdruck brachte und erklärte:

„Wir Sozialdemokraten verstehen unter dem Wort „Sicherheit für alle“

ebenso die Sicherung des Friedens in Freiheit

wie die wirtschaftliche Sicherheit durch eine Neuordnung der Wirtschaft

wie eine gerechte Einkommens-Verteilung

wie eine wachsende Beteiligung der schaffenden Menschen am Sozialprodukt

wie eine soziale Sicherung durch eine Sozialpolitik, die die Existenz und Würde

aller Menschen sichert

wie und - das nicht zuletzt - die politische Sicherheit jedes Bürgers, sich sowohl in der Pressefreiheit als auch in der Freiheit der Meinungsäußerung dokumentierend und für deren Einschränkung durch Gesetze nur die Bedrohung der Demokratie Maßstab sein kann, nicht aber die Willkür einzelner Behörden.“<sup>140</sup> Außerdem machte sie darauf aufmerksam,

„daß die täglichen Appelle an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in der hiesigen Presse, sich für eine Entspannung in ganz Berlin einzusetzen, nicht gerade in Übereinstimmung zu bringen sind mit dem Vorgehen der Polizei-Inspektion Weißensee gegen unsere durch Alliierten Kommandatur-Beschluß vom 8.4.46 garantierte Tätigkeit auch in diesem Stadtbezirk.“<sup>141</sup>

Die SPD-Kreisorganisation Prenzlauer Berg nutzte eine lange bestehende Tradition, um zumindest symbolisch gegen die SED zu demonstrieren: „Der jährliche Brauch, am westdeutschen Volkstrauertag an den Gräbern verstorbener Genossen und der Vorkämpfer der sozialistischen Bewegung wie Wilhelm Hasenclever auf dem Freireligiösen-Friedhof in der Pappelallee GrabsträÙe mit Widmungsschleifen niederzulegen, wurde wieder in demonstrativer Form durchgeführt. Es fügte sich dieses Mal, dass an diesem Tage die sogenannten Wahlen in Ostberlin durchgeführt wurden, woraus sich eine wirksame Gegendemonstration ergab.“<sup>142</sup>

Zum 25-jährigen Jahrestag der Köpenicker Blutwoche legte eine SPD-Abordnung des Kreises Köpenick am Grab des Genossen Paul von Essen in Baumschulenweg einen Kranz nieder.

---

<sup>139</sup> Vgl. z.B. mit: SPD - Kreis Köpenick, Jahresbericht 1958, S.2, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES und SPD - Kreis Köpenick, Jahresbericht 1959, S.3, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: XVI. Bezirk Köpenick, Mappe: SPD 45.

<sup>140</sup> Abschrift des Briefes von Margarete Berger-Heise an den Inspektionsleiter der Volkspolizei Bln-Weißensee, vom 5.2.58, S.1f, in: Landesarchiv Berlin, BPA II/A/4-/102.

<sup>141</sup> Ebenda, S.2.

<sup>142</sup> Jahresbericht 1958 des Kreises IV - Prenzlauer Berg, S.4.

Nur durch umsichtiges Verhalten konnte eine Auseinandersetzung mit der SED-Delegation vermieden werden.<sup>143</sup>

Offensiv und mit SPD-Fahne auftreten konnten die Ostberliner Kreisorganisationen nur bei Veranstaltungen und Demonstrationen in Westberlin. So war z.B. für die Weißenseer Sozialdemokraten besonders beeindruckend der gemeinsame Marsch mit den Tempelhofern unter der Weißenseer SPD-Fahne ab Rathaus Tempelhof durch die Stadt bis zum Maifeld, wo die SPD-Maikundgebung stattfand.<sup>144</sup>

Zeitungen und Zeitschriften der SPD fanden in den Ostberliner Kreisorganisationen einen regen Absatz, so hatte z.B. 1958 im Prenzlauer Berg die „Berliner Stimme“ 660 Abonnenten, der „Vorwärts“ 76, die „Gleichheit“ 165 und die „Neue Gesellschaft“ 23.

Zur Schulung von Sozialdemokraten dieses Stadtbezirkes in kommunalpolitischen Themen bewährte es sich, daß max. 10 sog. Hospitanten an den Beratungen der Weddinger SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung teilnahmen.<sup>145</sup>

1958 hatten bei den Abteilungs- und Kreisversammlungen der Ostberliner Kreisorganisationen folgende Themen im Vordergrund gestanden: „Verfassungsfragen der DDR und der Bundesrepublik“, „V. Parteitag der SED“, „Das Paßgesetz“,<sup>146</sup> „Grundsatzprogramm“, „Berlin-Fragen“ und „Wiedervereinigung“, „Außen- und Weltpolitische Fragen“, „Berliner Wahlen“, „Innen- und Kommunalpolitik“, „Atom und Automation?“, „Atomare Aufrüstung und Wehrpolitik“, „Sozial-, Renten- und Krankenversicherung in Ost und West“, „Kirche und Sozialismus“, „Wirtschafts-, Lohn- und Gewerkschaftsfragen“ und „Organisationsfragen“.<sup>147</sup>

1959 ging es vor allem um die Themen: „Die Paktsysteme in der Welt“, „Die Bundeswehr“, „Die Zeit der Weimarer Republik“, „Die Opfer der Teilung Deutschlands“, „Das jüdische Problem“,<sup>148</sup> „Die Genfer Konferenz“, „Der Godesberger Parteitag und das neue Godesberger Programm“, „Das Grundsatzprogramm und der Deutschlandplan der SPD“, „Wirtschaftsvergleich Ost - West“, „Entspannung bzw. Beendigung des Kalten Krieges“, und „Gipfelkonferenz und Berlin-Fragen“.<sup>149</sup>

Um sich vor Unterwanderung und Druck seitens der SED zu schützen, beschlossen die Ostkreise, die Anschriften ihrer Mitglieder nicht mehr herauszugeben, sondern jeglichen Postverkehr über ihre jeweiligen Kreisfächer im Landesverband abzuwickeln.<sup>150</sup>

Auf der anderen Seite nahmen die Ostberliner Funktionäre und Mitglieder aber einen festen Platz im Leben der Gesamtberliner SPD-Organisation ein. Das belegen u.a. verschiedene Pläne über die Arbeitsaufteilung für die Ostsekretäre in den verschiedenen Wahlkämpfen, über den turnusmäßigen Bürodienst der Ostsekretäre im Parteihaus etc. So sind im Wahlkampf 1958 für die Ostkreissekretäre z.B. folgende Einsatzorte vorgesehen:

- Kurt Haase (Mitte): Mitarbeit im zentralen Wahlbüro Zietenstrasse,
- Willy Bartsch (Prenzlauer Berg): Mitarbeit im Kreis Wedding (Kandidat im Wahlkreis 6),
- Felix Cohn (Friedrichshain): fällt wegen Erkrankung aus,
- Rudolf Rietdorf (Treptow): Mitarbeit im Kreis Neukölln,
- Hermann Berger (Köpenick): Mitarbeit im Betriebssekretariat Zietenstrasse,
- Erwin Spsychalski (Lichtenberg): Mitarbeit im zentralen Wahlbüro Zietenstrasse,

<sup>143</sup> SPD - Kreis Köpenick, Jahresbericht 1958, S.2.

<sup>144</sup> SPD - Kreis Weißensee, Jahresbericht 1959/60, S.1f, in: Landesarchiv Berlin, BPA II/A/4-/101.

<sup>145</sup> Jahresbericht 1958 des Kreises IV - Prenzlauer Berg, S.6.

<sup>146</sup> Jahresbericht 1958 des Kreises IV - Prenzlauer Berg, S.5f.

<sup>147</sup> SPD - Kreis Friedrichshain, Organisationsbericht für das Jahr 1958, S.9.

<sup>148</sup> Ebenda, S.2.

<sup>149</sup> Ebenda, S.2-4.

<sup>150</sup> Vgl. z.B. mit Brief der SPD-Weißensee an Gen. Gnauck vom 02.12.1960, in: Landesarchiv Berlin, BPA II/A/4-/102.

- Erna Jung (Weißensee): Unterstützung der Frauenarbeit Zietenstrasse,
- Willy Hollstein (Pankow): Mitarbeit im Kreis Reinickendorf.<sup>151</sup>

Einen wichtigen Bestandteil des Organisationslebens der Ostkreise, auch in bezug auf eine mögliche Außenwirkung, stellten die Autobus-Rundfahrten für die Bewohner des Ostsektors und der SBZ dar. Dabei wurden die Termine vom Organisationsbüro des Landesverbandes Berlin vorgegeben und die Koordination der Mitfahrer vor Ort wurde von den entsprechenden Kreisbüros geleistet. Pro Jahr wurden für jeweils:

1. Prenzlauer Berg, Weissensee und Pankow,
  2. Mitte und Friedrichshain,
  3. Treptow, Köpenick und Lichtenberg,
- mehr als 15 Rundfahrten durchgeführt.<sup>152</sup>

### 3.2.5. Methoden von SED, Staatssicherheit und Volkspolizei

Die SED versuchte im Nachkriegs-Berlin ihr Verhältnis zur SPD in Anlehnung an die Einheitsfront-Politik der KPD gegen Ende der Weimarer Politik zu gestalten, d.h. eine „Aktionseinheit“ ihrer Prägung zu schaffen. Versuche dazu reichen von 1948/49 bis ins Jahr 1961. Gleichzeitig bemühte sich die SED in unterschiedlichen zeitlichen Abständen mit den Ostberliner SPD-Kreisvorständen ins Gespräch zu kommen. Die in den Briefen und SED-Niederschriften zu beobachtenden sprachlichen Modifikationen sind dabei stets ein Indiz der „politischen Großwetterlage“, je nach Zielrichtung werden positive oder negative Stereotypen verwendet<sup>153</sup>, wie später noch gezeigt werden soll.

Waren Versammlungen der Parteien anfangs noch gemäß Besatzungsrecht genehmigungspflichtig und unterlagen der Überwachung durch Kontrolloffiziere, gingen diese Rechte mit der Gründung von Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik auf deutsche Organe über. Die Verfassung der DDR und die Gesetze der DDR hatten allerdings für Ostberlin lange nur eine begrenzte Wirksamkeit, da die drei Westmächte bei der sowjetischen Seite stets auf die Einhaltung des besonderen Berlin-Status drängten. Die SED versuchte bis 1961 nie, die Ostberliner SPD durch die Bezeichnung eines Verfassungsbruches zu verbieten. Die Block- und Nationale Front-Politik machte für die sie ein Parteiengesetz überflüssig, da sie auf diesem Wege bereits die Einbindung aller Kräfte in ihr politisches System erreicht hatte. Außen vor blieben nur die acht Ostberliner SPD-Kreisorganisationen. Eine offizielle Einschränkung ihrer Tätigkeit kam aus mehreren Gründen für die SED nicht in Frage:

<sup>151</sup> Brief des Stellvertretenden Vorsitzenden des SPD-Landesverbandes Berlin vom 07.10.1958 und Brief des Organisationsbüros des SPD-Landesverbandes Berlin vom 16.07.1959 in: Landesarchiv Berlin, BPA II/A/1/051.

<sup>152</sup> Rundschreiben Nr.6/58/; Nr.19/58; Nr.22/59; Nr.28/60 des Organisationsbüros des SPD-Landesverband Berlin, in: Landesarchiv Berlin, BPA II/A/1/049.

<sup>153</sup> Podewin, S.10f. Zur Aktionseinheit vgl.: Berliner Zeitung v.8.1.1958, wo es u.a. heißt: „Die Voraussetzungen für eine friedliche und demokratische Entwicklung sind auch in Westberlin gegeben, wenn die SPD in Aktionseinheit mit der SED handelt, wenn sie ihre Mehrheit im Abgeordnetenhaus und Senat nutzt und endlich eine Arbeiterpolitik durchsetzt.“ Außerdem dazu: Brief der SED-Kreisleitung Berlin-Mitte an die Sozialdemokraten des Stadtbezirkes vom September 1960: „Wer schweigt macht sich mitschuldig; denn er unterstützt die Vorbereitung neuer Kriegsverbrechen. Wer sich jetzt bei den Militaristen, bei der Adenauer-Partei würdelos anbietet, wer angesichts dieser Tatsachen eine gemeinsame Außenpolitik mit ihnen betreiben will, der handelt auch gegen die Interessen der sozialdemokratischen Mitglieder ... Wir müssen uns verständigen, die Mitglieder der SPD und der SED. ... Ein großer Teil von Euch hat in den letzten Jahren aktiv mit dazu beigetragen, durch seine Arbeit im Betrieb die Deutsche Demokratische Republik, in der die Arbeiter und Bauern die Macht ausüben, zu festigen. Tretet in Euren Abteilungen für die Aktionseinheit ein.“ In: Archiv der sozialen Demokratie der FES, SPD-Landesverband Berlin, SPD 41, IV. Bezirk, Prenzlauer Berg und Mitte, Dokument: 0118.

- wegen den völkerrechtlichen Besonderheiten Berlins,
  - weil gesetzliche Einschränkungen sozialdemokratischer Parteiarbeit in Ostberlin unweigerlich zu Gegenmaßnahmen der Westmächte gegen die in Westberlin legalisierte SED führen mußte,
  - weil sie sehr genau über die Mitgliederentwicklung der SPD in Ostberlin unterrichtet war und deshalb nicht ohne Grund auf eine Lösung des Problems ohne eigenes Zutun hoffen konnte,
  - da diese Maßnahme auch die für eine Aktionseinheit umworbene SPD-Basis treffen würde.
- Die Ostberliner SPD blieb für die SED immer eine als bedeutsame Quelle für die politische Stimmungslage in der Partei insgesamt. Das galt vor allem in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, als sich - aus sehr unterschiedlichen Motiven - SED und SPD gegen den Beitritt der Bundesrepublik in die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) sowie gegen die Aufstellung von Streitkräften aussprachen. Die gewünschten Informationen sollten vor allem aus SPD-Mitgliederversammlungen abgeschöpft werden, vor allem wenn Referenten des Landesvorstandes zu wichtigen Fragen referierten.<sup>154</sup>

„Wie aber waren solche Interna zu erlangen und vor allem kontinuierlich abzuschöpfen ? Wohn- bzw. Betriebsparteiorganisationen der SED, denen die Kreisleitungen solche Aufgaben immer wieder neu und mit wachsender Dringlichkeit zuwies, landeten allenfalls Zufallserfolge. Nachrichtendienstliche Perfektion war auch über den hauptamtlichen Apparat der SED nicht zu erreichen. So verfiel die SED auf die Lösung, diese Aufgabe der Volkspolizei zu übertragen. Dazu wurde eine zahlenmäßig kleine, sorgfältig abgeschirmte Gruppe bei jeder VP-Inspektion gebildet. Sie erhielt in dem umfangreichen Bereich des Paß/Melde/Erlaubniswesens die Referatsbezeichnung PM II b (auch verschiedentlich PM 2/b).“<sup>155</sup>

Die Verantwortlichen der Volkspolizei mußten wissen, „daß sie sich bei der Überwachung einer legalen Partei des direkten Rechtsbruches schuldig machten. Aber genau das trat ein, als man die dortigen Kreisverbände der SPD auf interne Weisung der SED-Führung der permanenten gedeckten Observation unterzog. Eine extreme Auslegung von Parteidisziplin setzte das Recht einfach außer kraft.“<sup>156</sup>

Daß die Ostberliner SPD in den Augen der SED niemals eine zu vernachlässigende Größe darstellte, belegt auch die Aufmerksamkeit und die Intensität der Beobachtung der Partei und ihrer Mitglieder durch die Staatssicherheit.<sup>157</sup> Aufgefundene Berichte belegen:

„1. Die Staatssicherheit wußte über die Aktivitäten der SPD genau Bescheid, wie es sich auch 1961 (und im übrigen auch nach 1989) erneut erweisen sollte und alle Vorsichtsmaßnahmen in der Partei, die u.a. bei Neueintritt drei Bürgen verlangte, waren eine vergebliche Mühe.

2. Die Intensität der Beobachtung durch die Staatssicherheit belegt aber auch, daß es bis 1961 (und danach) nicht wenig zu beobachten gab. Die Ost-Berliner SPD war also auch noch in den fünfziger Jahren keine bloße Fiktion mit Symbolcharakter.“<sup>158</sup>

In den Akten der Staatssicherheit überschneiden sich die Sachbereiche „Kampf gegen Sozialdemokratismus“ , „Reformismus“, „Entlarvung der Agenten des Ostbüros“ und „Schumacher-Agenten“. Die Sicherheitsorgane der SBZ und der DDR vermuteten praktisch überall die lange Hand illegaler und geheimdienstlich gesteuerter sozialdemokratischer Organisationen. Eine Beurteilung, ob es sich jeweils um politische Hysterie bzw. geplante Verfolgungskampagnen gegen Oppositionelle oder tatsächliche Versuche illegaler

<sup>154</sup> Podewin, S.30-32.

<sup>155</sup> Ders., S.32.

<sup>156</sup> Ders., S.34.

<sup>157</sup> Heimann, S.1672f.

<sup>158</sup> Ders., S.1673.

sozialdemokratischer Arbeit handelt, ist unter diesen Ausgangsbedingungen nur schwer möglich. Allgemein wurden SPD und Ostbüro von den Organen der DDR stark mystifiziert und damit auch teilweise überschätzt.<sup>159</sup>

Die SED-Kreis- und Bezirksvorstände waren sehr gut über SPD-Aktivitäten unterrichtet: vor allem durch:

- die Überwachung der SPD durch Staatssicherheit und eine Sondergruppe der Volkspolizei,
- weiterbestehende Kontakte zwischen älteren Mitgliedern von SPD und SED,
- den Versuch, Sozialdemokraten zu Meinungsäußerungen über die verschiedensten Tagesfragen zu bewegen,
- die Gewinnung von SPD-Mitgliedern als Informanten.

Aus heutiger Sicht besonders auffallend ist dabei der offene Widerspruch zwischen den reichlich zur Verfügung stehenden Fakten und den daraus gezogenen Schlüssen, so überschätzte die SED lange Zeit die Stärke von oppositionellen Strömungen innerhalb der SPD und die Möglichkeit, sich dieses Potential im eigenen Sinne nutzbar machen zu können.

Der SED-Landesvorstand (später Bezirksleitung) führte in einer gesonderte Kartei die Daten sozialdemokratischer Funktionäre. In bestimmten Fällen erhielten die SED-Kreisleitungen von dort Namen und damit verbundene Aufträge.<sup>160</sup>

„Seit Mitte der fünfziger Jahre nahm das Interesse der SED an der Ostberliner SPD zeitweilig ab. Die Gründe waren mehrschichtig. Zum einen war nun die Bundesrepublik Deutschland politisch und militärisch in atlantische Bündnissysteme integriert; die DDR hatte ihrerseits nachgezogen. Zum andern wurde es um Westberlin vorerst relativ still - die Westmächte hatten Bonner Aktivitäten ganz offensichtlich auf ein Mindestmaß begrenzt. So hatte dort der Bundestag 1955 ein einziges Mal - vom 19. bis 21. November - getagt. Ein Jahr später waren eine Bundesratssitzung (15. März) sowie eine Kabinettagung (10. November) gefolgt. Am 15. Oktober 1957 schließlich konstituierte sich der 3. Deutsche Bundestag in der Stadt. Östliche Proteste hatten sich in Grenzen gehalten; eine Eskalation schien beiden Seiten in diesem Zeitraum offenbar unerwünscht.“<sup>161</sup>

Doch 1958 änderte sich die Situation durch den V. Parteitag der SED und das Chruschtschow-Ultimatum grundlegend. Mit der vom Parteitag geforderten Erfüllung der „ökonomischen Hauptaufgabe“ innerhalb von drei Jahren setzten sich Staats- und Parteiapparat selbst unter Zeitdruck. Im Chruschtschow-Ultimatum sahen weite Teile der Bevölkerung eine Gefährdung des „Notausganges“ Westberlin, die Flüchtlingszahlen stiegen an und degradierten die hochgespannten Planvorhaben des V. Parteitages zu Wunschträumen. Die SED-Führung ignorierte den Bruch zwischen Wollen und Können und setzte auf eine Verstärkung ihrer ideologischen Tätigkeit.

Mit Blick auf die „Freie Stadt Westberlin“ rückten dabei besonders die Ostberliner Sozialdemokraten in ihr Blickfeld. Obwohl ihre Mitgliedszahl geschrumpft war, verfügten die

---

<sup>159</sup> Vgl.: Wollé, S.2945.

<sup>160</sup> Podewin, S.11-19.

<sup>161</sup> Ders., S.42.



Ostberliner Kreisorganisationen doch über stabile Verbindungen in den Westteil, diese sollten jetzt nutzbar gemacht werden.

Durch die schon erwähnten „offenen Briefe“ sollte vor allem die Mitgliedschaft der SPD in Gegensatz zu den hauptamtlichen Funktionären gebracht werden.<sup>162</sup>

Diese Briefe wurden sowohl von den SED-Kreisleitungen geschrieben, als auch vom Zentralkomitee der SED und seinem Ersten Sekretär, Walter Ulbricht. Von ihnen versprach sich die SED eine hohe Wirksamkeit, anders lassen sich Zahl und Umfang kaum erklären.

Ein Brief Ulbrichts vom Juli 1960, der in seiner Art bei weitem keine Ausnahme darstellte, umfaßte beispielsweise 11 Schreibmaschinenseiten. In ihm erklärte er den 30.06.1960 zu einem schwarzen Tag für die SPD. „An diesem 30. Juni 1960 erklärten sich die Vertreter Eurer Partei im Bonner Bundestag offen für den Vorrang der NATO-Interessen und der Interessen des Bündnisses der USA mit Westdeutschland vor den nationalen Interessen des deutschen Volkes und der Wiedervereinigung. ... Die rechten sozialdemokratischen Führer gaben preis, was bisher den Sozialdemokraten heilig war, wofür Sozialdemokraten gekämpft und gelitten.“<sup>163</sup>

In dieser Argumentation findet sich die SED-typische Unterscheidung in „gute“ Sozialdemokraten einerseits und den rechten Führern andererseits wieder. Als Hauptgegner werden Wehner und Erler ausgemacht. In wiederkehrenden Variationen zur angeprangerten Unterordnung der SPD unter die CDU-Politik heißt es: „Aber Wehner und Erler sagten auch hierzu: ja! Und die anderen sozialdemokratischen Abgeordneten schwiegen!“<sup>164</sup>

Die SED selbst präsentierte sich als Retter nicht nur in der Klassenfrage sondern auch bei der Lösung der nationalen Frage. „Jetzt wird sich noch stärker als bisher die nationale Bedeutung der konsequenten Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik zeigen, die Euch stärkste Stütze und Bundesgenosse ist. Mit uns müßt Ihr zusammenarbeiten, wenn Ihr siegen wollt.“<sup>165</sup>

Im Januar 1960, anlässlich der Demonstration zum Grab von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, versuchte die SED einen Keil in die SPD im Prenzlauer Berg zu treiben. In einem Brief an alle Sozialdemokraten des Bezirks Prenzlauer Berg forderte sie auf, geschlossen zur Gedenkstätte der Sozialisten nach Friedrichsfelde zu demonstrieren. Im Brief heißt es u.a.: „In verschiedenen Aussprachen mit Genossen der SPD im VEB Treff-Modelle, im VEB Gasversorgung, im Rettungsamt und mit sozialdemokratischen Handwerksmeistern sowie mit SPD-Genossen aus den Abteilungen 1, 4, 5, 12 und 13 haben viele erklärt, daß die Demonstration nach Friedrichsfelde Sache jedes klassenbewußten Arbeiters ist und sie es sich deshalb nicht nehmen lassen werden, an diesem Tag gemeinsam mit uns zu demonstrieren. Damit beweisen sie in der Tat, daß sie bewußt gegen Militarismus, Faschismus und Revanchismus, gegen den Bonner Militaristenstaat und gegen die von Brandt inzenierte

---

<sup>162</sup> Ders., S.42-44.

<sup>163</sup> Offener Brief des ZK der SED an die Sozialdemokraten, vom 15.07.1960, S.1, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD - Landesverband Berlin, Mappe: SPD 41, IV. Bezirk, Prenzlauer Berg und Mitte, Dokument: 0119.

<sup>164</sup> Ebenda, S.2.

<sup>165</sup> Ebenda, S.10.

Störenfriedpolitik eintreten. Sie geben das Beispiel für alle Sozialdemokraten, wie man gegen die Vorbereitung eines neuen Krieges kämpfen muß.“<sup>166</sup>

Diese Passage zeigt:

- unbeabsichtigt und durch die Auswahl eingeschränkt das Vorhandensein nicht weniger Sozialdemokraten im Prenzlauer Berg, was wichtig war, wenn man bedenkt, daß u.a. Otto Grotewohl 1958 beteuert hatte, es gebe in der DDR keine Sozialdemokraten mehr.<sup>167</sup>
- die geschickte Ausnutzung von Arbeitertraditionen durch die SED für eigene Szenarien,
- die Verbindung von auch unter Sozialdemokraten unbestrittenen Anliegen mit Schlußfolgerungen, die durchaus nicht zwangsläufig sind, aber als zwangsläufig dargestellt werden.
- ungeheuerliche Unterstellungen.

In einem weiteren Brief schrieb der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Prenzlauer Berg, Albert Kropius: „Eure Kreisdelegiertenvertreter-Konferenz (vom Sonnabend, dem 13. Februar), wurde, nachdem sich alle Delegiertenvertreter von ihren Plätzen erhoben hatten, vom Vorsitzenden Eures Kreisvorstandes, Genossen Kitte, mit dem faschistischen Gruß geschlossen „Sieg heil!“ War das notwendig? Mußte sich ein alter Sozialdemokrat wie Genosse Kitte dazu hinreißen lassen?“<sup>168</sup>

In Friedrichshain gab es 1958 Unruhe unter den SPD Mitgliedern durch eine ganz besondere Form der „offenen Briefe“. „Dem Zwecke Uneinigkeit in der Partei hervorzurufen dienten eine Reihe gedruckter „offener Briefe“ der SED-Kreisleitung, die dem grössten Teil unserer Mitglieder in gewissen Abständen zuzugingen. Auf die persönliche Verunglimpfung leitender Funktionäre des Kreises zielte besonders eine Art von vervielfältigten Briefen hin, die in etwa 2-3 monatlichen Abständen vielen Genossen zugesandt werden. Diese Aktion, als deren Urheber eine anonyme „Gruppe alter Mitglieder“ zeichnet, die als Absender einen Druckkastenstempel: „SPD - Kreis Friedrichshain“ verwendet, läuft jetzt seit ca. 2 Jahren. Wenn auch die in den Schreiben erhobenen Anwürfe Lügen oder völlige Verdrehungen sind, so müssen wir doch daraus ersehen, dass gewisse Gewährsleute der Briefschreiber dem Kreise angehören.“<sup>169</sup>

Andere Methoden der SED in der Auseinandersetzung mit der Ostberliner SPD waren:

- eine weitgehende Kontrolle der SPD-Kreisorganisationen durch:
  1. die polizeiliche Anmeldepflicht für nicht in parteieigenen Räumen stattfindende Veranstaltungen,

---

<sup>166</sup> Brief der SED-Kreisleitung Prenzlauer Berg an alle Sozialdemokraten im Bezirk Prenzlauer Berg, vom 11.01.1960, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD - Landesverband Berlin, Mappe: SPD 41, IV. Bezirk, Prenzlauer Berg und Mitte, Dokument: 0024.

<sup>167</sup> BS v. 26.4.1958.

<sup>168</sup> Brief der SED-Kreisleitung Prenzlauer Berg an Sozialdemokraten, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD - Landesverband Berlin, Mappe: Kreis V, Friedrichshain. Hier wird der von der SED genutzte Wortschatz besonders deutlich, teilweise erinnert die Ungeheuerlichkeit der Vorwürfe an kommunistische Schauprozesse.

<sup>169</sup> SPD - Kreis Friedrichshain, Organisationsbericht für das Jahr 1958, S.2. Einige dieser Briefe findet man in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD - Landesverband Berlin, Mappe: Kreis V, Friedrichshain. Die vorgebrachten Anschuldigungen gegen einige Funktionäre beziehen sich vor allem auf angebliche: Trinkgewohnheiten, Veruntreuungen, Liebschaften, undemokratische Manöver bei Parteiwahlen u.ä. Diese teils unter die Gürtellinie gehenden Anschuldigungen überdeckten die auch dahinter ausgetragene Rechts-Links-Auseinandersetzung im Kreis. Das auch die SED in diese Aktion verwickelt war, zumindest die Differenzen in ihrem Sinne instrumentalisierte, ist stark anzunehmen, konnte aber nicht 100 %ig nachgewiesen werden. Die damals zugefügten Verletzungen erhalten teilweise bis heute die Feindschaft zwischen noch lebenden Protagonisten.

## 2. Infiltration.

- das unter Druck setzen privater Gastwirte, der SPD keine Räume für Veranstaltungen zu überlassen; hinzu kam die Schließung bzw. Umwandlung privater Lokale in HO-Gaststätten; in Friedrichshain konnten dadurch z.B. 1958 von ehemals 20 Vereinszimmern nur noch drei von der SPD genutzt werden,
- die unterschiedliche Behandlung von SPD-Mitgliedern in den volkseigenen Betrieben, z.B.
  - politische Gespräche mit den Kaderabteilungen,
  - Versuche, Stellungnahmen von SPD-Mitgliedern herauszupressen, die im Gegensatz zu SPD-Positionen stehen und deren Veröffentlichung in betriebseigenen Zeitungen,
  - Versuche, Sozialdemokraten bei Kollegen in Mißkredit zu bringen,
  - Maßnahmen, die zur Arbeitsgesetzgebung im Widerspruch stehen, wie z.B.
    - Zurückstufungen im Lohn,
    - Zurückstufungen in der Art der Tätigkeit,
- das Erteilen von Reise genehmigungen nur unter Zusagen der Kaderabteilung,<sup>170</sup>
- die Herausgabe von vermeintlich sozialdemokratischen Presseerzeugnissen, deren Urheber aber in Wirklichkeit die SED ist,<sup>171</sup>
- Besuche von geschulten SED-Funktionären am Arbeitsplatz oder in den Wohnungen von Sozialdemokraten,
- Ausnutzung von Neid und Mißgunst durch den SSD, was zu Denunziationen durch Nachbarn etc. führte,
- Unterstellung von verbotenen Tätigkeiten (z.B. Weitergabe von westlichen Zeitungen, Vertrieb von Karten für Veranstaltungen in Westberlin), um Sozialdemokraten zur Zusammenarbeit mit SED/SSD zu zwingen,
- Angebote von kostenlosen Moskau-Reisen für Sozialdemokraten und deren Ehefrauen,
- Einbeziehung kommunaler Stellen, um unter verschiedenen Vorwänden die Wirkungsmöglichkeiten von Ostberliner Sozialdemokraten einzuschränken; so sollte z.B. mit Hilfe der Kommunalen Wohnungsverwaltung die Kreisorganisation Weißensee gezwungen werden, das seit 12 Jahren über den Parteiräumen angebrachte SPD-Schild zu entfernen.<sup>172</sup>

Keine Seltenheit waren außerdem Kampagnen der SED gegen einzelne prominente Funktionäre der Ostberliner SPD, so z.B.

- gegen den Stellvertretenden Kreisvorsitzenden der SPD des Kreises Friedrichshain, Hans Schmidt, im Januar 1958,<sup>173</sup>
- gegen den Friedrichshainer SPD-Kreisvorsitzenden und Mitglied des Bundestages, Kurt Neubauer im Sommer 1960,<sup>174</sup>
- gegen den Politischen Sekretär der SPD-Kreisleitung Prenzlauer Berg und Mitglied des Abgeordnetenhauses, Willy Bartsch.

<sup>170</sup> Vgl. mit: Stellungnahme des Kreissekretariates der SPD-Friedrichshain v.16.9.1960, S.1f, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD-LV Berlin, Mappe: Kreis V, Friedrichshain.

<sup>171</sup> Vgl. u.a. mit dem Protokoll des 15.LPT der Berliner SPD am 13.4.1958, S.89f.

<sup>172</sup> SPD - Kreis Weißensee, Jahresbericht 1959/60, S.1. Außerdem dazu: Briefwechsel Kommunale Wohnungsverwaltung Weißensee - SPD Weißensee vom Oktober 1959, in: Landesarchiv Berlin, BPA II/A/4-/102.

<sup>173</sup> BS v. 25.1.1958: Schmidt wurde u.a. unterstellt, ihm wären Atombombenraketen in Westdeutschland lieber als die Zusammenarbeit aller friedliebenden Kräfte.

<sup>174</sup> Vgl. dazu: Telegraf v. 14./19./26.8.1960 und außerdem Vorwärts v. 26.8. und 2.9.1960. Am 25.8.1960 war Willy Brandt zur Unterstützung Neubauers nach Friedrichshain geeilt und erklärte u.a.: „Diese Hetze gegen unsere Freunde ist ein Teil einer Kampagne, die Westberlin allgemein betrifft, und es gibt eine Verzahnung zwischen einem neuen Versuch der Ulbricht-Leute, die westberliner Situation zu verändern, und der Hetze im Ostsektor von Berlin.“ Vgl. dazu: Auszug aus der Rede Willy Brandts am 25.8.1960 vor Funktionären des Kreises Friedrichshain, S.1, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD - Landesverband Berlin, Mappe: KreisV, Friedrichshain.

Anlaß der im Juli 1960 gestarteten Kampagne gegen Bartsch war der Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 23. Juni 1960 über die Übernahme des Lücke-Planes<sup>175</sup> für Westberlin, auch Willy Bartsch hatte dafür gestimmt. Albert Kropius, der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Prenzlauer Berg, wandte sich daraufhin mit einem Brief an die Genossinnen und Genossen der Sozialdemokratischen Partei, gleichzeitig wurde der Brief in verschiedenen Ostberliner Zeitungen veröffentlicht.<sup>176</sup> Die SED bediente sich folgender Mittel, SPD-Mitglieder und Außenstehende gegen sozialdemokratische Funktionäre aufzubringen und gleichzeitig Druck auf Bartsch auszuüben:

- Mißgunst und Sozialneid,
- genaue Angabe der Adresse von Bartsch,
- Gleichsetzung der Zustimmung zum Lücke-Plan mit militaristischer, kriegstreiberischer Politik,
- Einbeziehung angeblich geschichtlich bewiesener Tatsachen in die Beweisführung,
- Unterstellung einer Zusammenarbeit von sozialdemokratischen Führern mit Hitler,
- Präsentation der eigenen Vorschläge zu Friedensvertrag und Berlin-Status als einzig mögliche Alternative im Sinne der Werktätigen.<sup>177</sup>

Eine weitere Methode der SED zur Entmutigung und Benachteiligung von SPD-Mitgliedern waren Kündigungen aus politischen Gründen, die „politischen Maßregelungen“.

Für die große Zahl der politisch Gemaßregelten SPD-Mitglieder in Ostberlin seien an dieser Stelle stellvertretend Max Dankulade und Max Bernitt genannt.

- Max Dankulade wurde am 15.01.1958 von seinem Arbeitgeber, BEWAG-Ost, Werk Klingenberg, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen. Im Kündigungsschreiben wurde dies damit begründet, daß er unter dem Einfluß des Ostbüros stehe, wiederholt an konspirativen SPD-Treffen teilgenommen habe und Unruhe und Unsicherheit im Betrieb verbreitet habe.<sup>178</sup>
- „Gen. Bernitt war im Transformatorenwerk Oberschöneweide tätig und wurde in der Betriebszeitung wegen seiner Nichtteilnahme an befohlenen Kundgebungen

---

<sup>175</sup> Die Übernahme des Lücke-Planes (Paul Lücke war Wohnungsbauminister der Bundesrepublik) führte u.a. zu Mieterhöhungen für die Westberliner Bevölkerung.

<sup>176</sup> Vgl. mit folgenden 2 Artikeln: „Kämpft mit uns gemeinsam“ - Brief des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung Prenzlauer Berg vom 09.07.1960 und „Er hat seine Wähler hintergangen!“, in: Unser Prenzlauer Berg. Zeitung der Nationalen Front - Stadtbezirksausschuß Prenzlauer Berg, 4.Jg.-2.Ausgabe Juli 1960, S.2, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD - LV Berlin, Mappe: SPD 41, IV. Bezirk, Prenzlauer Berg und Mitte, 0038.

<sup>177</sup> Ebenda. Im Artikel: „Er hat seine Wähler hintergangen“ heißt es u.a.: „Einer der Abgeordneten, die dem Mietwucher-Plan zustimmten, ist Herr Bartsch. Er wohnt im demokratischen Berlin, in unserem Stadtbezirk, in der Dunckerstraße 68. Ihm fiel es leicht, dieses Gesetz anzuerkennen. Er bewohnt eine 32 Quadratmeter große Wohnung mit Innentoilette und bezahlt monatlich 35 DM Miete ! Seine Wohnung ist vor kurzem renoviert worden, und der hintere Teil des Hauses, in dem er wohnt, wurde neu verputzt. Er braucht deshalb keinen Pfennig mehr Miete zu bezahlen. Seine Wähler aber müssen in Westberlin für weitaus schlechtere Wohnungen mindestens das Doppelte zahlen.“ und in „Kämpft mit uns gemeinsam !“ heißt es u.a.: „Sollte er doch statt 35,- DM monatlich 47,- DM Miete zahlen ! Dann würde dieser Mehrbetrag sogar dem friedlichen Aufbau und der Wiedervereinigung dienen, zumal er von seinen 50% Westgeld nicht wenig umwechsetelt und dafür Geschenke in Westberlin macht, die er hier einkauft. Die Hausbewohner in der Dunckerstraße 68 können darüber ein Lied singen. ... Keiner wird abstreiten können, daß Bartsch wieder einmal aktiv die militaristischen Kriegstreiber Adenauers unterstützt hat! ... Die sozialdemokratischen Führer, die mit Hitler gingen, marschierten in die Katastrophe - die mit der Arbeiterklasse und dem Volke gingen, kämpften gegen Faschismus und Krieg. Es ist eine geschichtlich bewiesene Tatsache, daß der, der sich den Militaristen verkauft oder ihnen Handlangerdienste leistet, dem Untergang geweiht ist.“

<sup>178</sup> Brief der Abteilung Mitgliederbetreuung an das Landesarbeitsamt Berlin, vom 21.01.1958, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD - Landesverband Berlin, Mappe: 3/BEAB 000567, Mitgliederbetreuung: Gemaßregelte Mitglieder A-B, 1954-1961.

angegriffen. Er wurde dann gemäßregelt, von seinem Posten entfernt und als Schraubensortierer beschäftigt. Am 5. Juni 1958 wurde er dann fristlos entlassen.“<sup>179</sup>

1957 verloren 61 Sozialdemokraten ihren Arbeitsplatz in Ostberlin aus politischen Gründen, 1958 waren es 94, im Jahr darauf 33 und 1960 waren es 40 Entlassungen. Hinzu kamen zahlreiche Verhaftungen, so gab es beispielsweise 1959 29 Verhaftungen von Sozialdemokraten und 10 Entlassungen aus der politischen Haft.<sup>180</sup>

1959, im Jahresbericht des Kreises Köpenick auch als „Jahr der Konferenzen und Gespräche auf höchster Ebene“ bezeichnet, wurden von der SED keine gezielten Aktionen gegen SPD-Genossen des Kreises unternommen, ausgenommen Einzelaktionen übereifriger Funktionäre. Dies war ein Grund dafür, daß nur 11 Mitglieder in den Westen übersiedelten, während es 1958 noch 35 waren.<sup>181</sup>

1960 verschärfte sich die Situation wieder. Im April 1960 protestierte die SPD-Kreisorganisation Prenzlauer Berg bei der Volkspolizei-Inspektion mit einem Brief dagegen, daß die Mitgliedschaft in der SPD ausschlaggebend für unmenschliche Entscheidungen bei der Paßvergabe sei. Im konkreten Fall wollte eine Genossin ihren 82jährigen, kranken Vater in der Tschechoslowakei besuchen, die Ausstellung eines Passes wurde wiederholt abgelehnt. Das Kreissekretariat schrieb u.a.: „Wir sind es gewohnt, dass unsere Mitglieder in Ostberlin in jeder erdenklichen Weise benachteiligt werden und sind allmählich auch den Zynismus gewohnt, den man bei diesen Verfahren unseren Mitgliedern bei den jeweiligen Stellen entgegenbringt. Wir glauben aber, dass dieser Fall alles Ausdenkbare übertrifft.“<sup>182</sup>

Anfang Mai 1960 erhielten Willy Bartsch und Walter Kitte von der Volkspolizei-Inspektion eine „Vorladung in eigener Sache“. Die zusätzliche Teilnahme von Walter Sydow wurde von der VP abgelehnt, daraufhin sagte der Kreisvorsitzende Kitte die Unterredung ab.

Deshalb wurde Willy Bartsch dann vom Staatsanwalt des Prenzlauer Bergs zu einer Rücksprache eingeladen.<sup>183</sup> An der Besprechung nahmen Willy Bartsch, Walter Kitte, der Staatsanwalt und eine vom Staatsanwalt hinzugezogene Person teil. Der Staatsanwalt räumte zwar allgemein den Bürgern ein Beschwerderecht ein, charakterisierte aber die ihm

---

<sup>179</sup> Brief der Abteilung Mitgliederbetreuung an Herrn Gärtner, Mitglied des Betriebsrates der Fa. AEG - Turbine, vom 14.11.1958, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD - Landesverband Berlin, Mappe: 3/BEAB 000567, Mitgliederbetreuung: Gemäßregelte Mitglieder A-B, 1954-61.

<sup>180</sup> Vgl. mit SPD Jahresbericht 1957/58 des Berliner SPD-Landesverbandes, S.145f, dem Jahresbericht 1959 des Berliner SPD-Landesverbandes, S.63f und dem Jahresbericht 1959/60 des SPD-Landesverbandes Berlin, S.88, alle in: ABI Berlin. Vgl. zu den besonders einschneidenden Ereignissen des Jahres 1958 in der Kreisorganisation Köpenick, d.h. den Verhaftungen der Sozialdemokraten Kurt Horn (Abt.16/2) und Erich Pietsch (Abt.16/9) wegen staatsfeindlicher Äußerungen, mit: SPD - Kreis Köpenick, Jahresbericht 1958, S.2. Hier heißt es: „Nach je 4-monatiger Untersuchungshaft wurde Gen. Horn zu 18 Monaten und Gen. Pietsch zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Gen Pietsch ist nach seiner fristgemäßen Entlassung mit Familie nach Westberlin geflüchtet. Im Fall Horn beabsichtigen wir, nach einer angemessenen Frist ein Gnadengesuch einzureichen. Beiden Genossen wurde Rechtsbeistand gewährt. Anfang Juni setzte eine Welle von Entlassungen in den VEB's ein. Allein im TRO-Karl Liebknecht wurden mit einem Schlag 5 SPD-Genossen und / DAG-Mitglieder aus eindeutig politischen Gründen fristlos entlassen. Diese Tatsachen waren nicht zuletzt Anlaß zu einer Presse-Konferenz, welche vom Landesverband veranstaltet wurde. Diese Häufung von Maßregelungen führte auch zu Klagen vor dem Stadtarbeitsgericht, um möglichst grundsätzliche Entscheidungen zu erreichen.“

<sup>181</sup> SPD - Kreis Köpenick, Jahresbericht 1959, S.1.

<sup>182</sup> Brief an die Volkspolizei-Inspektion Prenzlauer Berg, vom 27.04.1960, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD - Landesverband Berlin, Mappe: SPD 41, IV. Bezirk, Prenzlauer Berg und Mitte, Dokument: 0029.

<sup>183</sup> Aktennotiz vom 07.05.1960 und Abschrift des Briefes des Staatsanwaltes im Stadtbezirk Prenzlauer Berg, vom 24.06.1960, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD - Landesverband Berlin, Mappe: SPD 41, IV. Bezirk, Prenzlauer Berg und Mitte, Dokumente: 0031 und 0033.

vorliegenden Formulierungen als ungerechtfertigt, übertrieben und den Tatbestand der Staatsverleumdung erfüllend.<sup>184</sup>

„Der Gen. Bartsch erwiderte daraufhin, dass alle Beschwerden, die von unseren Mitgliedern in Paßfragen erhoben worden seien und zwar sogar beim „Oberbürgermeister“ Ebert und manchmal sogar (in beiden Fällen ohne unseren Rat) beim Präsidenten Pieck in jedem Falle ohne Erfolg geblieben sind. Es sei im Laufe der Jahre eine solche Menge von Klagen und empörten Vorstellungen unserer Genossen im Kreisbüro erhoben worden, dass sich der Kreis veranlasst gesehen habe, in einem besonders gravierenden Falle in Wahrnehmung der Interessen seiner zahlreichen Mitglieder einen Schritt zu unternehmen. Die in dem Schreiben an die Volkspolizei-Inspektion inkriminierten Äußerungen wie „unmenschlich“ bezögen sich auf die objektive Wirkung, die die ständigen Absagen bei unseren Mitgliedern gehabt hätten. In zahlreichen Fällen, die wir aber nicht gesammelt und protokolliert hätten, seien von unteren Organen der Volkspolizei Begründungen der Ablehnung in einer Form gegeben worden, die unsere Mitglieder empört hätten und die von uns in dem Schreiben erhobenen Behauptungen rechtfertigten.“<sup>185</sup>

Im Laufe der Unterredung wurde Willy Bartsch vom Staatsanwalt für den Wiederholungsfall eines die Einleitung eines Verfahrens angedroht.<sup>186</sup>

Eine derart offene Kritik an der Paßvergabepraxis war also unerwünscht, Bartsch sollte eingeschüchtert werden. Im Juli des gleichen Jahres folgte die bereits oben geschilderte SED-Kampagne gegen Bartsch im Zusammenhang mit seiner Zustimmung zur Übernahme des Lücke-Planes.

In der angespannten Atmosphäre des Sommers 1960, in dem SED Kampagnen gegen Gretel Berger-Heise und Kurt Neubauer noch hinzu kamen, gab das Friedrichshainer SPD-Kreissekretariat folgende Stellungnahme ab: „Aus der Tatsache, dass der Kommunismus in der Sozialdemokratie seinen größten Gegner sieht, lässt sich erklären, dass auch gerade wir hier in Ostberlin Einschüchterungsversuchen aller Art, bis zur völligen Sabotierung unserer Wirkungsmöglichkeiten als Partei, ausgesetzt sind. Diese Tatsache wird nicht nur in unserem Kreis zu verzeichnen sein, sondern wird auch überall dort Anwendung finden, wo Sozialdemokraten im Einflußbereich der Kommunisten leben müssen.“<sup>187</sup>

Die SED-Medien in der DDR waren jederzeit bereit, „oppositionellen“ Sozialdemokraten ein Podium zu bieten und damit Tendenzen der Spaltung und der Uneinigkeit in der SPD zu verstärken.<sup>188</sup> Ostberliner Sozialdemokraten spielten in der DDR-Presse nur dann eine Rolle,

- wenn sie verleumdet werden sollten bzw. die SED glaubte, sie bei einem Vergehen ertappt zu haben, was seitens „ehrlicher“ Sozialdemokraten und anderer Bürger Abscheu hervorrufen und damit Sympathien für die SED bringen würde,
- wenn sie in Opposition zu offiziellen Positionen der SPD standen.

<sup>184</sup> Gedächtnisprotokoll vom 29.06.1960, S.1, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD - Landesverband, Mappe: SPD 41, IV. Bezirk, Prenzlauer Berg und Mitte, Dokument: 0032.

<sup>185</sup> Ebenda, S.1.

<sup>186</sup> Ebenda, S.2.

<sup>187</sup> Stellungnahme des SPD-Kreissekretariats Friedrichshain, vom 16.09.1960, S.1, in Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD - Landesverband Berlin, Mappe: Kreis V, Friedrichshain.

<sup>188</sup> Vgl. z.B. mit der Berliner Zeitung v.14.1.1958, wo es explizit heißt: „Im Interesse Berlins ist die „Berliner Zeitung“ jederzeit bereit, jedem Sozialdemokraten, der es ehrlich meint, ihre Spalten zu öffnen.“ Die Umsetzung dieses Angebotes zeigt u.a. die Berliner Zeitung v.6.9.1960, in der laut Bericht der Ostberliner sozialdemokratische Arbeiter Erich Gehlhaar „trotz der Drohung seiner Parteileitung nicht scheute, offen seine Meinung zu bekunden. ... „Wir Mitglieder der SPD wollen endlich, daß mit der Frontstadtpolitik und mit der Hetze gegen die DDR Schluß gemacht wird. Es ist höchste Zeit, daß die SPD mit der SED sich zusammensetzt und Maßnahmen berät, wie Militaristen und Revanchisten gebändigt und der Friede gesichert werden kann.“ In diesem Zusammenhang appellierte er an alle SPD-Genossen, nicht mit der CDU für den totalen Atomkrieg, sondern mit der SED sich für den totalen Frieden einzusetzen.“

Relativ häufig wandte sich die SED auch an Westberliner oder westdeutsche Sozialdemokraten, um sie mit ihrer Führung zu entzweien. Ein aus der Nazizeit entlehnter Sprachgebrauch und Zynismus waren dabei keine Seltenheit.<sup>189</sup>

Einerseits waren die Ostberliner SPD-Kreisorganisationen für die östlichen Behörden „nur“ so gefährlich, wie jegliche andere Abweichler von der realsozialistischen Norm, andererseits mußten sie für die SED aber immer eine reale und vielleicht nur noch nicht aktivierte Gefahr darstellen, was aus der Kombination von

- hoch entwickelten Organisationsstrukturen,
  - genaue Kenntnis der Verhältnisse vor Ort und damit möglicher SED-Schwachstellen und
  - der Einbindung in den starken Gesamtberliner Landesverband der SPD
- resultierte.

### 3.2.6. Möglichkeiten der Disziplinierung innerhalb der SPD

Die SPD als Gesamtorganisation stand unter einem enormen Abgrenzungsdruck gegenüber der SED. Nur so konnte sie im westlichen System auf Akzeptanz und Wahlerfolge hoffen. Die KPD hatte seit dem Herbst 1945 versucht, eine eigenständige Existenz einer sozialdemokratischen Partei unmöglich zu machen. Sie setzte auf eine vereinigte Arbeiterpartei unter ihrer Vorherrschaft und startete als dieses Vorhaben in Gesamtdeutschland nicht gelang, vielfältige Versuche die SPD zu unterwandern und so doch noch zum Erfolg zu kommen.

In der Atmosphäre des Kalten Krieges reagierte die SPD hart, um ihre Organisation zu schützen. Die durch das Statut gegebenen Disziplinierungsmöglichkeiten wurden mehrmals verschärft und rigoros angewendet.

Parteiordnungsverfahren, allgemeine Verfahrensbestimmungen und der Sofortausschluß werden in der SPD durch die §§ 27-29 des Organisationsstatuts geregelt. „Der § 29 des Organisationsstatuts mit dem Recht der Bezirksvorstände und des Parteivorstandes, ein Mitglied bei Vorliegen besonderer Voraussetzungen mit sofortiger Wirkung auszuschließen, ist erst auf dem Hamburger Parteitag im Jahre 1950 in das Organisationsstatut eingefügt worden. Der Münchener Parteitag 1956 hat mit der Neuregelung der Rechtsmittel (Beschwerde an das Schiedsgericht beim Parteivorstand) eine wesentliche Änderung und Verschärfung gebracht. Es ist nach der Neufassung möglich, ein Mitglied ohne mündliche Verhandlung auszuschließen.“<sup>190</sup>

Im April 1959 wandte sich das Schiedsgericht beim Parteivorstand der SPD an alle Kreissekretariate, um angesichts der starken Zunahme von Sofortausschlüssen nach § 29 Organisationsstatut auf die besonderen Voraussetzungen des Sofortausschlusses hinzuweisen.<sup>191</sup>

---

<sup>189</sup> In der Berliner Zeitung v.18.8.1961 zeigt sich ganz besonders der Zynismus der SED gegenüber Sozialdemokraten, hier gegenüber den Westberlinern. Hans Kiefert, der 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung schreibt hier: „Euer Parteivorsitzender Brandt will euch weismachen, und viele von euch glauben noch daran, daß unsere Maßnahmen vom 13. August gegen euch und gegen die Berliner gerichtet sind. Denkt mal fünf Minuten nach, liebe Genossen. Seid ihr nicht selbst froh, daß wir euch die Grenzgänger vom Halse genommen haben? In euren Betrieben seid ihr doch jetzt die ärgsten Lohndrücker los, diese würdelosen Menschen, die nur danach gierten, die Spaltung der Stadt und den Währungsschwindel auszunutzen und jedem Arbeiter in den Rücken fielen, bei euch und bei uns.“

<sup>190</sup> Vorstand der SPD (Hg.), Anleitung für das Parteiordnungsverfahren (9/58), S.19, in: Landesarchiv Berlin, BPA II/A/0/017.

<sup>191</sup> Vgl. mit der Abschrift der Information des SPD-Schiedsgerichts beim Parteivorstand für die Kreissekretäre vom 21.04.1959, in: Landesarchiv Berlin, BPA II/A/0/017. Ausführlich wird hier erläutert:

In den vorhandenen Unterlagen der Ostberliner SPD zwischen 1958 und 1961 findet man relativ häufig Fälle, in denen SPD-Mitglieder nach § 29 des Organisationsstatuts der SPD ausgeschlossen wurden, es ist aber nicht genau zu sagen, wieviel Prozent der Ausschlüsse sie insgesamt ausmachten.<sup>192</sup>

Einige Fälle seien an dieser Stelle kurz skizziert:

- Gen. R. aus dem Prenzlauer Berg erhob gegen die zuständige Abteilung den Vorwurf, bei Zuwendungen benachteiligt bzw. übergangen worden zu sein; die Abteilung ihrerseits verfügte über zuverlässige Hinweise, wonach R. regelmäßig Zuwendungen von der SED bzw. der Sozialhilfe erhalte; R. lehnte es ab, die Vorwürfe vor dem SPD-Kreisvorstand zu klären, er werde vielmehr bei der SED bekanntgeben, wie die SPD ihre Mitglieder behandle.<sup>193</sup>
- Gen. M. aus dem Prenzlauer Berg war nach Westberlin geflüchtet und kehrte nach der Durchschleusung durch das Rückkehrerlager wieder zurück. Sein Verhalten im Betrieb war nun parteischädigend, außerdem genieße er besondere Vorzüge.<sup>194</sup>
- Gen. Sch. aus Mitte verließ wegen Schulden und Betrügereien den Ostsektor. Er erhielt wahrscheinlich von den entsprechenden Stellen den Auftrag, als Flüchtling nach Westberlin bzw. nach Westdeutschland zu gehen.<sup>195</sup>
- Gen. P. aus Mitte war nach Informationen des Kreisvorstandes seit ca. 2 Jahren Mitarbeiter des SSD und gab in dieser Funktion fortlaufend interne Berichte weiter.<sup>196</sup>
- Gen. K. aus Lichtenberg wurde 1953 vom SSD zu Spitzeldiensten verpflichtet und trat auftragsgemäß 1957 in die Lichtenberger SPD ein. Für ca. 50 Berichte soll er in den vergangenen Jahren DM 500,- (Ost) erhalten haben.<sup>197</sup>
- Gen. G. aus Lichtenberg verpflichtete sich beim SSD durch seine Unterschrift. Außerdem besitze er keinen guten Ruf und verkehre in zweifelhafter Gesellschaft. Seine beiden

---

„§ 29 Organisationsstatut ist eine Ausnahmebestimmung, die nur in wirklichen Notfällen angewendet werden soll, in denen eine schwere weitere Schädigung der Partei allein durch den sofortigen Ausschluß verhindert werden kann. ... Der Ausschließungsgrund darf auch nicht zu lange Zeit zurückliegen.

Aus den sonstigen Vorschriften des Organisationsstatuts über das Parteiordnungsverfahren geht klar hervor, daß dem Beschuldigten grundsätzlich das Recht gewährleistet sein soll, seine Sache in mündlicher Verhandlung vor Schiedsgerichten in mehreren Instanzen zu vertreten. ...

§ 29 Organisationsstatut ist nicht dazu bestimmt, diese strengen Bestimmungen zum Nachteil des beschuldigten zu umgehen. Der Ausschluß aus der Partei ist eine einschneidende und für den Betroffenen schwerwiegende Maßnahme. Wir sollten das im Parteiordnungsverfahren nie vergessen.

Damit wird deutlich, daß nur in Ausnahmefällen die Beschwerde gegen den Sofortausschluß als offensichtlich unbegründet zurückgewiesen und damit der beschuldigte ohne jede mündliche Verhandlung aus der Partei ausgeschlossen werden kann (§ 29 Abs. 3a Organisationsstatut).

Die Verwerfung der Beschwerde ist nach dem Statut auch nur möglich, wenn sie offenbar unbegründet ist. Überall da, wo sich die Notwendigkeit herausstellt, daß Zeugen zu vernehmen sind, muß das ordentliche Schiedsverfahren stattfinden, da in den Beschwerdefällen nach § 29 vor dem Parteivorstandsschiedsgericht keine Zeugen vernommen werden können.

Eine sorgfältige Beachtung der Parteisatzungen ist auch schon deshalb erforderlich, weil die Betroffenen das Recht haben, wegen einer Verletzung von Parteisatzungen die ordentlichen Gerichte anzurufen. Ihr werdet mir zustimmen, daß wir es uns nicht leisten können, einen solchen etwaigen Rechtsstreit zu verlieren.“

<sup>192</sup> Vgl. z.B. Vorlagen bzw. Protokolle der Berliner Landesvorstands-Sitzungen, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD - Landesverband Berlin, Mappe: 3/BEAB 000563, Büro Stellv. Landesvorsitzender Josef Braun, Landesvorstands-Sitzungen 1960-61.

<sup>193</sup> Ebenda, Vorlage 4/60 beim LV, vom 01.02.1960.

<sup>194</sup> Ebenda, Vorlage 17/60 beim LV, vom 11.04.1960.

<sup>195</sup> Ebenda, Vorlage 13/60 beim LV, vom 28.03.1960.

<sup>196</sup> Ebenda, Vorlage 14/60 beim LV, vom 28.03.1960.

<sup>197</sup> Ebenda, Vorlage 25/60 beim LV, vom 16.05.1960.



Söhne kamen verschiedentlich mit dem Gesetz in Konflikt und sind mehrmals vorbestraft.<sup>198</sup>

- Gen. W. aus Lichtenberg erklärte sich zu einer Zusammenarbeit mit dem SSD bereit, da er andernfalls Schwierigkeiten an seinem Arbeitsplatz befürchtete, er unterrichtete aber immerhin seinen Abteilungsvorsitzenden davon.<sup>199</sup>
- Genossin S., Gen. St. und Gen. Z. aus dem Prenzlauer Berg verstießen durch eine Reise nach Moskau gegen die ihnen bekannten Richtlinien der Partei betreffs Ostkontakte.<sup>200</sup>
- Gen. Sch. aus Mitte leistete innerhalb des Kreises Spitzeldienste für den SSD.<sup>201</sup>
- Gen. T. aus dem Prenzlauer Berg nahm an einer vom SED-Kreissekretär organisierten Reise nach Moskau teil, obwohl er in Gesprächen mit dem Kreisvorsitzenden und dem Kreissekretär auf die Unvereinbarkeit mit den Beschlüssen über Ostkontakte hingewiesen wurde.<sup>202</sup>

Allein auf der Sitzung des Landesvorstandes vom 24.10.1960 lagen aus dem Kreis Prenzlauer Berg acht Anträge auf Sofortausschluß gem. § 29 Organisationsstatut vor.<sup>203</sup>

Bereits am 12.03.1959 faßte der SPD-Parteivorstand Beschlüsse über Kontaktaufnahmen zur DDR. In ihnen wurde einer Aktionseinheit mit der SED eine erneute Absage erteilt, SPD-Mitglieder wurden aufgefordert nicht an sog. „Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen“ o.ä. Veranstaltungen mit kommunalpolitischem oder gewerkschaftlichem Anstrich, teilzunehmen, da diese dem alleinigen Zweck dienten, Sozialdemokraten in getarnte organisatorische Beziehungen mit kommunistischen Organisationen zu bringen. Gleichzeitig wurde die Teilnahme an Werbung und Vorbereitung der kommunistischen Weltjugendspiele mit einer SPD-Mitgliedschaft für unvereinbar erklärt.<sup>204</sup>

Im Februar 1960 verabschiedeten Parteivorstand und Parteirat der SPD die sog. „Richtlinien für Ostkontakte“.<sup>205</sup> Diese Richtlinien bildeten nun den genau abgesteckten Rahmen, wie und

---

<sup>198</sup> Ebenda, Vorlage 34/60 beim LV, vom 04.07.1960. Gerade an diesem Beispiel zeigt sich, daß die Begründungen für den Sofortausschluß nach § 29 des Organisationsstatuts manchmal eher auf Vermutungen oder recht abenteuerlichen Vorwürfen beruhten. Mag der Wunsch nach Sofortausschluß bestimmter zweifelhafter Mitglieder auch verständlich gewesen sein, korrekt war der beschrittene Weg in diesem Fall nicht.

<sup>199</sup> Ebenda, Vorlage 35/60 beim LV, vom 04.07.1960.

<sup>200</sup> Ebenda, Vorlagen 36/60, 37/60 und 38/60 beim LV, vom 04.07.1960.

<sup>201</sup> Ebenda, Vorlage 41/60 beim LV, vom 01.08.1960.

<sup>202</sup> Ebenda, Vorlage 44/60 beim LV, vom 29.08.1960.

<sup>203</sup> Ebenda, Einladung zur Sitzung des Landesvorstandes, vom 24.10.1960.

<sup>204</sup> Vgl. mit Arbeit und Freiheit, Frühjahr 1960 (undatiert), S.22, in: Landesarchiv Berlin, BPA II/A/0/0/018.

<sup>205</sup> Vgl. BS v.6.2.1960: „Die folgenden Richtlinien für Ostkontakte sind von den zuständigen Gremien der Sozialdemokratischen Partei verabschiedet worden und damit für alle Parteimitglieder verbindlich.

1. Die SPD lehnt jede organisatorische und politische Beziehung zu kommunistischen Organisationen, besonders zur SED, ab. Sie hat immer wieder davor gewarnt, sich vom Kommunismus mißbrauchen zu lassen, weiß aber auch, daß bei der gegenwärtigen weltpolitischen Lage der absolute Verzicht auf jede Verbindung mit den östlichen Staaten eine wirksame Auseinandersetzung mit dem Kommunismus verhindert.
2. Die SPD erkennt die Notwendigkeit von Informationsreisen in kommunistische Staaten nur unter der Voraussetzung an, daß dabei die Unabhängigkeit der sozialdemokratischen Gesprächspartner gewahrt bleibt. Diese Bereitschaft erstreckt sich nicht auf offizielle Einladungen, Besuche oder Kontaktbemühungen sowjetzonaler Stellen.
3. Jeder Kontakt mit den Kommunisten, ohne deren Ausgangsposition zu kennen, ist nach Ansicht der SPD illusionär. Diese Ausgangsposition wird in dem Dokument damit gekennzeichnet, daß jede Kontaktaufnahme für den Kommunisten ein taktisches Mittel mit dem Ziel sei, den Gegner zu überlisten, ihn zu manipulieren und schließlich zu unterwerfen sowie den Kontakt zu Propagandazwecken und Einheitsmanifestationen zu mißbrauchen.
4. Die Bejahung der Demokratie durch die SPD muß bei jedem Kontakt eindeutig klargemacht werden.
5. Bei jedem Gespräch mit Kommunisten soll der Vertreter des demokratischen Sozialismus klarmachen, daß er mit der von der Sowjetunion erreichten Stufe der industriellen Entwicklung rechnet, sie aber in keiner Weise als Rechtfertigung des kommunistischen Anspruchs anerkennt, den Sozialismus verwirklicht zu haben.

unter welchen Bedingungen Kontakte zu kommunistischen Organisationen stattfinden sollten. Bei Verstößen konnte sofort mit § 29 Organisationsstatut reagiert werden. Bedroht von kommunistischer Unterwanderung waren, wie sich auch an den Richtlinien zeigte, nicht nur die Ostberliner Kreisorganisationen, sondern auch Organisationen in Westberlin und Westdeutschland.

Als bester Schutz gegen kommunistische Versuche der Kontaktaufnahme, Beeinflussung und Erpressung wurde angesehen, über Kontakte mit SED-Mitgliedern und Funktionären unverzüglich die Partei zu informieren.

Für den Berliner Landesverband beschloß der Landesausschuß auf seiner Sitzung am 2. Mai 1960 folgende Verfahrensweise: „Um unsere Mitglieder davor zu schützen, von den kommunistischen Feinden ihrer Partei mißbraucht zu werden, sollen alle Sozialdemokraten Berlins veranlaßt werden, den Landessekretär, Berlin W 35, Zietenstr. 18, umgehend davon zu unterrichten, welche Berührungspunkte mit Funktionären der SED sie haben. Dabei sind auch außerhalb der Politik liegende Möglichkeiten der Kontaktaufnahme, die von SED-Agenten benutzt werden könnten, zu beachten. Kontakte mit SED-Mitgliedern, die ohne Kenntnis der zuständigen SPD-Organen angeknüpft oder gepflegt werden, sind mit der politischen Zielsetzung der Sozialdemokratie nicht in Übereinstimmung zu bringen.“<sup>206</sup>

### 3.2.7. Das vorläufige „Aus“ nach dem Mauerbau

Am 12. August 1961 begann in Nürnberg das „Deutschlandtreffen“ der SPD, an dem auch zahlreiche Ostberliner Sozialdemokraten teilnahmen. Nach dem auch für die Berliner Sozialdemokraten überraschenden Mauerbau am 13. August standen sie vor der Frage, ob für sie eine Rückkehr nach Ostberlin möglich und auch wünschenswert wäre. Die Ostberliner SPD-Kreisbüros waren am 13. August seit den frühen Morgenstunden überfüllt. Vor allem die vielen Grenzgänger, die Mitglied der SPD waren, sorgten sich um ihre Zukunft. Vor Ort in Ostberlin waren ständig Mitglieder des SPD-Landesvorstandes, um sich über die Lage zu informieren, eine interne Beratung folgte der anderen. Aus Furcht vor einer baldigen Schließung der Kreisbüros wollten die ersten Sozialdemokraten mit der Aktenvernichtung beginnen, aber vor allem ältere SPD-Mitglieder weigerten sich, daran mitzuwirken. Sie sahen darin eine Selbstaufgabe der Partei.<sup>207</sup>

- 
6. Die Sozialdemokraten werden sich durch informative Kontakte mit kommunistischen Ländern in ihrem Kampf gegen den Kommunismus nicht hindern lassen.
  7. Bei jedem Kontakt ist vorher zu prüfen, ob die notwendigen sachlichen und persönlichen Voraussetzungen für eine wirklich unbeeinflusste Information und einen fruchtbaren Meinungs austausch gegeben sind. Andernfalls hat er zu unterbleiben.
  8. Kein SPD-Mitglied darf ohne Einverständnis des zuständigen Parteibezirks und ohne entsprechende Vorbereitung politische Kontakte aufnehmen.
  9. Die Mittel für die Reise müssen aus politisch einwandfreien Quellen stammen.
  10. Es ist in jedem Fall eine sorgfältige Prüfung notwendig, welcher Kontakt, in welcher Form, durch welche Personen und zu welchem Zweck gerechtfertigt ist.
  11. Die Kontakte in der Sowjetzone erfordern eine besondere Prüfung. Es muß vermieden werden, der SED Propagandamaterial zu liefern, die alles tue, um die Gegensätze zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie zu verwischen, und versuche, den demokratischen Sozialismus zu mißbrauchen, um eine Wiedervereinigung zu verhindern.
  12. Jede sogenannte Aktionseinheit und alle organisatorischen Beziehungen zur SED werden abgelehnt.
  13. Mit den befreundeten Jugendorganisationen soll eine Vereinbarung angestrebt werden, die die Einhaltung dieser Richtlinien sicherstellt. Alle Erfahrungen über Kontakte und ihre Entwicklung sind bei einer Stelle beim Parteivorstand zu konzentrieren. Die bisherigen Ergebnisse von Informationsreisen sollen ausgewertet werden.“

<sup>206</sup> BS v.7.5.1960.

<sup>207</sup> Heimann, S.1674.

Noch am 13.8. traf sich der Landesausschuß der Berliner Sozialdemokraten zu einer außerordentlichen Sitzung und verabschiedete nach einem Bericht des Regierenden Bürgermeisters folgende Stellungnahme: „Die jüngsten Maßnahmen des Ulbricht Regimes stellen das bisher unverhüllteste Eingeständnis der Angst und Schwäche und der Ratlosigkeit dar. Stacheldrahtverhau und Panzerspähwagen sind der letzte Ausweg dieses Arbeiter- und Bauernstaates, dem die Arbeiter, die Bauern und die Jugend ständig voller Verachtung den Rücken kehren. Wie jämmerlich um es um ein Staatswesen stehen, das seine angebliche Hauptstadt gegen die eigenen Bürger militärisch abschirmen muß. Zur Unterstützung der in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen erwartet die Berliner SPD von den Menschen des freien Deutschland und den Völkern der freien Welt Solidarität mit unseren Mitbürgern im Ostsektor und in der Zone.“<sup>208</sup>

Trotz der deutlichen Worte kann diese Stellungnahme aber nicht die Ohnmacht der SPD verdecken.

Die letzte von der Polizei genehmigte Parteiversammlung fand in Friedrichshain am 17. August statt. Bis zum 22.8.61 hatte die SED die SPD-Kreisbüros in Friedrichshain, Prenzlauer Berg, Mitte und Weißensee schließen lassen. Begründet wurde dieser Schritt mit „fortgesetzten Gewaltakten“ und „Provokationen“ gegenüber Mitgliedern der SED und anderer Massenorganisationen. Außerdem verstärkte die SED ihre Versuche, von Ostberliner SPD-Funktionären öffentliche, gegen die SPD gerichtete Stellungnahmen zu erpressen. Das letzte Band zwischen Ostberliner und Westberliner SPD wurde in der Nacht vom 22. zum 23. August zerschnitten, Westberliner durften nicht mehr Ostberlin betreten.

Daraufhin faßte am 23. August 1961 der Berliner SPD-Landesvorstand im Beisein Herbert Wehners den Beschluß, die acht Ostberliner SPD-Kreisorganisationen mit sofortiger Wirkung aufzulösen.<sup>209</sup> In dem Beschluß heißt es u.a.: „Die Sozialdemokratische Partei Berlins, die eine einheitliche Organisation ist und deren Landesvorstand für die gesamte Berliner Organisation gewählt und verantwortlich ist, entläßt damit ihre im Ostsektor von Berlin ansässigen Mitglieder aus allen Verbindlichkeiten gegenüber der Partei. Die Mitglieder werden dadurch von jeder Zugehörigkeit zur SPD frei. Der Vorstand hält an dem recht fest, die Sozialdemokratische Partei im Ostsektor wiederherzustellen. Dieses Recht gründet sich auf nach wie vor gültige Vereinbarungen des Völkerrechts über den Viermächtestatus von ganz Berlin. ... Die Entpflichtung ihrer ehemaligen Mitglieder, die im Ostsektor Berlins ansässig sind, entpflichtet nicht die Partei davon, jederzeit treu zu diesen ehemaligen Mitgliedern zu stehen. Der Landesvorstand stellt ausdrücklich noch einmal fest: niemand ist ermächtigt oder kann von jemandem dazu veranlaßt werden, für die SPD oder als Sozialdemokrat irgendwelche Erklärungen abzugeben. Dafür ist allein der Landesvorstand zuständig.“

Wir danken allen. Wir vergessen keinen. Wir vergessen nichts.“<sup>210</sup>

Der Kontakt zu den Ost-Berliner Sozialdemokraten riß aber nie vollständig ab. Dafür sorgte bis 1989 das Betreuungsbüro (Betreuungssekretariat) der Berliner Partei, welches soweit es gewünscht war oft unter schwierigen Bedingungen z.B. Paket- und Päckchenaktionen sowie Besuche in Ostberlin organisierte.<sup>211</sup>

---

<sup>208</sup> Stellungnahme des Landesausschusses der Berliner Sozialdemokraten, vom 13.08.1961, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD - Landesverband Berlin, Mappe: 3/BEAB 000566, Landessekretariat, Landesausschußsitzungen 1958-1961.

<sup>209</sup> Vgl. zu der Schließung der 4 Ostberliner SPD-Kreisbüros und den gewünschten Stellungnahmen: Telegraf v.23.8.61 und Telegraf v. 24.8.61. Außerdem: Heimann, S.1674-1676.

<sup>210</sup> Erklärung des Landesvorstandes, vom 23.08.1961, in: Archiv der sozialen Demokratie der FES, Bestand: SPD - Landesverband Berlin, Mappe: 3/BEAB 000564, Landessekretariat, Landesvorstands-Sitzungen, 1959-1961. Außerdem wurden auf der Grundlage von § 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes die 13 SED-Geschäftsstellen in Westberlin geschlossen. Vgl. dazu: Telegraf v.25.8.1961.

<sup>211</sup> Heimann, S.1677f.

Die SED nahm den Beschluß über die Auflösung der SPD in Ostberlin mit großer Genugtuung zur Kenntnis, sie sah darin das Eingeständnis der „Brandt-Gruppe in der Westberliner SPD ... daß ihre Versuche fehlgeschlagen sind, die sozialdemokratischen Mitglieder im demokratischen Berlin aufzuputschen.“<sup>212</sup>

Der Berliner SPD-Landesverband reagierte mit einer bereits bekannten, aus den Erfahrungen der SPD-Geschichte abgeleiteten Gewißheit:

„Die Organisation in Ostberlin besteht nicht mehr, aber der Geist der deutschen Sozialdemokratie wird auch im Ostsektor ebenso weiter leben wie seit 1946 in der Sowjetzone, der von den Kommunisten so gefürchtete „Sozialdemokratismus“. So wie unsere Freunde Hitler überlebt haben, werden sie auch Walter Ulbricht überleben.“<sup>213</sup>

Selbstkritisch setzte sich Willy Brandt mit den Konsequenzen des Mauerbaus auf dem ersten Landesparteitag, der diesem Einschnitt im Dezember 1961 folgte, auseinander:

„Müssen nicht auch wir uns die Frage stellen, ob die Mauer, die uns trennt und deren erste Pfeiler ich am Morgen des 13. August unmittelbar vor jenem Parteitaglokal habe einrammen sehen, hätte vermieden werden können, wenn wir noch deutlicher, noch energischer, noch früher, mit mehr Opfern an Bequemlichkeit und Phantasie immer wieder die ganze eine Stadt Berlin demonstriert hätten ? ...

Ich stelle die erste kritische Frage: Haben wir vielleicht in der Behandlung des Flüchtlingsproblems, in der gelegentlichen Leichtfertigkeit im Umgang mit den Flüchtlingszahlen selbst dazu beigetragen, den Termin für die Mauer herbeizuführen oder zu beschleunigen ? ...

Ich stelle die zweite kritische Frage: Haben wir, habe ich selbst alles getan, um in den vergangenen Jahren und Monaten klarzumachen, welche gefährliche Lüge in dem Namen Berlins, tausendmal in Verpflichtungen, diplomatischen Notizen und Festtagsreden genannt, lag, wenn man den Namen der ganzen Stadt aussprach und eben doch nur die halbe Stadt meinte ? ...

Ich stelle die dritte kritische Frage: Mußten wir nicht vor dem 13. August unseren Freunden und Landsleuten sagen, sie sollten kommen, solange es noch möglich war ? ...

Aber dieses Wort einen Tag zu früh hätte dennoch Tausenden und aber Tausenden den Fluchtweg versperrt. ...

Und ich stelle noch eine vierte kritische Frage: Haben wir uns am 13. August selbst richtig verhalten ? Hätten wir nicht mindestens eine Gegenreaktion der Alliierten fordern müssen ? Oder hätten wir nicht selbst zur Tat schreiten müssen, unabhängig von den Konsequenzen?<sup>214</sup>

In Beantwortung dieser selbstgestellten Fragen kommt Brandt zu dem Ergebnis, daß es keine ernsthaften Handlungsalternativen gab.<sup>215</sup>

Die Entscheidung über die Auflösung der acht Ostberliner Kreisorganisationen mußte im August vom Berliner Landesvorstand getroffen werden, ohne daß die Möglichkeit einer Befragung der betroffenen Mitglieder bestand. Für die Ostberliner Sozialdemokraten stellte der Auflösungsbeschluß einen tiefen Einschnitt dar. Die Reaktionen waren geteilt, einige fühlten sich verraten und im Stich gelassen, andere gestanden sich ein, daß es keine sinnvolle Alternative gab.<sup>216</sup>

---

<sup>212</sup> Berliner Zeitung v.24.8.1961

<sup>213</sup> Jahresbericht 1961 des SPD-Landesverbandes Berlin, Zwischenbericht - gegeben zum 19.LPT am 7. April 1962, S.11.

<sup>214</sup> Protokoll Außerordentlichen Tagung des 18.LPT der Berliner SPD am 02.12.1961, S.8-15, in: ABI Berlin.

<sup>215</sup> Ebenda, S.8-15.

<sup>216</sup> Vgl. dazu: Wollé, S.2990. Der Streit über die Bewertung dieses Beschlusses unter den Sozialdemokratischen Funktionären jener Zeit hält im Prinzip bis heute an. Günter Richlitzki urteilt z.B. ganz rigoros: „Die Einstellung der Arbeit in Ostberlin mit der Entlassung der Mitglieder aus allen Rechten und Pflichten gegenüber der Partei war die einzige Möglichkeit, um unsere Mitglieder zu schützen. Wer das immer noch nicht begriffen hat, ist

Auf dieser Außerordentlichen Tagung des 18. Landesparteitages waren von den gewählten Ostberliner Delegierten nur 15 anwesend, die anderen, der weitaus größte Teil war in Ostberlin verblieben.<sup>217</sup>

Ein außergewöhnliches Kapitel in der deutschen Parteiengeschichte ging damit endgültig zu Ende.

### 3.4. Erinnerungen „alter“ Sozialdemokraten

„Bereits seit geraumer Zeit werden Interviews bei politischen Fragestellungen durchgeführt, überwiegend in der Absicht, den dürren Gehalt schriftlicher Überlieferungen durch die Erinnerungen beteiligter Entscheidungsträger anzureichern. Die Sprache der Kommunikés, der Ergebnisprotokolle und Aktenvermerke gibt die Entscheidungsprozesse, die unterschiedliche Einflüsse darauf und die kontroversen Positionen in der Regel nur unzureichend wieder. Gespräche mit beteiligten Personen sollen hier weiterhelfen und die Rekonstruktion komplexer Abläufe ermöglichen.“<sup>218</sup>

In diesem Sinne erklärten sich 5 ehemalige Ostberliner SPD-Funktionäre und Mitglieder bereit, Fragen zu der Parteipraxis zwischen 1958 und 1961 in ihren Abteilungen und Kreisen zu beantworten.<sup>219</sup>

Aus ihren Aussagen kann folgendes Resümee gezogen werden:

- der wichtigste Grund ihres Engagements in der SPD unter den schwierigen Bedingungen eines kommunistischen Systems lag in der starken Ablehnung der SED-Diktatur;
- auf den Versammlungen standen vor allem tagespolitische Fragen und organisatorische Probleme der Arbeit in Ostberlin im Vordergrund;
- besondere Höhepunkte der Parteiarbeit waren die Diskussion um das Godesberger Programm, die Teilnahme an den Maikundgebungen in Westberlin mit den SPD-Bannern

---

einfach dumm.“, in: Antworten zum Fragebogen „Die SPD in Ostberlin 1958-1961“ vom Mai 1997, S.4. (einschbar bei der Verfasserin der Arbeit)

<sup>217</sup> Protokoll der Außerordentlichen Tagung des 18.LPT, S.1f.

<sup>218</sup> Brüggemeier, Franz Josef, Zur Aneignung vergangener Wirklichkeit. Der Beitrag von oral history, S.380, in: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, 21. Linzer Konferenz 1985. Politische und soziale Probleme der Arbeiterklasse am Ende des Zweiten Weltkrieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Methodologische Probleme der Erforschung von Arbeiterbewußtsein unter Berücksichtigung von Oral History, Memoiren, Tagebüchern u.ä., Wien 1986.

<sup>219</sup> Beteiligt haben sich:

- Günter Richlitzki (damals Mitglied in Friedrichshain, heute in Lichtenberg), Abteilungsvorsitzender usw., ab Anfang 1961 Stellvertretender Kreisvorsitzender, löste im August 1961 das Friedrichshainer SPD-Kreisbüro auf;
- Wolfgang Harnack (damals und heute Mitglied in Pankow), Abteilungsvorsitzender usw., ab Anfang 1961 Stellvertretender Kreisvorsitzender;
- Heinz Greh (damals Mitglied in Treptow, heute in Neukölln), Abteilungsvorsitzender usw., 1959 Stellvertretender Kreisvorsitzender, ab 1961 Kreisvorsitzender;
- Kurt Haase (damals Mitglied in Mitte, heute in Zehlendorf), Kreisvorsitzender und Politischer Sekretär in Mitte;
- Heinz Ladewig (damals Mitglied in Lichtenberg, heute in Neukölln), 1960 politisch gemäßregelt.

Von den Funktionären jener Zeit leben heute nur noch wenige. Die Antworten wurden teils schriftlich gegeben (Günter Richlitzki, Wolfgang Harnack, Heinz Ladewig), teils mündlich (Heinz Greh, Kurt Haase) und sind bei der Verfasserin dieser Arbeit einschbar. Mit Kurt Neubauer (Kreisvorsitzender Friedrichshain und MdB) und Gerhard Zock (Juso in Friedrichshain) wurden Vorgespräche geführt, die in Aussicht gestellten schriftlichen Antworten zu den einheitlichen Fragen lagen aber bei Fertigstellung der Arbeit noch nicht vor.

der Kreise und die Großveranstaltungen in Westberlin, z.B. in der Waldbühne, mit zehntausendfacher Ostberliner Beteiligung;

- problematisch waren vor allem der starke Druck der SED und die damit verbundene Abnahme der Mitgliederzahlen, die Bespitzelung durch die Staatssicherheit,
- positiv in Erinnerung geblieben sind vor allem die starke Verbundenheit unter der Mitgliedschaft, das Erleben einer echten Gemeinschaft,
- Kompromisse mit der SED wurden laufend diskutiert, aber auch laufend abgelehnt,
- die „Rechts-Links-Auseinandersetzung“ spielte in den Ostberliner Kreisen eine geringere Rolle als in Westberlin,
- da öffentliche Aktionen als SPD in Ostberlin nicht möglich waren, rückten neben den Aktionen in Westberlin auch Funktionen in anderen Organisationen in den Vordergrund, wie z.B. FDGB, Kleingärtnerverein u.ä., in die häufig Sozialdemokraten wegen ihrer bekannten oppositionellen Haltung gewählt wurden, sozusagen als Ausdruck des Protestes des „kleinen Mannes“,
- zumindest im Rückblick wird die Einbeziehung Westberlin in die Bundesrepublik als alternativlos und selbstverständlich von den Befragten angesehen,
- die Ablehnung Willy Brandts, sich im März 1959 mit Chruschtschow in Ostberlin zu treffen, fand Verständnis und Unterstützung,<sup>220</sup>
- Konsequenzen der SPD-Mitgliedschaft waren für die Befragten z.B.: Entlassungen, Berufsverbot bis 1989 in der DDR für einen vor 1961 in Westberlin tätigen Lehrer, Verhaftung (1953), Benachteiligungen z.B. bei der Wohnungsvergabe, Erfassung im Verhandlungsbuch der DDR bis 1972 nach der Übersiedlung nach Westberlin,
- schwerwiegende Differenzen zwischen Ost- und Westberliner Kreisen sind nicht in Erinnerung geblieben, eher wurden Differenzen zwischen Berliner und westdeutschen Sozialdemokraten gesehen,
- über die von den Westberliner Kreisen und dem Landesverband insgesamt geleistete Unterstützung wurde mehrheitlich Zufriedenheit geäußert<sup>221</sup>,
- Ostberliner Sozialdemokraten versuchten meistens, mit dem Ostbüro nicht in Kontakt zu kommen, um nicht Beweise für eine Auflösung der SPD in Ostberlin zu liefern,
- die Tatsache der Ostberliner Mitglieder im Abgeordnetenhaus und im Bundestag waren ein Politikum erster Klasse.
- wichtig sei die Existenz der SPD in Ostberlin gewesen um:
  - Differenzen zwischen SED-Propaganda und Wirklichkeit sichtbar zu machen,
  - ein Stück des Vier-Mächte-Status auch für Ostberlin sichtbar zu halten,
  - über den Landesvorstand, Landesausschuß und die Ostberliner Mitglieder des Abgeordnetenhauses so lange wie möglich etwas für den Zusammenhalt Berlins tun zu können,
  - das Symbol einer demokratischen Partei in ganz Berlin zu haben.
- die Existenz einer Ostberliner SPD war zumindest in Ostberlin weitgehend in der Bevölkerung bekannt und führte immer wieder zu Nachfragen, wieso es nach der Vereinigung von KPD und SPD immer noch eine eigenständige SPD gebe.<sup>222</sup>

---

<sup>220</sup> Aus dieser Ablehnung hatten sich sowohl Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Berliner SPD als auch zwischen Berliner SPD und Gesamtpartei ergeben. Denn im Unterschied zu Brandt hatte sich Erich Ollenhauer, der SPD-Parteivorsitzende mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten getroffen. Vgl. dazu: Vorwärts, v.13.3.1959 und BS v.14.3. und 21.3.1959.

<sup>221</sup> Nur Heinz Ladewig hätte sich in allen Fragen mehr Unterstützung gewünscht.

<sup>222</sup> Eine weitere, umfassendere Befragung muß der Zukunft vorbehalten werden. Dies gilt auch besonders deshalb, weil zwei sehr wichtige Vertreter ihre Antworten noch nicht vorgelegt haben.

#### 4. Schlußbemerkungen

Die Versammlungstätigkeit der SPD in Ostberlin war trotz bestehender Beschränkungen geprägt durch eine offene Atmosphäre, relativ hohe Teilnehmerzahlen, einer hohen Veranstaltungsdichte, einer breitgefächerten Themenwahl und den verschiedensten Veranstaltungsformen.

Die größten Probleme im Organisationsalltag bestanden darin, die Fluktuation in den Mitgliederzahlen zu stoppen, die Infiltrationsversuche von SED und MfS abzuwehren und sinnvolle Handlungsspielräume zu erschließen.

Die Ostberliner SPD-Kreisorganisationen konnten folgende Funktionen erfüllen:

- Symbolfunktion, ähnlich wie Westberlin inmitten des DDR-Territoriums ein Symbol der Freiheit und Demokratie war, so war die Ostberliner SPD im Herrschaftsbereich der SED ein Symbol für Demokratie, Unangepaßtheit und Opposition,
- sie war aber nicht nur ein Symbol, sondern für die SED auch der „leibhaftige“ Sozialdemokratismus im eigenen Haus, ein Stein des Anstoßes, ein Fingerzeig auf die Differenz zwischen kommunistischer Propaganda und Wirklichkeit.
- die Brücken- und Informationsfunktion, d.h. sie trug wesentlich zu einem Informationsaustausch zwischen Ost- und Westberlin in beiden Richtungen bei,
- Schutzfunktion für ihre Mitglieder, indem sie besonders schwere Schicksale von Sozialdemokraten in die Öffentlichkeit brachte und durch die Solidarität unter den Mitgliedern Hilfe jeglicher Art gab und vermittelte.

Nicht zufällig nahmen die Methoden von SED, Volkspolizei und Staatssicherheit in der Auseinandersetzung mit der SPD in dieser Arbeit besonders breiten Raum ein. Dies ist gleichsam ein Spiegel dafür, daß ein großer Teil sozialdemokratischer Kräfte und Energie in dieser Auseinandersetzung gebunden war, daß die Organisationspraxis geprägt war von der Abwehr der verschiedensten Infiltrations-, Beeinflussungs- und Störversuche.

Als Partei von den Besatzungsmächten zugelassen, konnte sich die SPD in Ostberlin nur teilweise einer legalen Existenz erfreuen. Sie durfte keine öffentlichen Versammlungen durchführen und keine eigenen Zeitungen herausgeben, Mitglieder wurden verhaftet und aus den Betrieben entlassen. Solidarität und Gemeinschaftssinn traten zunehmend an die Stelle von politischen Gestaltungsmöglichkeiten. Damit war sie de facto eine halblegale Partei.

Da offener Widerstand gegen die SED das Bestehen der Organisation gefährdet hätte, ging die SPD in Ostberlin zu einer „Taktik der Nadelstiche“ über. Sie wußte um die Gefährlichkeit von Symbolen und einem von der Norm abweichenden Verhalten für die Herrschenden in Diktaturen. Aus der Geschichte der SPD, die als Organisation Sozialistengesetz und Nationalsozialismus überlebt hatte, bezogen die Ostberliner Sozialdemokraten die Gewißheit, auch die kommunistische Diktatur in der DDR überstehen zu können.

Im Westberliner Teil des SPD-Landesverbandes fanden die Ostberliner Kreisorganisationen einen starken Verbündeten, der aber mit Rücksicht auf die Absicherung eigener Existenzbedingungen in Westberlin teilweise Entscheidungen treffen mußte, die nicht den Interessen der Ostberliner Sozialdemokraten entsprachen.

Für eine relativ geringe Wirkung in der direkten Auseinandersetzung mit der SED um Machtpositionen war ein großer ideeller, materieller und finanzieller Aufwand vonnöten. Nach dem Mauerbau konnte der westliche Teil des Landesverbandes seine Schutz- und Unterstützungsfunktion nicht mehr wahrnehmen, damit sanken die Chancen der Ostberliner SPD gegen null in der Auseinandersetzung mit der SED ihre Eigenständigkeit wahren zu können. Für eine illegale Existenz wurden keine Chancen und Bedingungen gesehen.

Bestanden vor dem 13 August 1961 noch Fluchtmöglichkeiten, war nach dem Mauerbau das Schicksal der meisten Ostberliner Sozialdemokraten unwiderruflich mit dem Schicksal der DDR verbunden.

## **Anhang**

### **I. Abkürzungsverzeichnis**

ABI: August-Bebel-Institut  
BArch: Bundesarchiv  
BPA: Bezirksparteiarchiv  
BS: Berliner Stimme  
CDU: Christlich-Demokratische Union  
DBD: Demokratische Bauernpartei Deutschlands  
DDR: Deutsche Demokratische Republik  
FES: Friedrich-Ebert-Stiftung  
FNA: Franz-Neumann-Archiv  
HO: Handelsorganisation  
KPD: Kommunistische Partei Deutschlands  
LDP: Liberal-Demokratische-Partei  
LDPD: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands  
LPG: Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft  
LV: Landesverband  
LPT: Landesparteitag  
MfS: Ministerium für Staatssicherheit  
ND: Neues Deutschland  
NDPD: National-Demokratische Partei Deutschlands  
PB: Politbüro  
PV: Parteivorstand  
PVZ: Politische Vierteljahresschrift  
SAG: Sowjetische Aktiengesellschaft  
SAPMO: Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR  
SBZ: Sowjetische Besatzungszone  
SDA: Sozialistische Aktion  
SED: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands  
SPD: Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
SSD: Staatssicherheitsdienst  
ZK: Zentralkomitee

### **II. Quellen- und Literaturverzeichnis**

#### **1. Quellenverzeichnis**

##### **1.1. Archivalien**

Archiv der sozialen Demokratie der FES

- Historische Kommission
- Zeitgeschichtliche Sammlung SPD Berlin
- SPD - LV
- SPD - PV - Ostbüro

Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der FES

- Willy Brandt: Allgemeine Korrespondenz
- Nachlaß Willy Brandt: Publikationen

Landesarchiv Berlin



- BPA

ABI Berlin

- Protokolle der Landesparteitage der Berliner SPD
- Jahresberichte der Berliner SPD

SAPMO-BArch, Berlin

- Nachlaß W. Pieck
- Nachlaß O. Grotewohl
- Nachlaß W. Ulbricht
- SED:
  - Westabteilung,
  - Tagungen ZK
  - Tagungen PB

## **1.2. Gedruckte Quellen**

### **A. Quelleneditionen und Protokolle**

Meissner, Boris, Dokumente zur Pariser Gipfelkonferenz, Band I: Das Vorspiel zur Gipfelkonferenz, die Berlin-Krise und der sowjetische Friedensvertragsentwurf, Hamburg 1960.

Meissner, Boris, Dokumente zur Pariser Gipfelkonferenz, Band II: Die Genfer Außenministerkonferenz 1959 und die Diskussion über die Rechtslage Deutschlands und Berlins, Hamburg 1960.

Teresiak, Manfred, Die SED in Berlin. Dokumente zur Vereinigung von KPD und SPD, Band I-IV, Berlin 1994/95.

### **B. Reden, Zeitgenössische Schriften, Memoiren**

Ristock, Harry, Neben dem roten Teppich. Begegnungen, Erfahrungen und Visionen eines Politikers, Berlin 1991.

Schulz, Klaus-Peter, Berlin zwischen Freiheit und Diktatur, Berlin 1962, S.362-560.

Ulbricht, Walter, Über die Dialektik unseres sozialistischen Aufbaus, Berlin 1959.

## **1.3. Periodika**

### **A. Tageszeitungen**

BERLINER ZEITUNG, Berlin.

NEUES DEUTSCHLAND. Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin.

TELEGRAF. Unabhängige Zeitung für das freie Berlin, Berlin.

## **B. Wochenzeitungen**

BERLINER STIMME. Berlin

UNSER PRENZLAUER BERG. Zeitung der Nationalen Front - Stadtbezirksausschuß  
Prenzlauer Berg, Berlin.

VORWÄRTS. Sozialdemokratische Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur,  
Hannover.

## **C. Zeitschriften**

ARBEIT UND FREIHEIT, Bonn.

POLITISCHE VIERTELJAHRESSCHRIFT

## **2. Literaturverzeichnis**

Andersen, Uwe / Woyke, Wichard (Hg.), Handwörterbuch des politischen Systems der  
Bundesrepublik Deutschland, 2., neu bearbeitete Auflage, Bonn 1995, S.432-435.

Bärwald, Helmut, Das Ostbüro der SPD, Krefeld 1991.

Bolz, Wolfgang / Feldner, Rolf, Deutsch-deutsche Begriffe zur politischen Soziologie.  
Stichworte zur politischen Bildung, Hannover 1978.

Bouvier, Beatrix /Schulz, Horst-Peter (Hg.), „... die SPD aber aufgehört hat zu existieren.“  
Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung, Bonn 1991.

Bouvier, Beatrix, Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und  
in der DDR 1945 - 1953, Bonn 1996

Bracher, Karl Dietrich, Die totalitäre Erfahrung, München / Zürich 1987.

Brüggemeier, Franz Josef, Zur Aneignung vergangener Wirklichkeit. Der Beitrag von oral  
history, S.380-399, in: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung. 21. Linzer  
Konferenz 1985. Politische und soziale Probleme der Arbeiterklasse am Ende des Zweiten  
Weltkrieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Methodologische Probleme der  
Erforschung von Arbeiterbewußtsein und Klassenbewußtsein unter Berücksichtigung von  
Oral History, Memoiren, Tagebüchern u.ä., Wien 1986.

Buchstein, Hubertus, Demokratieverständnis und Wissenschaftskonzeption  
sozialdemokratischer Nachkriegspolitologien in Berlin, Diss., Berlin 1990.

Buchstein, Hubertus, Politikwissenschaft und Demokratie. Wissenschaftskonzeption und  
Demokratietheorie sozialdemokratischer Nachkriegspolitologien in Berlin, Baden-Baden  
1992.

Buschfort, Wolfgang, das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München  
1991.

Edelman, Murray, Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt am Main / New York 1976.

Elfferding, Wieland / Jäger, Michael / Scheffler, Thomas, Marxismus und Theorie der Parteien, Berlin 1983.

Fricke, Karl Wilhelm, Opposition und Widerstand in der DDR, Köln 1984.

Grebing, Helga / Christoph Kleßmann / Klaus Schönhoven, Zur Situation der Sozialdemokratie in der SBZ/DDR im Zeitraum zwischen 1946 und dem Beginn der 50er Jahre, Marburg 1992.

Heimann, Siegfried, Die Sonderentwicklung der SPD in Ost-Berlin 1945-1961, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd.II,34, Frankfurt am Main 1995, S.1648-1688.

Hellmer, Joachim, Anpassung oder Widerstand ? Der Bürger als Souverän - Grenzen staatlicher Disziplinierung, Zürich 1987.

Himmelmann, Gerhard / Breit, Gotthart / Harms, Hermann, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1983.

Hurwitz, Harold, Die Anfänge des Widerstands, Teil 1: Führungsanspruch und Isolation der Sozialdemokraten, Köln 1990 (= Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd.4/1).

Hurwitz, Harold, Die Anfänge des Widerstands, Teil 2: Zwischen Selbsttäuschung und Zivilcourage: Der Fusionskampf, Köln 1990 (= Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd.4/2).

Hurwitz, Harold, Zwangsvereinigung und Widerstand der Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und Berlin, Köln 1990.

Jesse, Eckhard (Hg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996.

Kaff, Brigitte (Hg.), „Gefährliche politische Gegner“. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR, Düsseldorf 1995.

Koch, Manfred, Versuch und Scheitern gesamtdeutscher Parteibildung, Mannheim 1982.

Lapp, Peter Joachim, Die Blockparteien im politischen System der DDR, Melle 1988, S.13-22.

Lenk, Kurt / Neumann, Franz (Hg.), Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Neuwied am Rhein / Berlin 1968.

Leonhard, Wolfgang, Das kurze Leben der DDR. Berichte und Kommentare aus vier Jahrzehnten, Stuttgart 1990.

Lilge, Herbert (Hg.), Deutschland 1945-1963, Hannover 1978.

Lösche, Peter / Walter, Franz, Die SPD: Klassenpartei - Volkspartei - Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992.

Mayer, Gustav, Arbeiterbewegung und Obrigkeitsstaat, Bonn 1972.

Merritt, Richard L. / Francisco, Ronald A., Die Symbolpartei in der Ost-West-Auseinandersetzung - Die Sozialdemokratie in Berlin 1945 bis 1961, in: PVS, XIII.Jg., 1972, S.311-334.

Meyer, Bernhard / Podewin, Norbert, Die SPD in Friedrichshain. Von den Oktoberwahlen 1946 bis zur Spaltung im November 1948, Berlin 1993.

Meyer, Gerd, Sozialistische Systeme. Theorie und Strukturanalyse. Ein Studienbuch, Opladen 1979.

Miller, Susanne, Sozialdemokratie als Lebenssinn. Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart der SPD. Zum 80. Geburtstag herausgegeben von Bernd Faulenbach, Bonn 1995.

Miller, Susanne / Potthoff, Heinrich, Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848-1990, Bonn 1991.

Mitter, Armin / Wolle, Stefan, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993.

Mitterauer, Konrad-M. (Hg.), „... und i sitz' jetzt allein“. Geschichte mit und von alten Menschen, Wien 1987.

Münch, Richard, Legitimität und politische Macht, Opladen 1976.

Oberreuter, Heinrich, Parteien - zwischen Nestwärme und Funktionskälte, 2. Auflage, Osnabrück 1984.

Podewin, Norbert; Zwischen Aktionseinheit und Observation. Ostberliner SPD im SED- und VP-Visier, Berlin 1994.

Podewin, Norbert / Teresiak, Manfred, „Brüder in eins nun die Hände ...“. Das Für und Wider um die Einheitspartei in Berlin, Berlin 1996.

Prätorius, Rainer, Soziologie der politischen Organisation. Eine Einführung, Darmstadt 1984.

Rexin, Manfred, Zugelassen 1946 - aufgelöst 1961. Die SPD in Ost-Berlin 1946-1961, Berlin 1989 (= Schriftenreihe des Franz-Neumann-Archivs Berlin, H.5).

Segert, Dieter, Diktatur und Demokratie in Osteuropa im 20. Jahrhundert. Antrittsvorlesung 29. November 1993, Berlin 1994.

Steinbach, Peter / Tuchel, Johannes (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994.

Tenfelde, Klaus (Hg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991.

Thome, Helmut, Legitimitätstheorien und die Dynamik kollektiver Einstellungen. Probleme der Verknüpfung von Theorie und Empirie, Opladen 1981.

Weeck, Werner, Funktionen und funktionelle Merkmale der politischen Parteien in der modernen Demokratie. Prolegomena zu einer Theorie des innerparteilichen Willensbildungsprozesses, Diss., Freiburg 1982

Wolle, Stefan, Die SPD in Ostberlin (1946-1961), Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd.II,4, Frankfurt am Main 1995, S.2941-2993.